# Integrationsbericht 2023/2024

Alle werden gebraucht und alle gehören dazu

Kassel documenta Stadt

# Inhalt


Vorwort ..... 2

1. Einführung ..... 3

1.1. Zahlen, Fakten, aktuelle Situation ..... 3

1.2. Der Begriff Integration ..... 5

1.3 Das Amt für Chancengleichheit ..... 7

2. Das Integrationskonzept – Die Handlungsfelder ..... 7

2.1. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse ..... 8

3. Bericht zum Umsetzungsstand entlang der Handlungsfelder ..... 11

3.1. Leben im Stadtteil ..... 11

3.1.1. Ziele und Handlungsempfehlungen ..... 12

3.2. Zugang zu Sprachförderung und Bildung ..... 22

3.2.1. Ziele und Handlungsempfehlungen ..... 22

3.3. Teilhabe am Arbeitsmarkt ..... 41

3.3.1. Ziele und Handlungsempfehlungen ..... 42

3.4. Gesundheitsförderung, -versorgung und Pflege ..... 55

3.4.1. Ziele und Handlungsempfehlungen ..... 55

3.5. Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung ..... 69

3.5.1. Ziele und Handlungsempfehlungen ..... 69

3.6. Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens ..... 79

3.6.1. Ziele und Handlungsempfehlungen ..... 80

4. Der Runde Tisch Integration ..... 85

4.1. Der Runde Tisch Integration 2023 ..... 85

4.2 Der Runde Tisch Integration 2024 ..... 87

4.2.1 Worldcafé Anerkennungsberatung ..... 88

4.2.2 Worldcafé Politik und Stadtgesellschaft ..... 89

4.2.3 Worldcafé Arbeitsmarkt ..... 91

4.2.4 Worldcafé Aufenthaltsrecht ..... 92

4.2.5 Worldcafé ALL IN und Migrantenorganisationen ..... 93

5. Fazit und Ausblick ..... 94

5.1. Wie weiter? ..... 94

Anlagen ..... 96

Anlage 1: Mitwirkende in den Unterarbeitsgruppen ..... 96

# Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Kassel ist eine vielfältige und weltoffene Großstadt. Fast die Hälfte der hier lebenden Menschen hat einen Migrationshintergrund, ein Viertel besitzt keine deutsche Staatsangehörigkeit. Menschen aus über 150 Ländern nennen unsere Stadt ihr Zuhause und tragen täglich dazu bei, dass unser Gemeinwesen lebendig und zukunftsfähig bleibt. Integration ist dabei kein einmaliger Akt, sondern ein fortlaufender, gemeinsamer und wechselseitiger Prozess – getragen von Respekt, Teilhabe und dem festen Willen, unsere Stadt für alle Menschen lebenswert zu gestalten.

Mit dem **Integrationskonzept der Stadt Kassel** haben wir ein klares Fundament gelegt:

Es dient als Handlungsrahmen für eine nachhaltige und durchdachte Integrationsarbeit, die Menschen unabhängig von Herkunft, Sprache oder Aufenthaltsstatus in den Mittelpunkt stellt. Das Konzept ist nicht nur ein Leitfaden für die Verwaltung, sondern auch ein Aufruf zur aktiven Mitgestaltung an die Zivilgesellschaft, Vereine, migrantische Organisationen und engagierte Bürgerschaft.

Der nun vorliegende **Integrationsbericht für 2023–2024** zeigt, wie wir diesen Weg gemeinsam weitergegangen sind. Er dokumentiert Maßnahmen, Erfolge und Herausforderungen in den zentralen Handlungsfeldern Sprachförderung und Bildung, Teilhabe am Arbeitsmarkt, Gesundheitsförderung, Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens und der interkulturellen Öffnung der Verwaltung. Besonders hervorzuheben ist der Ausbau niedrigschwelliger und aufsuchender Beratungsangebote, die Verankerung von Sprachförderangeboten in den Quartieren sowie zahlreiche Projekte, die Begegnung und gegenseitiges Verständnis fördern.

Gleichzeitig spiegelt der Bericht auch wider, wo wir als Stadtgesellschaft weiterhin gefordert sind: Der Zugang zu chancengerechter Bildung, bezahlbarem Wohnraum und Teilhabe am Arbeitsleben bleibt für viele Menschen mit Migrationsgeschichte ein zentrales Anliegen. Diese Herausforderungen nehmen wir an – mit klaren Zielen, neuen Ansätzen und einem offenen Ohr für die Bedürfnisse der Menschen vor Ort.

Mein besonderer Dank gilt allen, die sich in Kassel tagtäglich für gelingende Integration einsetzen: ob haupt- oder ehrenamtlich, in Vereinen, Initiativen, Schulen, religiösen Gemeinschaften oder im persönlichen Umfeld. Ihre Arbeit ist unverzichtbar.

Lassen Sie uns gemeinsam weiter daran arbeiten, dass Kassel eine Stadt bleibt, in der Vielfalt als Stärke verstanden wird – und alle Menschen in ihrer Unterschiedlichkeit mitgedacht und willkommen geheißen werden.

Ihre

Nicole Maisch
Bürgermeisterin und Dezernentin für Jugend, Gesundheit, Bildung und Chancengleichheit, Stadt Kassel

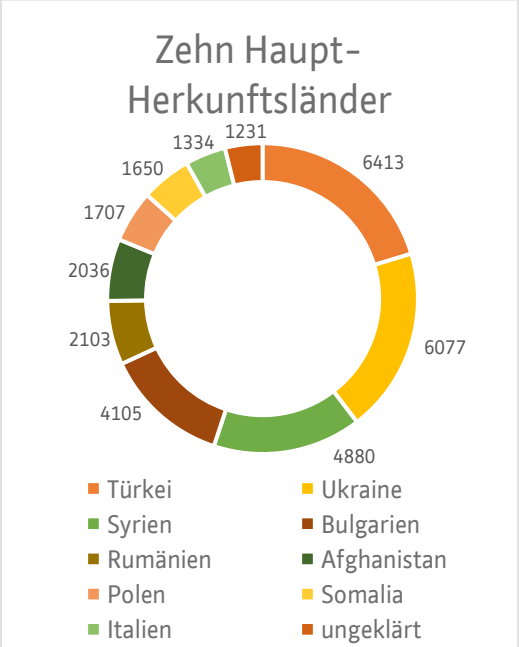
# 1. Einführung

Der Integrationsbericht dient als Berichterstattungsinstrument im Rahmen des 2019 von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Integrationskonzeptes. Inhaltlich richtet er sich an den im Integrationskonzept beschlossenen, thematisch abgegrenzten Handlungsfeldern aus, welche die Identifikation als auch die Konkretisierung einzelner Herausforderungen und Lösungsansätze ermöglichen sollen.

Die Stadt Kassel begreift Integration als Querschnittsaufgabe, welche dezernats- und ämterübergreifend gemeinsam angegangen werden muss. Der vorliegende Bericht ist daher eine Gemeinschaftsproduktion der Mitarbeitenden unterschiedlicher Organisationseinheiten und Teilnehmenden der Arbeitsgruppe Integration. Die Stadt Kassel hat mit dieser interdisziplinären AG eine Struktur geschaffen und institutionell verankert, um flexibel und bedarfsabhängig auf die kontinuierlichen Veränderungen in Bereich der Integration zu reagieren. Diese Gruppe passt sich in ihrer Zusammensetzung den aktuellen Erfordernissen an und bietet damit eine solide Grundlage, um auf bestehende Herausforderungen sowohl praktische als auch konzeptionelle Antworten zu finden.

Für den vorliegenden Bericht, der in dieser Form erstmalig erstellt wurde, hat sich die AG Integration auf eine strukturierte Vorgehensweise verständigt, die sich aus dem Aufbau des Integrationskonzeptes speist und unter 2. näher beschrieben wird. Der Bericht bildet die Entwicklungen für die Jahre 2023 und 2024 ab. Fortan ist geplant, die Integrationsberichterstattung im zweijährigen Turnus zu vollziehen.

## 1.1. Zahlen, Fakten, aktuelle Situation



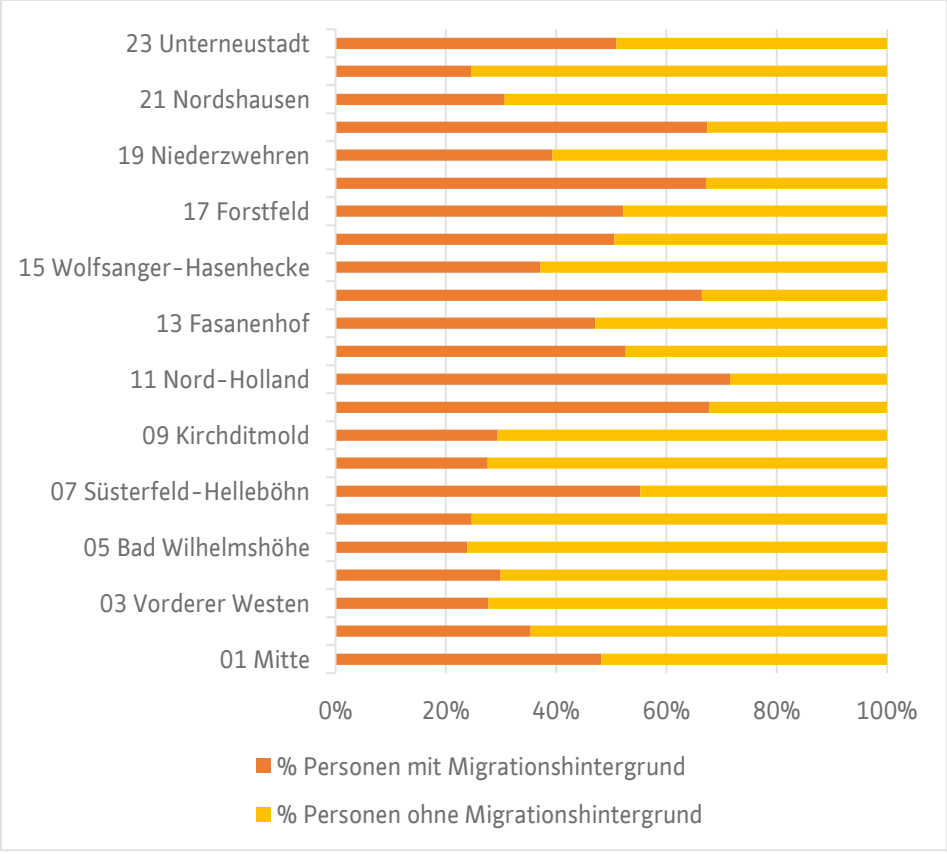

Laut Definition des statistischen Bundesamtes[1] hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde. Im Einzelnen umfasst diese Definition zugewanderte und nicht

[1] Statistisches Bundesamt (Destatis). (o. D.). *Migrationshintergrund*. Online verfügbar unter: Statistisches Bundesamt – Glossar „Migrationshintergrund“ https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Glossar/migrationshintergrund.html (Letzter Abruf 26.06.2025)

zugewanderte Ausländerinnen und Ausländer[2], zugewanderte und nicht zugewanderte Eingebürgerte, (Spät-) Aussiedlerinnen und (Spät-) Aussiedler sowie die als Deutsche geborenen Nachkommen dieser Gruppen. Die Vertriebenen des Zweiten Weltkrieges haben (gemäß Bundesvertriebenengesetz) einen gesonderten Status; sie und ihre Nachkommen zählen daher nicht zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund.

In Kassel lebten 2024 insgesamt 93.532 Menschen mit Migrationshintergrund[3]. Dies entspricht rund 45 % der Gesamtbevölkerung. Davon haben 5392 Menschen eine Behinderung. Weiterhin haben rund 66,5 % der in Kassel lebenden Kinder einen Migrationshintergrund. Von den insgesamt 207.863 in Kassel lebenden Menschen haben rund 23,9 % eine ausländische Staatsangehörigkeit. Zu den zehn wichtigsten Herkunftsländern zählten Ende 2024: Türkei (6.413), Ukraine (6.077), Syrien (4.881), Bulgarien (4.105), Rumänien (2.103), Afghanistan (2.036), Polen (1.707), Somalia (1.650), Italien (1.334) und die Gruppe der Menschen, deren Staatsangehörigkeit ungeklärt ist (1.231).

Schaut man auf die Stadtteile, so leben die meisten Menschen mit Migrationshintergrund in den Stadtteilen Nord-Holland (71,5 %), Rothenditmold (67,8 %), Oberzwehren (67,4 %), Waldau (67,2 %) und Wesertor (66,4 %).




Der Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine im Februar 2022 hatte unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Stadt Kassel. Innerhalb kurzer Zeit erreichte eine große Zahl geflüchteter Menschen die Stadt. Die Verwaltung – insbesondere das Sozialamt – wurde damit vor neue, kurzfristig zu bewältigende Aufgaben gestellt. Dazu zählten die Bereitstellung von Unterkünften, die Auszahlung von Leistungen sowie die Beratung und Unterstützung bei der Integration in das städtische Leben.

[2] In Abgrenzung zum Begriff „Mensch mit Migrationshintergrund“ meint die Begriffe Ausländerin und Ausländer Menschen, die in Deutschland leben, aber nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen

[3] Stadt Kassel – Kommunale Statistikstelle. (o. D.). *Statistikatlas Kassel: Bericht 1 – Atlas*. Online verfügbar unter https://statistikatlas.kassel.de/bericht1/atlas.html (Letzter Abruf 26.06.2025)

Die rechtliche Grundlage für den Aufenthalt ukrainischer Geflüchteter bildet § 24 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes, der auf der EU-Richtlinie über Mindestnormen für die Gewährung vorübergehenden Schutzes im Falle eines Massenzustroms (Richtlinie 2001/55/EG, kurz „Massenzustrom-Richtlinie“ genannt) basiert. Diese Regelung ermöglicht einen vorübergehenden Schutzstatus ohne vorheriges Asylverfahren. Personen mit diesem Status erhalten eine Aufenthaltserlaubnis, Zugang zu Sozialleistungen nach dem SGB II und XII, regulärer medizinischer Versorgung, dem Arbeitsmarkt sowie zu Sprach- und Integrationskursen. Eine automatische Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bis zum 4. März 2026 wurde bundesweit umgesetzt (vgl. BMI, 2024)[4].

Die Stadt Kassel begegnete der neuen Situation mit einem koordinierten Handeln verschiedener Stellen und in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Die Unterbringung erfolgte zunächst häufig in privaten Haushalten, bevor nach und nach kommunale Unterkünfte bereitgestellt wurden. Trotz hoher Belastung gelang es dem Sozialamt, gemeinsam mit Partnerinstitutionen schnelle und bedarfsgerechte Lösungen zu entwickeln.

Die Aufnahme und Versorgung der ukrainischen Geflüchteten verdeutlicht, wie internationale Krisen lokale Verwaltungsstrukturen kurzfristig vor große Herausforderungen stellen können. Gleichzeitig zeigt die Erfahrung, wie wichtig verlässliche Netzwerke, flexible Strukturen und ein koordiniertes Verwaltungshandeln in solchen Situationen sind.

## 1.2. Der Begriff Integration

Integration ist für die Stadt Kassel eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die das Ziel verfolgt, allen Menschen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Aufenthaltsstatus – eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen. Sie wird als ein langfristiger, dynamischer und wechselseitiger Prozess verstanden, der sowohl die Zugewanderten als auch die Aufnahmegesellschaft einbezieht. Integration bedeutet nicht Anpassung im einseitigen Sinne, sondern basiert auf gegenseitigem Respekt, dem Abbau von Zugangshürden und der aktiven Gestaltung eines vielfältigen Zusammenlebens.

Im Unterschied zur Inklusion, die sich primär auf die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen unabhängig von individuellen Einschränkungen – z. B. Behinderungen – bezieht, liegt der Fokus von Integration auf migrationsbedingten Unterschieden und den daraus resultierenden Aufgaben und Herausforderungen. Während Inklusion die Vielfalt menschlicher Lebenslagen generell anerkennt, indem sie strukturelle Veränderungen einfordert und Vielfalt als Ausgangspunkt und Ziel sozialer Ordnung versteht, richtet Integration sich gezielt auf die Eingliederung von Menschen mit Migrationshintergrund in alle gesellschaftlichen Bereiche. Während der Begriff früher vor allem die Anpassung zugewanderter Menschen an bestehende Strukturen betonte, wird Integration heute als wechselseitiger Prozess verstanden: Nicht nur Zugewanderte passen sich an, sondern auch die Aufnahmegesellschaft muss ihre Strukturen so anpassen, dass Teilhabe ermöglicht wird. In diesem Sinne ist Integration ein dynamisches Konzept, das Offenheit und Wandel auf beiden Seiten voraussetzt. Inklusion hingegen geht über diesen Ansatz hinaus. Gesellschaftliche Systeme sollen so gestaltet sein, dass alle Menschen – unabhängig von Herkunft, Fähigkeiten oder Lebenslagen – gleichberechtigt und selbstverständlich teilhaben können (vgl.

[4] Bundesministerium des Innern und für Heimat. (2025, 10. März). *Änderung der Regelungen zur Einreise und zum Aufenthalt für Schutzsuchende aus der Ukraine*. Online verfügbar unter https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2025/03/anderung-aufenthalt-ukrainer.html (Letzter Abruf 27.05.2025)

Schambeck 2009)[5]. In der Diskussion einer Unterarbeitsgruppe wurde daher festgehalten: Integration ist nicht Inklusion, kann aber mit impliziert sein. Für den Rahmen dieses Berichtes bleibt der Begriff „Integration“ gesetzt, da dieser in Bezug auf Zugewanderte geläufiger ist und sich durch das Integrationskonzept, das die Grundlage für den vorliegenden Bericht bildet, zieht. Es erscheint jedoch lohnend, sich künftig mit den dahinterliegenden Haltungen und Implikationen der beiden Begriffe auseinanderzusetzen, da sich unterschiedliche Auslegungen finden lassen.

Grundlage des kommunalen Integrationshandelns der Stadt Kassel bilden folgende Leitlinien, wie sie im Integrationskonzept 2019 formuliert sind:

1. Integration bedeutet „miteinander“ und nicht „nebeneinander“. Migration ist ein Normalfall mit Herausforderungen, die von allen gesellschaftlichen Gruppen bewältigt werden.
2. Integration ist auch eine Querschnittsaufgabe der Politik und der Verwaltung. Die Einbeziehung von Migrationsperspektiven in Aktivitäten der Politik und Verwaltung soll den Abbau von Benachteiligungen unterstützen und eine gleichberechtigte Teilhabe fördern.
3. Die Grundlage unseres Zusammenlebens ist die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Deren Prinzipien werden neu zugewanderten Menschen ebenso vermittelt wie die Regeln eines von gegenseitigem Respekt geprägten Zusammenlebens im Alltag. Die Stadt arbeitet grundsätzlich nur mit Vereinen und Verbänden zusammen, die auf dem Boden unserer Rechtsordnung stehen.
4. Integration beinhaltet Teilhabe an allen Bereichen des kommunalen Lebens.
5. Die Maßnahmen zur Förderung gesellschaftlicher Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund führen nicht zur Vernachlässigung anderer Förderstrukturen.
6. Sonderprogramme für einzelne Personengruppen oder Ethnien werden nur dann umgesetzt, wenn spezifische Lebenssituationen dies verlangen. Maßnahmen und Programme werden bestehende Strukturen erweitern und ergänzen diese um den Aspekt migrationsbedingter Herausforderungen.
7. Integrationsangebote werden unter Beteiligung der Adressaten konzipiert werden und sozialräumlich eingebunden sein.
8. Die eigenständige Interessensvertretung von Migrantenorganisationen wird gestärkt.
9. Die Umsetzung des Integrationskonzepts wird auf eine planungssichere finanzielle Grundlage gestellt.
10. Der Prozess der Umsetzung wird durch die Integrationsbeauftragte/den Integrationsbeauftragten gesteuert, ausgewertet und dokumentiert.

Die Integrationsbeauftragte der Stadt Kassel nimmt eine zentrale Steuerungsfunktion innerhalb dieses Prozesses ein. Ihre Aufgabe besteht darin, integrationspolitische Strategien zu entwickeln, koordinierend zwischen verschiedenen Akteurinnen und Akteuren und Verwaltungsbereichen zu vermitteln und integrationsfördernde Maßnahmen zu initiieren und zu begleiten. Sie ist zudem Ansprechperson für Migrantinnen und Migranten sowie für Institutionen, die in diesem Feld tätig sind,

[5] Schambeck, M. (2009). *Inklusion und Integration: Klärung der Begrifflichkeiten aus sozialwissenschaftlicher Perspektive*. In: Erwachsenenbildung, 4, 183–185. Verfügbar unter https://doi.org/10.3278/EBZ0904W183 (letzter Abruf 27.05.2025)

und trägt somit wesentlich zur Weiterentwicklung einer inklusiven Stadtgesellschaft bei. Organisatorisch ist sie seit 2022 dem Amt für Chancengleichheit zugeordnet.

## 1.3 Das Amt für Chancengleichheit

Das Amt für Chancengleichheit ist eine Stabstelle, die direkt bei der Bürgermeisterin angesiedelt ist. Es bündelt zentrale Aufgabenfelder der kommunalen Diversitäts- und Antidiskriminierungsarbeit. Unter seinem Dach vereint es neben der Integrationsbeauftragten auch die kommunale Frauenbeauftragte, den Antidiskriminierungsbeauftragten sowie das WIR-Vielfaltszentrum. Das Amt für Chancengleichheit verfolgt das Ziel, Chancengleichheit, gesellschaftliche Teilhabe und den sozialen Zusammenhalt in Kassel aktiv zu fördern. Es setzt sich für ein respektvolles, diskriminierungsfreies Miteinander ein und unterstützt die Bürgerinnen und Bürger dabei, ihr Leben unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion, Behinderung oder sexueller Identität selbstbestimmt zu gestalten. Die Stabsstelle versteht sich als Schnittstelle zwischen Verwaltung und Stadtgesellschaft. Zu den zentralen Arbeitsfeldern zählen die interkulturelle Öffnung der Verwaltung, der Aufbau und die Stärkung einer Willkommens- und Anerkennungskultur, die Gleichstellung der Geschlechter sowie die konsequente Bekämpfung von Diskriminierung.

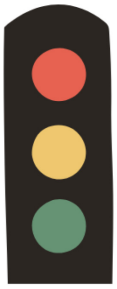
# 2. Das Integrationskonzept – Die Handlungsfelder

Das Integrationskonzept der Stadt Kassel ist ein verbindlicher Leitfaden für die kommunale Integrationsarbeit. Es wurde in seiner aktuellen Fassung 2019 von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig beschlossen und beschreibt die Ziele, Grundsätze und Maßnahmen, mit denen die gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Aufenthaltsstatus – in Kassel gefördert werden soll. Grundlage dafür ist ein breit angelegter Beteiligungsprozess, an dem Verwaltung, Zivilgesellschaft, Migrantenorganisationen, Bildungseinrichtungen und weitere lokale Akteurinnen und Akteure mitgewirkt haben.

Das Konzept ist in mehrere thematische Handlungsfelder gegliedert, die zentrale Lebensbereiche wie Bildung, Arbeit, Gesundheit und gesellschaftliche Teilhabe abdecken. Diese Struktur erleichtert sowohl die Identifikation als auch die gezielte Bearbeitung spezifischer Herausforderungen und Lösungsansätze. Ergänzend werden Querschnittsaufgaben wie die interkulturelle Öffnung der Verwaltung oder die Verbesserung von Kommunikation und Netzwerkstrukturen berücksichtigt. Die thematische Gliederung schafft eine nachvollziehbare Grundlage für ein strukturiertes Vorgehen, indem sie Zuständigkeiten klar zuordnet und Sachverhalte eindeutig benennt. Ziel ist es, Integration als gesamtstädtische Aufgabe wirksam, transparent und nachhaltig umzusetzen.

Im folgenden Bericht werden die thematischen Handlungsfelder des Kasseler Integrationskonzepts dargestellt. Dabei werden die jeweiligen Ziele und Handlungsempfehlungen erläutert. Zur vertieften Bearbeitung der einzelnen Felder wurden im Rahmen der AG Integration spezialisierte Unterarbeitsgruppen gebildet. Diese setzten sich aus Mitarbeitenden der jeweils fachlich zuständigen Ämter zusammen (siehe Anlage 1). Die Unterarbeitsgruppen haben die im Integrationskonzept 2019 formulierten Ziele und Empfehlungen einer systematischen Überprüfung unterzogen. Mit Hilfe eines neu eingeführten Ampelsystem konnte so ein guter Überblick geschaffen werden. Dabei wurde analysiert, welche Ziele erreicht und welche Handlungsempfehlungen umgesetzt wurden (Ampelfarbe Grün), wo Fortschritte sichtbar sind oder eine Daueraufgabe vorliegt (Ampelfarbe Gelb), aber auch, welche Maßnahmen bislang nicht umgesetzt, in ihrer Wirkung begrenzt geblieben sind oder außerhalb der

kommunalen Zuständigkeit liegen (Ampelfarbe Rot). Auf Grundlage dieser Auswertung können bestehende Ziele bei Bedarf angepasst, präzisiert oder gestrichen werden. Darüber hinaus wurden neue Zielsetzungen formuliert – insbesondere dort, wo sich gesellschaftliche Rahmenbedingungen oder Bedarfe verändert haben.



Zentrale Leitfragen des Arbeitsprozesses lauteten: Wurden die im Integrationskonzept von 2019 formulierten Ziele erreicht? Welche Handlungsempfehlungen wurden in welcher Form umgesetzt? Welche Ziele sind weiterhin relevant? Wo besteht fortbestehender oder neuer Handlungsbedarf? Welche Maßnahmen haben sich bewährt – und wo sind neue Strategien erforderlich? Und schließlich: Wie kann die Umsetzung künftig effektiver, nachhaltiger und sichtbarer gestaltet werden?

Die Ergebnisse dieser Analysen bilden eine wichtige Grundlage für die Weiterentwicklung des Integrationskonzepts. Sie machen deutlich, wo Kassel integrationspolitisch bereits gut aufgestellt ist – und wo Anpassungen notwendig sind, um den komplexen Anforderungen einer vielfältigen Stadtgesellschaft auch in Zukunft gerecht zu werden.

Im weiteren Verlauf werden die Ergebnisse aus den jeweiligen Unterarbeitsgruppen vorgestellt. Jede UAG hat dazu analysiert und diskutiert, was in den einzelnen Handlungsfeldern bis jetzt passiert ist und welche neuen Handlungsempfehlungen sich daraus ergeben.

## 2.1. Kurzzusammenfassung der Ergebnisse

Im Handlungsfeld **Leben im Stadtteil** wurden hinsichtlich der dort formulierten Ziele einige Fortschritte erzielt. Bestehende Programme der Städtebauförderung tragen maßgeblich zur Lebensqualität und der sozialen Integration in den Stadtteilen bei und setzen gezielt auf die aktive Beteiligung von Menschen mit Migrationsgeschichte und fördern ihre Teilhabe an Stadtteil- und Quartiersprozessen. Die Städtebauförderung geht mit ihren unterschiedlichen Programmausrichtungen auf die verschiedenen Herausforderungen in den Stadtteilen ein.
Zugleich bestehen nach wie vor Herausforderungen im Bereich des Wohnens: Trotz gezielter Strategien wie dem Wohnraumversorgungskonzept fehlen insbesondere für vulnerable Gruppen mit Zuwanderungsgeschichte ausreichend bezahlbare Wohnungen. Die angestrebten Verbesserungen werden erst mittelfristig spürbar sein.
Kassel engagiert sich zudem für ein respektvolles Miteinander im Stadtteil. Projekte zur Gewaltprävention und Teilhabe – etwa DEXT oder KOMPASS – setzen auf Demokratieförderung und entwickeln die lokale Sicherheitsarchitektur in Kooperation mit unterschiedlichen Akteuren weiter. Allerdings bleibt das subjektive Sicherheitsgefühl bei einigen Bevölkerungsgruppen, darunter auch Menschen mit Migrationsgeschichte, unzureichend gestärkt. Es besteht weiterer Handlungsbedarf bei der konkreten Thematisierung rassistischer und menschenfeindlicher Bedrohungen, hierzu sind weitere Maßnahmen im neuen Integrationskonzept notwendig.

Beim **Zugang zu Sprachförderung und Bildung** wurden über alle Altersgruppen hinweg viele Fortschritte erzielt aber auch weitere Handlungsbedarfe identifiziert.
In Kassel existiert ein breites Spektrum an Sprachfördermaßnahmen, darunter niedrigschwellige Sprachkurse und Sprachcafés. Bestehende Barrieren – etwa fehlende Kinderbetreuung oder unpassende Kurszuweisungen – verhindern jedoch oft den Zugang zu vorhandenen Angeboten. In einigen Bereichen bedarf es an Verbesserungen, etwa durch mehr Sprachförderangebote mit Kinderbetreuung, bessere Beratung und einen Ausbau der Maßnahmen in Quartieren mit hohem Zuwanderungsanteil.
Eltern mit Migrationshintergrund werden zunehmend als Bildungspartner eingebunden, etwa durch Elterncafés und kultursensible Angebote. Jedoch fehlen flächendeckende Strukturen und eine systematische Erfassung der Aktivitäten. Sprachbarrieren und unzureichende Informationen in leichter Sprache erschweren die Teilhabe weiterhin.
Maßnahmen wie Sprachförderung und Lernförderprojekte wurden umgesetzt. Dennoch hängen Bildungserfolge weiterhin stark vom sozioökonomischen Hintergrund ab. Die interkulturelle Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit wurde im städtischen Rahmenkonzept konzeptionell verankert, die praktische Umsetzung muss künftig messbar evaluiert werden.
Trotz vielfältiger Bildungsangebote für Erwachsene, z. B. durch die VHS, bestehen weiterhin Zugangshürden für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. Kulturelle Einrichtungen werden von Zugewanderten kaum aufgesucht, was u. a. auf Unsicherheiten und fehlende Begleitung zurückzuführen ist. Begleitete Gruppenangebote, wie sie etwa in Museen erfolgreich erprobt wurden, könnten diese Barrieren abbauen.

Um die **Teilhabe am Arbeitsmarkt** zu stärken**,** wurden diverse Maßnahmen entlang von erhobenen Bedarfen konzipiert und umgesetzt. Kassel verfügt über eine kontinuierlich weiterentwickelte Integrationsplanung im Bereich Arbeitsmarkt. Mit Formaten wie dem Arbeitsmarktdialog, der Arbeitsmarktstrategie sowie den Arbeitsgruppen (z. B. AG OloV, UAG Arbeitsmarktintegration) bestehen funktionierende Strukturen zur Koordination. Diese Formate haben sich bewährt und fördern strategische sowie operative Abstimmungen. Ein zentrales Problem stellt jedoch der hohe Ressourcenbedarf dar – insbesondere angesichts rückläufiger Bundesmittel. Zudem fehlt es an einer dauerhaften und strukturellen Beteiligung von Migrantenorganisationen an der Planung. Dies wird aktuell ausgebaut und sollte im neuen Integrationskonzept weiterhin in den Fokus genommen werden.
Die Offenheit der Arbeitgebenden gegenüber Beschäftigten mit Migrationshintergrund hat sich verbessert. Öffentlichkeitskampagnen, verbesserte Beratungsangebote und Kooperationen mit Unternehmensvertretungen haben dazu beigetragen. Auch Kammern und Verbände sind involviert, jedoch fehlt an einigen Stellen eine systematische und langfristige Zusammenarbeit zu diesem Thema. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU) benötigen stärkere Unterstützung und konkrete Hilfestellungen. Es mangelt an strategischen Instrumenten wie belastbaren Daten zu Einstellungshemmnissen, betrieblichen Diversity-Konzepten und nachhaltigen Unterstützungsformaten für KMU. Auch dieses Ziel wurde nur teilweise erreicht.
In Kassel wurden arbeitsmarktnahe und bedarfsorientierte Angebote, insbesondere im Bereich sprachlich begleiteter Ausbildung, aufgebaut. Programme wie das Azubi-Sprachcoaching und die Berufssprachförderung fokussieren vor allem den Aspekt der Sprachkompetenz. Allerdings gestaltet sich die Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten z. T. noch schwierig. Erfolgreiche Integration hängt nicht nur von Qualifikation, sondern auch von sozialer Stabilität, Sprachkompetenz und unterstützenden Strukturen ab. Betriebliche Formate wie Teilzeitausbildung oder Qualifizierungen „on the job“ sind vielversprechend, jedoch nicht flächendeckend etabliert.
Die Notwendigkeit durchgehender Bildungsketten ohne Leerlaufzeiten wurde erkannt, jedoch fehlt es an systematischer Umsetzung. Insbesondere das Bildungsketten-Coaching könnte bestehende Übergangsprobleme entschärfen, wie etwa das Projekt „Sozialwirtschaft integriert“ eindrücklich zeigt, allerdings wird dies bisher aufgrund einer hohen Ressourcennotwendigkeit nur punktuell umgesetzt. Auch eine digitale Übersicht über Qualifizierungsangebote ist erst in der Planung.

Im Handlungsfeld **Gesundheitsförderung, -versorgung und Pflege** wurden zwei der drei formulierten Ziele größtenteils erreicht. Die Berücksichtigung spezifischer Lebenslagen bei der Angebotsgestaltung – wurde weitgehend umgesetzt. Besonders positiv fällt die Entwicklung niedrigschwelliger Informations- und Unterstützungsangebote auf. Sowohl Projekte wie „InKaOst" als auch reguläre Angebote der Stadt Kassel wie „Willkommen von Anfang an", sowie die Beratungsstelle „ÄLTER WERDEN" verbessern die Teilhabe und Versorgung für Menschen mit Migrationsgeschichte, die zunehmend als Zielgruppe in den Fokus rücken.
Die interkulturelle Öffnung von Gesundheitsorganisationen – wurde mit Blick auf die städtischen Angebote erfolgreich realisiert. Es wurden zahlreiche Maßnahmen zur sprachlichen und kulturellen Begleitung von Zugewanderten eingeführt, darunter aufsuchende Angebote, kultursensible Projekte und nachbarschaftliche Treffpunkte. Die interkulturellen Pflegelotsen und -lotsinnen spielen dabei eine zentrale Rolle und stärken den Zugang zu Versorgungsangeboten. Auch die partizipative Planung gesundheitsfördernder Maßnahmen wurde gefördert. Verbesserungsbedarf besteht bei der mehrsprachigen Informationsbereitstellung und dem Aufbau einer professionellen Dolmetscherstruktur, insbesondere im Bereich psychischer Gesundheit.
Die interkulturelle Schulung von Fachkräften im Gesundheitswesen – konnte nicht umgesetzt werden, da es außerhalb der kommunalen Zuständigkeit liegt.

Auch die **interkulturelle Öffnung der Verwaltung** ist nach wie vor ein zentraler Baustein des Integrationskonzeptes. Ein zentrales Ziel dabei ist die Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund. Hierzu wurde die bisherige Erhebungsweise ausgebaut, insbesondere mit der aktuellen Vollerhebung 2024/25, die neben dem Migrationshintergrund auch das Diversitätsklima thematisiert hat. Mit der „Herkulesaufgabe"-Kampagne wurde ein sichtbares Instrument geschaffen, das junge Menschen mit Migrationsgeschichte anspricht und für die Stadtverwaltung als potenziellem Arbeitgeber wirbt. Auch die Nutzung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen wurde verbessert, etwa durch die Einrichtung einer Vollzeitstelle zur Praktikumsakquise. Für nachhaltige Erfolge sind weitere Maßnahmen wie Monitoring, Schutz vor Diskriminierung und eine strategische Konzeptentwicklung erforderlich. Um die Verwaltung interkulturell zu sensibilisieren, wurden Trainings durchgeführt, sowohl für Führungskräfte als auch für Auszubildende und ganze Organisationeinheiten bzw. Ämter. Diese Maßnahmen sind jedoch derzeit freiwillig, nicht flächendeckend und schwer evaluierbar. Ein zentral gesteuertes Fortbildungsangebot mit verbindlichen Standards, einem festen Trainierendenpool und einer systematischen Bedarfserhebung könnte hier mehr Wirkung entfalten.
Die Servicequalität der Stadtverwaltung wurde durch Maßnahmen wie die Ausweitung des Internetangebots in „Leichter Sprache" und durch die Einbindung relevanter Akteurinnen und Akteure im Runden Tisch Integration verbessert. Die Stelle des Antidiskriminierungsbeauftragten wurde 2024 besetzt. Dieser arbeitet eng mit der AGG-Stelle zusammen. Kassels Teilnahme an Modellprojekten wie KommA sowie die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen im Bereich Antidiskriminierung sind weitere bedeutende Erfolge hinsichtlich einer diskriminierungssensiblen Verwaltung. Auch beim Thema Mehrsprachigkeit gibt es Fortschritte – etwa durch Einsatz von Sprachmittlung oder Übersetzungstools, die auf der Webseite der Stadt integriert wurden – allerdings fehlt eine klare Strategie zur Anwendung und Weiterentwicklung dieser Angebote. Somit bestehen gerade für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen weiterhin strukturelle Zugangsbarrieren, die auch künftig Beachtung bekommen sollten.

Im Handlungsfeld **Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens** verfolgt die Stadt Kassel das Ziel kulturelle Angebote, Vereinsaktivitäten und politische Parteien für Menschen mit Migrationsgeschichte zugänglicher zu machen. In den kulturellen Programmen der Stadt Kassel spiegelt sich die Vielfalt der Stadtgesellschaft zunehmend wider. Es gibt inklusive Projekte und Fortschritte bei Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit bei Veranstaltungen. Jedoch mangelt es an langfristiger Verankerung, da viele

Initiativen projektbezogen sind. Die vollständige Integration aller Communities in die städtischen Kulturangebote bleibt ein offenes Ziel, das einen langen Atem erfordert. Auch im Sportbereich zeigen sich Fortschritte: Angebote wie „Treffpunkt Bewegung“ sollen durch gezielte Einbindung von migrantischen Organisationen für Menschen mit Migrationshintergrund zugänglicher werden, einige etablierte Sportvereine sind schon lange Vorreiter bei der Integration, unabhängig von Alter, Herkunftsland und der bisherigen Aufenthaltsdauer. Insbesondere hinsichtlich der langfristigen Integration und Qualifizierung, etwa von Frauen als Übungsleiterinnen, gibt es aber weiterhin Ausbaubedarf.
Bei der gesellschaftlichen Partizipation sind positive Entwicklungen z. B. in der Vereinsarbeit sichtbar. Es zeichnet sich ab, dass sich die Vielfältigkeit der Kasseler Stadtgesellschaft auch in den Vereinen gut widerspiegelt. Migrantische Vereine nehmen Angebote zur Professionalisierung zunehmend mehr an und sind durch die Servicestelle ALL IN gut vernetzt und eingebunden. Durch gestiegene Einbürgerungszahlen stehen immer mehr Menschen mit Migrationsgeschichte Möglichkeiten der formalisierten politischen Partizipation offen. Aber auch solche ohne deutsche Staatsangehörigkeit sollten bzgl. dieser Frage künftig mehr in den Fokus des Integrationskonzeptes rücken.

# 3. Bericht zum Umsetzungsstand entlang der Handlungsfelder

Im Folgenden werden die Ziele und Handlungsempfehlungen aller sechs Handlungsfelder nochmal ausführlich beleuchtet und der Umsetzungsstand evaluiert.

## 3.1.Leben im Stadtteil

‚Leben im Stadtteil‘ und ‚Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens‘ waren ursprünglich zwei getrennte Handlungsfelder, die dann aber in einer Unterarbeitsgruppe behandelt und eigentlich auch konzeptionell zusammengeführt werden sollten. Dazu ist es aber nie gekommen, weshalb auch hier wieder getrennt berichtet wird.

Im Rahmen der Arbeit der UAG zu den zwei Handlungsfeldern hatte sich sehr früh herausgestellt, dass für die Frage einer nachhaltigen Integration der Menschen in den Stadtteilen – fühlen sie sich heimisch, kann Teilhabe verwirklicht werden – bereits ab Mitte der 2010er Jahre das früher in Kassel weniger problematische Thema ‚Wohnen‘ eine zentrale Rolle spielte. Sich im gewohnten Viertel (oder überhaupt) mit angemessenem und bezahlbarem Wohnraum zu versorgen, wurde für viele Menschen mit Migrationsgeschichte immer schwieriger. Das galt und gilt aber auch für Menschen mit Behinderung, für Alleinerziehende, für Menschen mit geringem Einkommen und andere. Der Prozess, der dann zu einem Wohnraumversorgungskonzept geführt hat, stand daher nicht direkt im Rahmen der Umsetzung des Integrationskonzeptes, sondern wurde separat geführt. Wir berichten zu den entsprechenden Zielen und Handlungsempfehlungen aber hier.

Im Zentrum dieses Handlungsfeldes steht die Frage, wie Teilhabe und Integration im unmittelbaren Wohn- und Lebensumfeld gelingen können. Ziel ist es, allen Menschen in Kassel – unabhängig von Herkunft, Sprache oder sozialem Hintergrund – ein aktives, respektvolles und sicheres Leben im Stadtteil zu ermöglichen sowie Räume zur gesellschaftlichen Mitgestaltung zu eröffnen. Dies umfasst die Verknüpfung integrierter Stadtentwicklungsstrategien mit sozialer Infrastruktur, den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, die Gestaltung von öffentlichen Begegnungsorten und Freizeitmöglichkeiten sowie die Förderung von Dialog, Eigeninitiative und Zusammenhalt im Quartier.

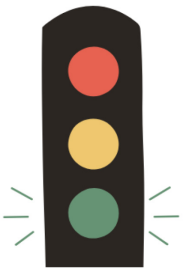
### 3.1.1. Ziele und Handlungsempfehlungen

**Ziel 1: Gesamtstädtische Strategien der integrierten Stadtentwicklung sowie der Stadtteil- und Quartiersentwicklung werden mit Instrumenten der Wohnungs-, Familien-, Gleichstellungs- und Bildungspolitik verknüpft und berücksichtigen migrations- und integrationsrelevante Aspekte.**

Im Rahmen einer integrierten Stadtentwicklung sollen gesamtstädtische Strategien ebenso wie quartiers- und stadtteilbezogene Ansätze systematisch mit politischen Handlungsfeldern der Wohnungs-, Familien-, Gleichstellungs- und Bildungspolitik verknüpft werden. Ziel ist es, Synergien zwischen diesen Politikfeldern zu nutzen, um nachhaltige, sozial gerechte und lebenswerte Stadtstrukturen zu fördern. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der frühzeitigen und kontinuierlichen Berücksichtigung migrations- und integrationsrelevanter Aspekte. Dies schließt sowohl die Anerkennung vielfältiger Lebensrealitäten als auch die Förderung gleichberechtigter Teilhabechancen für Menschen mit Migrationsgeschichte ein.

*Handlungsempfehlung: Aktive Beteiligung der Anwohnenden bei Neu- und Umplanungen.*

*Handlungsempfehlung: Strukturelle Förderung von Stadtteilen und Quartieren durch die Beteiligung an Förderprogrammen.*



Die Städtebauförderung ist ein wichtiges Instrument, um die Lebensqualität, die soziale Integration, die wirtschaftliche Entwicklung und die ökologische Nachhaltigkeit in den Städten und Gemeinden zu verbessern. In dem Berichtszeitraum von 2023-2024 gab es in Kassel insgesamt zehn Fördergebiete mit laufenden Förderprogrammen, die mit ihren unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten auf die verschiedenen Gegebenheiten in den Stadtteilen eingehen. Viele dieser Stadtteile haben einen hohen Anteil an Menschen mit eigener oder familiärer Zuwanderungsgeschichte. In den Fördergebieten Forstfeld und Waldau, Rothenditmold sowie Wesertor wird beispielsweise ein besonderer Fokus auf den sozialen Zusammenhalt in der Nachbarschaft gelegt. Es wird das Ziel verfolgt, die Wohn- und Lebensqualität sowie Nutzungsvielfalt in den Quartieren zu erhöhen und die Integration aller Bevölkerungsgruppen zu unterstützen.

Viele der Programme laufen schon länger, entfalten aber auch im Berichtszeitraum weiter ihre Wirkung – bzw. in ihrer Beständigkeit liegt ein Teil ihrer guten Wirkung - und werden daher hier auch genannt.

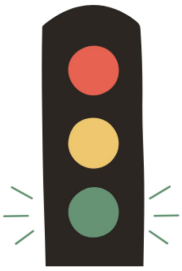
Dabei ist eine Beteiligung der Öffentlichkeit, und somit auch der zugewanderten Menschen in den Stadtteilen, grundsätzlich immer vorgesehen. Auch bei der Bauleitplanung erfolgt gemäß der Gesetzgebung eine kontinuierliche Beteiligung der Öffentlichkeit sowie auch bei der Durchführung städtebaulicher Wettbewerbe. Damit wird sichergestellt, dass vielfältige Perspektiven in die Planungen einbezogen werden, so zum Beispiel in Forstfeld-Mitte in 2024. Ein weiteres Beispiel ist die Beteiligung an der Planung von Freizeit- und Sportanlagen, wie bei der Parkour- und Skateanlage in der Schützenstraße im Stadtteil Wesertor. Das Fördergebiet „*Sozialer Zusammenhalt Wesertor*“ besteht seit 2009 und ist ein Erfolgsprojekt zur Beteiligung der Bewohnenden. Das Stadtteilzentrum in der Weserstraße mit dem Jugendzentrum als Mittelpunkt im Stadtteil trägt maßgeblich zur Integration bei. Mit dem Neubau der Offenen Schule Waldau wird ein konzeptionell und baulich innovativer

bildungspolitischer Leuchtturm in einem Stadtteil mit hohem Migrantinnen- und Migrantenanteil realisiert, der Strahlkraft in den gesamten Kasseler Osten und darüber hinaus entfalten wird.

Verbunden mit der Durchführung von Förderprogrammen sind in den einzelnen Quartieren auch häufig gut etablierte Stadtteilarbeitskreise, die in die Bevölkerung hinein vernetzt sind und deren Anliegen bearbeiten. Durch die vielfältigen Aktivitäten in den Städtebauförderungsgebieten und den dortigen Ansprechpartnern und Ansprechpartnerinnen ergeben sich häufig Synergien mit weiteren Förderprogrammen, zum Beispiel das durch Präventionsmittel geförderte Projekt InKaOst (Integrierte Handlungsstrategien im Kasseler Osten). Das Projekt hat zum Ziel, die Gesundheit von Menschen in herausfordernden Lebenslagen im Kasseler Osten (Unterneustadt, Bettenhausen, Forstfeld und Waldau) zu stärken. Die Stadt Kassel entwickelt hierbei mit den Menschen, die vor Ort aktiv sind, dort leben und im Ortsbeirat vertreten sind, umfassende Strategien der Gesundheitsförderung und setzt sie in den Stadtteilen um, damit sich alle im Kasseler Osten wohlfühlen können.

Mit dem Jahr 2020 begann eine neue Förderperiode des Landesprogramms GWA unter dem Titel „Förderung von Gemeinwesenarbeit in Stadteilen/Quartieren mit besonderen sozialen und integrationspolitischen Herausforderungen (GWA)“. Durch eine erhöhte Förderquote im Rahmen des Folgeantrages können die vom Kulturzentrum Schlachthof gGmbH im Fördergebiet 1 Nord-Holland/Wesertor und durch den Frauentreff Brückenhof e.V. im Fördergebiet 2 Oberzwehren in den vergangenen Jahren entwickelten Ansätze fortgeführt und ausgebaut werden. Die Schwerpunkte liegen hier insbesondere in der Entwicklung und Umsetzung bedarfsgerechter, sozialräumlich verankerter Angebote der Unterstützung, Beratung, Teilhabe und Mitwirkung. Die Aktivitäten haben sich mit dem Rückgang der Pandemie-bedingten Einschränkungen ab 2022 wieder normalisiert und wurden dynamisch an die gewandelten gesellschaftlichen Herausforderungen, wie z. B. Folgewirkungen der Corona-Pandemie sowie gestiegenen Armutslagen und -gefährdung angepasst.

Die Beteiligung an Förderprogrammen wird von allen entsprechend Zuständigen in der Stadt als Aufgabe auf Dauer und immer wieder neu begriffen, die die Voraussetzung dafür schafft, die Stadt für alle ihre Bewohnenden lebenswerter zu machen.



Das Ziel wird umfassend verfolgt und umgesetzt. Es bestehen langjährige, erfolgreiche Strukturen und Programme, die fortlaufend angepasst und erweitert werden. Die Verknüpfung stadtentwicklungspolitischer Maßnahmen mit migrations- und integrationsrelevanten Aspekten ist systematisch und sichtbar verankert. Die Beteiligung der Bevölkerung, insbesondere von Menschen mit Migrationsgeschichte, wird aktiv gefördert und umgesetzt.

**Ziel 2: Der Wohnungsbau wird an erwartete demografische und gesellschaftliche Entwicklungen angepasst.**

Der Wohnungsbau soll künftig so gestaltet werden, dass er den demografischen und gesellschaftlichen Wandel nicht nur begleitet, sondern aktiv zur sozialen Integration beiträgt. Dabei stehen insbesondere Maßnahmen im Mittelpunkt, die es Menschen mit unterschiedlichen sozialen, kulturellen und

wirtschaftlichen Hintergründen ermöglichen, angemessenen und bezahlbaren Wohnraum zu finden – und zwar in durchmischten Stadtteilen, die Teilhabe, Begegnung und Gemeinschaft fördern.

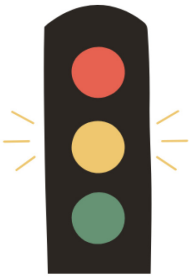
*Handlungsempfehlung: Entwicklung von Instrumenten zur Umsetzung von sozialem Wohnungsbau und von Maßnahmen zur Entwicklung bedarfsorientierter Wohnformen.*

*Handlungsempfehlung: Sozial gerechter Wohnungsbau wird gefördert.*

Das Thema Wohnen hat für die Menschen in Kassel enorm an Bedeutung gewonnen. Die gesamtkonjunkturelle Lage in Verknüpfung mit gestiegenen Baukosten im Berichtszeitraum hat zu einem geringen Bauvolumen geführt. Gleichzeitig verzeichnet die Stadt Kassel positiven Wanderungssaldo, u. a. durch den vermehrten Zuzug Geflüchteter aus der Ukraine. Für immer mehr Gruppen ist es sehr schwierig, sich mit angemessenem Wohnraum zu versorgen, vor allem bei sich veränderten Lebenslagen. Seit 2020 wurde das Wohnraumversorgungskonzept erstellt und 2022 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedet. In 2023 wurde das „Bündnis für bezahlbares Wohnen“ als eines der priorisierten Maßnahmen aus dem Konzept gegründet. Hier werden unter anderem die Themen verbesserter Zugang für Menschen, die migrantisch gelesen werden und aktives Wirken gegen Alltagsrassismus bei Vermietung von Wohnraum bearbeitet. Durch die in 2024 veröffentlichte Broschüre und Schulungsreihe „Kassel wohnt“ gibt es Angebote für Menschen, die erstmals eigenverantwortlich mieten. Dies richtet sich im ersten Umsetzungsschritt vorrangig an Geflüchtete, um den Übergang von einer betreuten Unterkunft in eigenständigen Wohnraum zu unterstützen. Die Stadt Kassel wird außerdem bei der Vermittlung von sozial geförderten Wohnungen das Benennungsrecht wahrnehmen. Hierzu hat der Magistrat die Registrierungs- und Vergaberichtlinien der Stadt Kassel für eine sozialgeförderte Wohnung am 16. Juni 2025 beschlossen. Die Richtlinien beinhalten eine neu gefasste Prioritätenliste. Die Neufassung der Prioritätenliste besteht und greift bereits seit Dezember 2024, da diese ebenfalls im Rahmen des Wohnraumversorgungskonzepts zur Vermietung sozial geförderter Wohnungen prioritär benannt und umgesetzt wurde. Anhand der Richtlinien werden bei freiwerdenden Sozialwohnungen künftig 10 wohnberechtigte Haushalte mit hoher Priorität an die Vermietenden gemeldet. Hierdurch wird das Ziel verfolgt, dass Gruppen mit hoher sozialer Dringlichkeit ihren Wohnraumbedarf besser decken können.

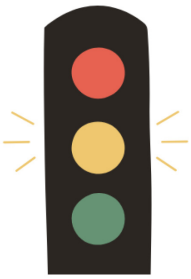
Mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. September 2020 gilt für alle Wohnungsbauvorhaben, für die die Stadt Kassel Planungsrecht schafft, eine Sozialwohnungsquote von 30 Prozent. Werden Grundstücke veräußert, greift die Quote erst ab sechs Wohneinheiten. In 2024 wurde die Wohnungsbauförderung wegen der gestiegenen Nachfrage massiv ausgeweitet. Aufgrund der im Berichtszeitraum getroffenen Maßnahmen wird es ab 2026 zu einer Trendwende kommen: Nach Jahrzehnten, in denen der Sozialwohnungsbestand abgeschmolzen ist, wird es erstmals wieder mehr Sozialwohnungen geben.

*Handlungsempfehlung: Damit Menschen trotz veränderter Lebenslagen in ihrem bisherigen Umfeld weiterhin leben können, werden Maßnahmen getroffen, um innerhalb der Stadtteile geeignete Wohnformen zu ermöglichen.*



Auch dieses Thema ist im Wohnraumversorgungskonzept berücksichtigt und wird im *Bündnis für bezahlbares Wohnen* in verschiedenen Bereichen mit bearbeitet.

In der Planung wird bei ausgeschriebenen Wettbewerben und bei Vergaben neben der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auch vorrangig ein Wohnungsmix (Anteil an Mietwohnungen und Eigentumswohnungen), verschiedene Bau- und Wohntypologien sowie Wohnformen mitgeplant, um ein breites Spektrum an Wohnungen zu entwickeln.



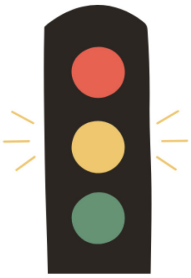
Es wurden zahlreiche wegweisende Maßnahmen angestoßen und strategisch verankert, wie das Wohnraumversorgungskonzept, die Sozialwohnungsquote oder das Bündnis für bezahlbares Wohnen. Jedoch zeigen sich im Berichtszeitraum noch deutliche strukturelle und konjunkturelle Herausforderungen – etwa das niedrige Bauvolumen und anhaltende Versorgungslücken für vulnerable Gruppen. Viele Effekte der Maßnahmen, etwa der Wiederanstieg beim Sozialwohnungsbestand, werden sich erst mittelfristig ab 2026 zeigen. Der eingeschlagene Kurs ist positiv und vielversprechend, aber die volle Zielerreichung steht noch aus.

**Ziel 3: Die Stadt Kassel wird die Rahmenbedingungen schaffen, um allen Einwohnerinnen und Einwohnern öffentliche Räume zur Begegnung und Freizeitgestaltung zur Verfügung zu stellen.**

Die Stadt Kassel setzt sich zum Ziel, öffentliche Räume so zu gestalten und bereitzustellen, dass sie allen Einwohnerinnen und Einwohnern unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht oder sozialem Status offenstehen und zugänglich sind. Öffentliche Räume – wie Parks, Plätze, Spiel- und Sportanlagen sowie kulturelle oder nachbarschaftliche Treffpunkte – sollen als Orte der Begegnung, des Austauschs und der gemeinsamen Freizeitgestaltung dienen. Im Zentrum steht dabei die Schaffung von inklusiven und niedrigschwelligen Angeboten, die zur sozialen Teilhabe beitragen und das Miteinander in einer vielfältigen Stadtgesellschaft fördern. Die Stadt will entsprechende Rahmenbedingungen schaffen, damit sich Menschen unterschiedlicher Lebensrealitäten begegnen, kennenlernen und aktiv am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

*Handlungsempfehlung: Öffentliche Räume sollen als attraktive Begegnungs- und Aufenthaltsräume gestaltet werden*

*Handlungsempfehlung: Attraktive Flächen für spontane und nicht kommerzielle Freizeitaktivitäten werden in den Stadtteilen zur Verfügung gestellt*



Öffentliche Flächen zur Bewegungsförderung sind besonders wichtig, wenn, wie für viele migrantische Haushalte der Fall, der Zugang zu mit Kosten oder anderen Hürden verbundenen sportlichen Aktivitäten nicht gegeben ist.

Über Förderprogramme konnten an vielen Standorten in der Stadt Flächen neugestaltet werden, die als Treffpunkt und zur Freizeitgestaltung genutzt werden oder auch der Bewegung dienen. Die Gestaltung von Freizeitnutzung und Klimaanpassung ist eine wichtige Voraussetzung bei der Um- oder Neugestaltung von öffentlichen Räumen und Plätzen. Dass „Maßnahmen des Klimaschutzes und der Anpassung an den Klimawandel“ seit 2020 Fördervoraussetzung bei Programmen der Städtebauförderung sind, zeigt die besondere Bedeutung der Verknüpfung von der Gestaltung für Freizeitnutzung und Aspekten des Klimaschutzes und der Klimaanpassung.

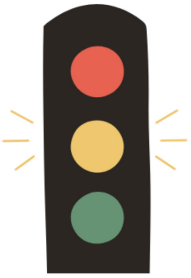
So wurde der Park Schönfeld Ost umgestaltet sowie auch die Flächen am Wahlebachpark beidseitig der Waldemar-Petersen-Straße wurden neugestaltet und neuer Nutzung zugeführt (Calesthenics, Pumptrack, Fußballtore, Seilbahn, Sitzpodeste Eingangsbereich, Spielplatz, Jugendtreff). Das Goethegymnasium hat einen Sporthof mit einer begrünten Wand zur Weserstraße erhalten. Der Windpark Jahn in Rothenditmold wurde in 2024 weiter ausgebaut und in seiner Funktion als offener Sportplatz gestärkt.

Nachdem eine öffentliche Platzgestaltung fertiggestellt ist, ist darauf zu achten, dass diese beteiligungsorientiert eine Aktivierung erfahren, um eine sozialräumliche Breitenwirkung und nachhaltige Belebung zu entfalten. Dabei sollten die Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, dass die Menschen sie auch gut nutzen können. So sollte auf der dinglichen Ebene alles da sein, was nötig ist (zum Beispiel gut zugängliche Toiletten) und auch ausreichend personelle Kapazität, um Plätze aktiv zu bespielen bzw. Besuchenden (insbesondere Kindern und Jugendlichen) sinnvolle Angebote zu machen bzw. sie hin zur Eigenregie und -wirksamkeit zu aktivieren. Hierfür sind Strukturen (personell und finanzielle) innerhalb der Stadt zu etablieren die diese ermöglichen.

Zudem konnten über lokal vereinbarte Experimente neue Begegnungsräume geschaffen und erprobt werden. Aus dem Freiluftexperiment Untere Königsstraße als Verkehrsversuch ging der Wunsch hervor, Straßenraum für Terrassen vor den Gastronomiebetrieben nutzen zu können. An der Umsetzung wurde im Berichtszeitraum gearbeitet und in 2025 konnten die Gastro-Terrassen mit Hilfe von Fördermitteln realisiert werden.

*Handlungsempfehlung: Kommunale Einrichtungen wie die Bürgerhäuser werden gezielt für lokale Initiativen und Vereine zur Nutzung geöffnet*

Migrantische Organisationen oder Initiativen haben durch die Servicestelle ALL IN eine verlässliche Struktur zur Organisation ihrer Vereinstätigkeiten. Darüber hinaus nutzen sie die unterschiedlich verfügbaren Raumportfolios in den Stadtteilen, die i. d. R. gegen einen geringen Betrag stundenweise bei den Bürgerhäusern, Stadtteilzentren, Nachbarschaftstreffs, Familienbildungsstätten oder auch Stadtteilakteuren allgemein angemietet werden können.



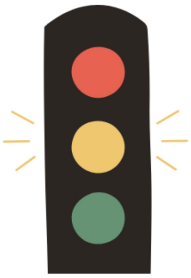
Ziel 3 wurde teilweise erreicht. Es wurden vielfältige, gut sichtbare Maßnahmen zur Gestaltung inklusiver öffentlicher Räume umgesetzt. Besonders positiv hervorzuheben ist die gezielte Unterstützung migrantischer Gruppen, etwa bei der Nutzung kommunaler Räume. Allerdings bestehen Potenziale zur Weiterentwicklung, etwa in der systematischen Verknüpfung von Freizeitgestaltung mit Klimaanpassung oder in der flächendeckenden Umsetzung solcher Maßnahmen in allen Stadtteilen.

**Ziel 4: Das respektvolle Zusammenleben in den Stadtteilen wird verbessert. Konflikten wird präventiv entgegengetreten. Die Wahrnehmung der öffentlichen Sicherheit wird sich deutlich verbessern.**

Die Stadt Kassel verfolgt das Ziel, das respektvolle und friedliche Zusammenleben in den Stadtteilen nachhaltig zu stärken. Dabei geht es darum, dass Miteinander in einer zunehmend vielfältigen Stadtgesellschaft aktiv zu gestalten, gegenseitiges Verständnis zu fördern und Diskriminierung sowie Ausgrenzung entgegenzuwirken.

Ein zentraler Bestandteil dieses Ziels ist die Entwicklung und Umsetzung präventiver Maßnahmen, die dazu beitragen, potenziellen sozialen Spannungen und Konflikten frühzeitig zu begegnen. Durch dialogorientierte Formate, sozialräumliche Präsenz und gezielte Beteiligung unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen sollen gegenseitige Akzeptanz und Vertrauen gestärkt werden.

*Handlungsempfehlung: Die Stadtverwaltung wird Dialogformate zur Information über kommunale Angebote und Dienstleistungen umsetzen.*



Die Stadt Kassel arbeitet auf mehreren Wegen daran, Systemzugänge zu erleichtern, damit beispielsweise alle Familien alle Leistungen erhalten, die ihnen zustehen und Armutsfolgen abgemildert werden können.

In Netzwerken wie dem in 2023 gegründeten *Bündnis für Kinder, Eltern und Familien*, kommen Akteurinnen und Akteure zusammen, die mit Familien arbeiten oder auch Träger von Förderprogrammen sind oder sich insbesondere an Familien mit Zuwanderungsgeschichte wenden. So bieten beispielsweise Outlaw Kassel, der Frauentreff Brückenhof e.V. und das Kulturzentrum Schlachthof Beratung und Unterstützung im Rahmen des Programms Akti(F) Plus an verschiedenen Standorten in sieben Stadtteilen Kassels an. Das Projekt „Stärkung von Teilhabe und Arbeit für Familien - STAfF“ wird im Rahmen des Programms „Akti(F) Plus – Aktiv für Familien und ihre Kinder“ durch das Bundesministerium für Arbeit und Soziales und den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert.

Stadtteilbezogene Familiennetzwerke, von der Stadt selbst finanziert, arbeiteten auch während des Berichtszeitraums und koordinieren und fördern Träger in der Arbeit für Kinder und ihre Familien, viele davon mit Zuwanderungsgeschichte.

Die Stadt Kassel ist Teil des Bundesprogramms Smart Cities. Die Kasseler Zielbilder für den Transformationsprozess sind dabei sozial-digital, umweltgerecht sowie zukunftssicher. Im Cluster sozialdigital werden sukzessive und auch während des Berichtszeitraums die Stadtteilakteure bedarfsgerecht bei der digitalen Ertüchtigung unterstützt. Angebote zur Erhöhung von Anwendungskompetenzen sowie Förderung der digitalen Teilhabe im Allgemeinen wird ergänzt mit den umfassenden zielgruppen-sensiblen Informations- und Schulungsangeboten aus dem Bereich der Cybercrimeprävention des Polizeipräsidiums Kassel.
Die Plattform „kasselkultur“ wurde vonseiten des Kulturamts in 2024 weiter ausgebaut. Im Rahmen der Profilschärfung steht die niedrigschwellige Kommunikation und Sichtbarmachung der vielfältigen Angebote der Kasseler Kulturszene für diverse Zielgruppen im Fokus.

Im Rahmen des vom Land Hessen geförderten WIR-Programms bietet das Amt für Chancengleichheit der Stadt Kassel, in Kooperation mit verschiedenen städtischen Abteilungen wie der Ausländerbehörde, der Kommunalen Arbeitsförderung oder dem Stadtmuseum und mit externen Institutionen wie dem Polizeipräsidium Nordhessen praxisnahe Bildungs- und Informationsmodule an. Die Teilnehmenden der Orientierungskurse lernen darüber konkret zuständige Menschen aus der Stadtverwaltung und andere in der Stadt Kassel relevante Ansprechpersonen kennen.

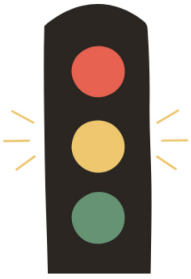
Zudem nehmen Mitarbeitende aus unterschiedlichen Ämtern und Abteilungen (Sozialplanung, Kommunale Arbeitsförderung, Abteilung für Zuwanderung und Integration, Amt für Chancengleichheit) an den vierteljährlich stattfindenden Treffen des Arbeitskreises Integration für den Landkreis und die Stadt Kassel teil, in dem sich zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowie Träger zu diversen Integrationsthemen austauschen und teilen in diesem Rahmen Informationen und Angebote mit.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Bei dieser Handlungsempfehlung ist der Bezug zum Ziel besonders schwer zu erkennen, das sollte bei einer Überarbeitung des Integrationskonzepts berücksichtigt werden.

*Handlungsempfehlung: Angebote der stadtteilbezogenen Sozialarbeit werden intensiviert und Stadtteilakteure wie beispielsweise Migrantenorganisationen stärker einbezogen.*

**Netzwerk der Stadtteilakteure:**



In den 23 Stadtteilen Kassels gibt es eine große Anzahl sozialräumlich aktiver Akteure, die jeweils für die Bevölkerung des umliegenden Quartieres oder eines Stadtteils einen Ort der Begegnung vorhalten und als soziale Knotenpunkte fungieren. Zur Förderung von Austausch und Vernetzung zwischen den zentralen Akteuren der Stadtteil- und Quartiersarbeit wurde unter der Moderation der Abteilung Sozialplanung des Sozialamtes am 28. April 2022 das „Netzwerk der Stadtteilakteure" gegründet. Bei der Auftaktveranstaltung wurden als vordergründige Bedarfe eine vertiefte Vernetzung untereinander sowie die gemeinsame Betrachtung übergreifender Fragestellungen genannt. Bis Ende 2024 hat sich das Netzwerk insgesamt sechs Mal zu Beratungen getroffen. Im Zentrum der Beratungen standen dabei u. a. die wachsende Armut und ihre unterschiedlichen Erscheinungsformen und Auswirkungen auf gesellschaftliche Teilhabe; Digitalisierung und Digitale Teilhabe; Klimaschutzstrategie und die SDG+ Initiative[6] der Universität Kassel; Einsamkeit und Kunst im öffentlichen Raum als Begegnungsort sowie der Umgang mit herabsetzenden, diffamierenden oder rassistischen Äußerungen. Im Sommer 2023 konnte auf der Internetseite eine kartenbasierte Übersicht der Stadtteilakteure in Verknüpfung mit Informationen zu Öffnungszeiten und Angebotsprofil umgesetzt werden. Im Rahmen des Bundesprogramms Smart City werden die Stadtteilakteure durch das Smart City Büro der Stadt Kassel in der Förderung digitaler Teilhabe und der Umsetzung niedrigschwelliger Angebote unterstützt.

Als Reaktion auf gestiegene Armutszahlen sowie Formen der Einsamkeit stellt die Sozialplanung seit Winter 2022 für die Schließzeiten zwischen Weihnachten und Heilige Drei Könige eine Übersicht mit offenen Angeboten und günstigen Mittagstischen zusammen und leitete sie über die Netzwerke in die Stadtteile und Quartiere zum Aushängen weiter.

Beispiele für stadtteil- bzw. quartiersorientierte Angebote, mit denen die Stadt das respektvolle Zusammenleben stärkt:

Das Sozialamt hat gemeinsam mit dem Caritasverband Nordhessen-Kassel e. V. das Projekt „AGILES Waldau" entwickelt und im September 2022 erfolgreich gestartet. Projektziel ist die Aktivierung und Projektentwicklung mit und für ältere Menschen im Stadtteil sowie die Erweiterung der Angebote im Stadtteilbüro. „Aktivierend, gemeinwesenorientiert, integrativ, lösungsorientiert, engagiert im Sozialraum Waldau" lautet die Devise des niedrigschwelligen Projektes, um mit dem Angebot viele ältere Menschen im Stadtteil zu erreichen. Synergien mit anderen Stadtteilprojekten und Angeboten sowie auch die Räume des Stadtteilmanagements im Einkaufszentrum und die Nachbarschaft zum *KennenLERNladen*[7] werden unter anderem durch das Projekt genutzt. Als erstes Begegnungs- und

[6] SDG steht für Sustainable Development Goals – deutsch: Nachhaltigkeitsziele

[7] Kurzlink KennenLernladen: KLL

Kommunikationsformat wurde das „Waldauer Kaffeestündchen“ in Kooperation mit dem Café Schnuckewerk entwickelt und etabliert.

Seit dem Frühjahr 2023 bietet das Kulturzentrum Schlachthof in seinem barrierefreien „Kaminzimmer“ das *Café Lebenslust* als Ort der sozialen Begegnung und des interkulturellen Austauschs. Außerdem können hier persönliche Beratungs- und Unterstützungs- sowie Freizeitangebote wahrgenommen werden. Das Café richtet sich schwerpunktmäßig an Menschen ab 60 Jahren mit und ohne Migrationserfahrung. Es ist sozialer Knotenpunkt für die Nordstadt und steht darüber hinaus auch Bewohnerinnen und Bewohnern anderer Stadtteile und anderen Altersgruppen offen. Es ist somit ein öffentlicher Ort der Begegnung und des Austausches, des Kennenlernens und Vernetzens. Das Projekt „Café Lebenslust - Beratung, Begegnung und Beteiligung“ wird im Rahmen des Programms „Stärkung der Teilhabe älterer Menschen – gegen Einsamkeit und soziale Isolation“ durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und durch die Europäische Union über den Europäischen Sozialfonds Plus (ESF Plus) gefördert.

Als Pilotprojekt im Juni 2021 gestartet, hat sich die „Wöhler 22 – Bildung und Begegnung“[8] als zentraler Bildungs-, Beratungs- und Begegnungsort im Quartier Friedrich-Wöhler-Straße etabliert und wird seit Juni 2024 mit kommunalen Mitteln verstetigt fortgeführt (weitere Informationen auf Seite 23).

*Handlungsempfehlung: Zur Förderung des Dialogs und der Eigeninitiative innerhalb der heterogenen Bewohnerschaft der Kasseler Stadtteile werden sozialräumlich verankerte Anlässe intensiver genutzt.*

An den jährlich wiederkehrenden Aktionswochen und Aktionstagen, wie z. B. die interkulturelle Woche, die Mobilitätswoche oder die Wochen gegen Rassismus beteiligen sich stadtweit viele Akteure, die darüber hinaus sozialräumlich über ihr Bestandsportfolio hinaus Gesprächs- und Dialoganlässe schaffen. Die Partnerschaft für Demokratie Kassel, mit den Kopilot:innen e. V. als Fach- und Koordinationsstelle hat im Berichtszeitraum Demokratiefeste in Wehlheiden und der Wöhlersiedlung (Nordholland) veranstaltet.

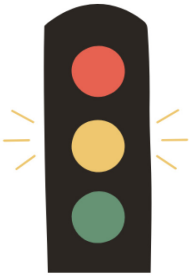
Am jährlich stattfindenden, bundesweiten Aktionstag „Tag der Städtebauförderung“ werden die vielfältigen Förderstandorte und -projekte in Kassel vorgestellt. Der Tag bietet die Möglichkeit, mehr über die Stadtentwicklung in Kassel zu erfahren, in den Austausch zu treten und aktiv an der Entwicklung der Stadt sowie des eigenen Umfelds mitzuwirken. Während der Tag der Städtebauförderung im Jahr 2023 zentral am Haus der Jugend stattfand, lud die Stadt Kassel im Jahr 2024 in verschiedene Fördergebiete in Kassel ein, sodass eine Vielzahl an Projekten und Stadtteilen erkundet werden konnte: Bettenhausen, Forstfeld, Mitte, Rothenditmold, Süsterfeld-Helleböhn, Südstadt, Unterneustadt, Wehlheiden, Wesertor. Im Fokus standen die Aufwertung öffentlicher Plätze und Parks sowie die Vorstellung von Projekten, die die Lebensqualität, soziale Integration und ökologische Nachhaltigkeit in Kassel fördern.

Diese Anliegen werden ebenfalls durch die Aktivitäten des SDG+ Lab gestärkt. Mit diesem Projekt entwickelt UniKasselTransfer ein Labor für Nachhaltigkeitsfragen als Plattform für den Austausch

[8] Kurzlink Wöhler 22 - Bildung und Begegnung | Stadt Kassel

zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft und stärkt somit den Nachhaltigkeitsschwerpunkt der Universität Kassel. Das Themenjahr 2023/2024 hatte als Schwerpunkt Energie und Umwelt. Die Umsetzung fand in Form von temporären Zukunftsläden statt, deren Ausgestaltung und das Programm partizipativ mit Akteurinnen und Akteuren sowie Bewohnenden einzelner Stadtteile entwickelt wurde. Neben Bad Wilhelmshöhe und Kirchditmold, wurde das Konzept auch in Waldau und Oberzwehren umgesetzt. Mittels kultursensibler und interkultureller Formate wurde ein experimenteller Raum für Dialog und Austausch zur sozial-ökologischen Transformation geschaffen und Möglichkeiten der Teilhabe und Selbstwirksamkeit aufgezeigt.

*Handlungsempfehlung: Bei städtebaulichen Planungen und Maßnahmen werden Aspekte zur Stärkung des Sicherheitsempfindens berücksichtigt.*



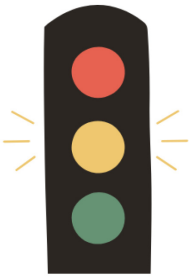
Bei städtebaulichen Planungen wird eine solche Stärkung grundsätzlich und fortlaufend beachtet, etwa durch die Forderung von Beleuchtungskonzepten oder der Berücksichtigung von Sichtbeziehungen bei der Gestaltung öffentlicher Flächen. Ein weiteres, konkretes Beispiel ist die Erarbeitung des Fußverkehrskonzepts im Berichtszeitraum. Dem Fußverkehr wird hiermit ein größeres Gewicht bei Planungsprozessen vor allem hinsichtlich der Mobilität gegeben. Hiervon profitieren alle Bevölkerungsgruppen aber insbesondere jene, die aus sozio-ökonomischen Gründen ausschließlich hierauf angewiesen sind.

Im Dezernat VI wurde in 2023 ein Workshop zum Thema „Geschlechtersensible Planung“ durchgeführt.

Jenseits der städtebaulichen Gegebenheiten hat sich das Sicherheitsempfinden verschiedener Gruppen in den vergangenen Jahren der Wahrnehmung nach eher verschlechtert. Die Handlungsempfehlungen müssten sich so weiterentwickeln, dass Sicherheitsempfinden im Sinne von ‚sich ohne Angst im öffentlichen Raum bewegen‘ (z. B. ohne Angst vor menschenfeindlichen Beleidigungen) auf umfassendere Art und Weise behandelt wird.

Bereits jetzt stehen dafür die im Berichtszeitraum wieder oder neu besetzten Stellen der Geschäftsführung des Präventionsrats und der Fachstelle für Demokratieförderung und phänomenübergreifende Extremismusprävention (DEXT), und der Antidiskriminierungsbeauftragte als Ansprechpersonen zur Verfügung.

Kassel nimmt an der Sicherheitsinitiative KOMPASS des Landes Hessen teil. KOMPASS steht für KOMmunal-ProgrAmmSicherheitsSiegel. Ziel ist es, die Sicherheitsarchitektur in den Kommunen individuell weiterzuentwickeln. In 2023 wurde eine erneute Befragung zufällig ausgewählter Bürgerinnen und Bürger durchgeführt.



Die Stadt Kassel setzt viele wirksame und gut koordinierte Maßnahmen um, um Dialog, Prävention und Teilhabe in den Stadtteilen zu fördern. Gleichzeitig zeigen Rückmeldungen und Wahrnehmungen, dass das subjektive Sicherheitsempfinden einzelner Gruppen nicht flächendeckend verbessert werden konnte. Die bestehenden Instrumente (z. B. DEXT oder KOMPASS) sind wichtige Bausteine, reichen aber noch nicht aus, um das Ziel vollumfänglich zu erreichen. Eine explizitere Behandlung von menschenfeindlicher Bedrohung im öffentlichen Raum sowie ein struktureller Abgleich von Ziel und Maßnahmen im Integrationskonzept sind notwendig.

## 3.2.Zugang zu Sprachförderung und Bildung

Ein chancengerechter Zugang zu Sprachförderung und Bildung ist eine zentrale Voraussetzung für gelingende Integration und gesellschaftliche Teilhabe. Sprache ist der Schlüssel zu Bildung, Arbeit und sozialem Miteinander – sie eröffnet Möglichkeiten der Mitgestaltung und fördert das Verständnis füreinander. Gerade für Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchterfahrung ist der rasche Erwerb der deutschen Sprache essenziell, um sich im Alltag zurechtzufinden, Bildungsangebote wahrzunehmen und langfristig eine selbstbestimmte Lebensperspektive zu entwickeln. Bildungseinrichtungen tragen eine besondere Verantwortung, Rahmenbedingungen zu schaffen, die soziale und sprachliche Hürden abbauen. Von frühkindlicher Förderung über schulische Bildung bis hin zur Erwachsenenbildung müssen Angebote sowohl niedrigschwellig als auch bedarfsorientiert gestaltet sein. Dabei sollte Mehrsprachigkeit als Ressource erkannt und genutzt werden. Eine durchgängige Sprachbildung sowie gezielte Maßnahmen zur Bildungsbegleitung leisten einen entscheidenden Beitrag zur Chancengerechtigkeit.

### 3.2.1. Ziele und Handlungsempfehlungen

**Ziel 1: Der Erwerb der deutschen Sprache wird unabhängig von Alter und Status gefördert.**

In Kassel gibt es ein vielfältiges Angebot an Deutschkursen, die je nach Aufenthaltsstatus, Sprachniveau und Lebenssituation besucht werden können. Ein zentraler Bestandteil des Angebotes sind die Integrationskurse, die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zertifiziert und finanziert werden. Diese umfassen sowohl Sprachunterricht, in der Regel bis zum Niveau B1, als auch einen Orientierungskurs zu Alltagsthemen. Die Teilnahme setzt bei SGB II Leistungsempfangenden in der Regel einen Berechtigungsschein voraus, den beispielsweise das Jobcenter oder die Abteilung für Zuwanderung und Integration ausstellt. Zudem können das Jobcenter und die Abteilung für Zuwanderung und Integration Personen auch zu einer Teilnahme verpflichten. Für Personen, die bereits Grundkenntnisse in Deutsch haben und sich beruflich weiterentwickeln möchten, werden vom BAMF auch berufsbezogene Deutschkurse angeboten. Diese Kurse richten sich unter anderem an Anerkennungssuchende ausländischer Berufsabschlüsse. Der Fokus liegt auf berufsrelevanter Sprache und Vorbereitung auf Fachsprache und berufliche Kommunikation. Die Teilnahme erfolgt meist über eine Berechtigung durch das Jobcenter oder die Agentur für Arbeit. Die Kurse enden mit einer Prüfung

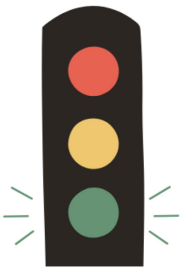
und einem Zertifikat. In Kassel gibt es darüber hinaus eine Vielzahl offener Deutschkurse, die beispielsweise über das Landesprogramm Deutsch4U finanziert werden. Sie können unabhängig vom Aufenthaltsstatus besucht werden und richten sich besonders an Menschen, die keinen Zugang zu den BAMF-finanzierten Kursen haben oder die auf einen Platz warten. Die Angebote sind niedrigschwellig, flexibel und teilweise mit Kinderbetreuung.

Hintergrund und Lebenslagen von Teilnehmenden an Deutschkursen unterscheiden sich in vielerlei Hinsicht. Neben gelingenden Kursverläufen gibt es verschiedene Hemmnisse, die den Zugang zum Erwerb der deutschen Sprache beeinträchtigen können. Dazu gehören bürokratische Hürden, Mehrfachbelastung durch Familienaufgaben und Berufstätigkeit, Traumatisierungen, kulturelle Verschiedenheiten, unterschiedliche Bildungsniveaus, fehlende Kinderbetreuung, zu wenig niedrigschwellige Angebote in den Quartieren, fehlender Praxisbezug für die Teilnehmenden und eine Unübersichtlichkeit der Kursangebote. Anfänglich hohe Motivation führt bei Überforderung zu Frustration und zum Aufgeben. Gelerntes wird mangels angewandter Sprachpraxis wieder vergessen. Möglichkeiten und Bedarfe der Teilnehmenden sind sehr unterschiedlich, nicht alle Kurse sind für alle geeignet. Eine Zuweisung in Kurse, die zu hohe Anforderungen stellen, erzeugen Druck. Vom Jobcenter zugewiesene berufsbezogene Kurse sind sehr prüfungsorientiert, haben hohe Anforderungen, bieten wenig Gestaltungsmöglichkeiten und überfordern viele Teilnehmende. In der Vergangenheit dauerten berufsbezogene Kurse länger, es gab keine Prüfung und die Erfolgsquote mit Vermittlung in Arbeit (Praktika) war deutlich höher und befriedigender für alle. Verschiedene Faktoren führen dazu, dass immer wieder dieselben Kurse durchlaufen werden (das gilt für Deutsch4you-Kurse ebenso wie für zertifizierte Kurse), was für alle Beteiligten unbefriedigend ist. Die inhaltliche Konzeption der Integrationskurse ist das größte Problem, aber über den Bund geregelt und daher nur über die kommunalen Spitzenverbände zu beeinflussen. In einigen Fällen haben sich Methoden bewährt, die besser auf die Zielgruppe abgestimmt sind (z. B. kreative Techniken in Verbindung mit Spracherwerb). Sprachkurse sollten methodisch-didaktisch an Bedürfnisse und Möglichkeiten der Teilnehmenden angepasst sein, nicht die Teilnehmenden an die Sprachkurse. Dafür ist eine Vielzahl von Kursangeboten notwendig.

**Diskussion:**

Niedrigschwellige Sprachkurse und -förderangebote sollten möglichst wohnortnah, in den einzelnen Stadtteilen angeboten werden. Ein besonderer Fokus bei Sprach- und Alphabetisierungskursen sollte auf Frauen liegen, für die durch die Familienphase die Hemmschwellen besonders hoch sind (räumlich, zeitlich, finanziell, emotional). Lernungewohnte Lernende sind mit dem Stoff in Sprachkursen häufig überfordert. Vor oder parallel zu einem Sprachkurs wären zusätzliche Kurse mit dem Thema „Lernen lernen“ sinnvoll.

*Handlungsempfehlung: In den Kindertagesstätten wird gezielte Sprachförderung angeboten und weiter ausgebaut.*



Der grundsätzliche Ausbau von Betreuungsplätzen und die Erhöhung des Fachkraftschlüssels durch Umsetzung des *Gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur*

*Verbesserung der Teilhabe in Tageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (KiQuTG)* ermöglichen eine individuellere und gezieltere Sprachförderung für mehr Kinder. Nach Auslaufen des Bundesprogramms *Sprachkitas* hat sich ein Großteil der Kasseler Kitas auch für die nachfolgende Landesförderung entschieden und diese neu beantragt. Für die städtischen Einrichtungen wird ergänzend zur täglich regulär stattfindenden Sprachförderung aktuell der Einsatz im Bereich der additiven Sprachförderung geprüft, hier ist ein zusätzlicher Bedarf erkannt worden. Die Teilnahme an dem Kindersprachscreening (KISS) als Instrument für die Sprachstandsmessung und eine gezielte Sprachförderung findet in städtischen Einrichtungen regelhaft statt, die Einrichtungen der freien Träger werden ab 2025 mit vertraglichen Vereinbarungen zur umfangreicheren Teilnahme aktiviert. Durch die Verstetigung des Bundesprogramms Kita-Einstieg erfolgte die Erweiterung des Regelbetreuungssystems, in dem in Spielkreisen und der Schnupper-Kita schon niedrigschwellige Sprachförderung vor dem Kita-Beginn stattfindet. Der grundsätzliche Betreuungsplatzausbau in Sozialraumtypen mit einem hohen Sprachförderbedarf bleibt weiterhin die wichtigste Maßnahme zur Zielerreichung, der Ausbau des Kita-Einstiegs und die weitere Identifikation und Konkretisierung additiver Sprachförderkonzepte für alle Betreuungseinrichtungen wären als neue Handlungsempfehlungen zu sehen.

Ergänzend zum Regelangebot wurden vom Amt für Schule und Bildung an ausgewählten Kindertagesstätten die Sprachförderangebote „Erzähl mir eine Geschichte“ (Kooperation mit Spielraumtheater e.V.) sowie „Schlüssel zur Verständigung“ (Kooperation mit Schlachthof gGmbH) auch in 2023 und 2024 weiter durchgeführt.

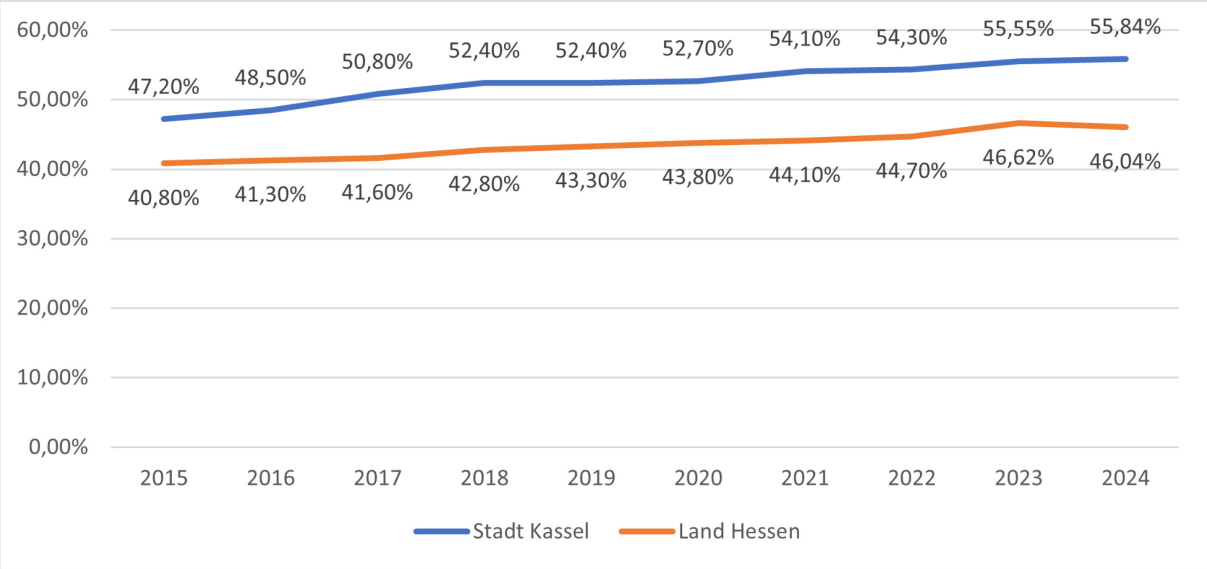
**Diskussion:**

Der Betreuungsplatzausbau in Sozialraumtypen mit einem hohen Sprachförderbedarf bleibt weiterhin grundsätzliche Maßnahme zur Zielerreichung, der Ausbau des Kita-Einstiegs und die weitere Identifikation und Konkretisierung additiver Sprachförderkonzepte für alle Betreuungseinrichtungen wären als neue Handlungsempfehlungen zu sehen.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

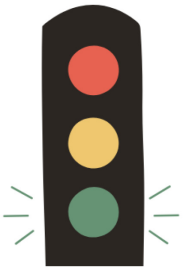
- Additive Sprachförderkonzepte für alle Betreuungseinrichtungen sollen entwickelt und umgesetzt werden.
- Vorlaufkurse sollen auf den Förderbedarf und nicht auf die Herkunft fokussiert werden und altersbezogen auf unterschiedlichen Niveaus angeboten werden

**Abbildung 1: Anteile der Kinder mit ausländischer Herkunft mindestens eines Elternteils in den Kindertageseinrichtungen insgesamt, 2015 bis 2024, Stadt Kassel und Land Hessen (öffentliche und freie Träger)**



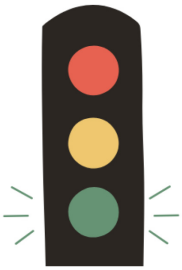

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder: Kommunale Bildungsdatenbank, Indikator C7.1c: Anzahl der Kinder in der Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen, eigene Berechnung und Darstellung.

*Handlungsempfehlung: An Kasseler Schulen wird Sprachförderung ergänzend und bedarfsgerecht im schulischen Ganztagsangebot verankert.*



Die Sprachförderung an Schulen ist mit dem Programm „Bildungssprache Deutsch“ des Hessischen Ministeriums für Kultur, Bildung und Chancen (HMKB) seit 2021 mit einem umfangreichen Maßnahmenpaket ausgebaut worden. Besonders hervorzuheben sind die nun verpflichtenden Vorlaufkurse am Übergang Kita-Schule, die räumlich entweder in der Kindertagesstätte oder in der Grundschule angeboten werden. In den ganztägig arbeitenden Grundschulen wird die Sprach- und Lernförderung kommunal über Theater im Ganztag (TiGa), Lesekoffern sowie in allen Schulformen über die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen ehrenamtlich tätigen Partnern und Angeboten von Bildungsträgern an den Schulen kontinuierlich ausgebaut. Dazu gehört u. a. die Unterstützung durch Mentor – die Leselernhelfer Nordhessen e.V an 22 Schulen der Stadt Kassel, die Kooperation mit dem Verein SELF e.V. an zwölf weiterführenden und beruflichen Schulen in Kassel und mit dem Bildungsinstitut „Wissen am Stern“. Darüber hinaus werden sprachfördernde Ferienprogramme mit der Climb gGmbH und Talent Campus durchgeführt. Zusätzlich existieren Ferienangebote des Deutschen Volkshochschulverbandes, die über das Programm „Kultur macht stark“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) finanziert werden. Neben den kommunal unterstützten Angeboten gibt es an Schulen weitere Einzelkooperationen mit Bildungsträgern und Ehrenamtlichen.

*Handlungsempfehlung: Niedrigschwellige Angebote zur Förderung des Spracherwerbs werden sozialraumbezogen ausgebaut. Neben Quartierstreffs und Stadtteil- und Familienzentren werden weitere Treffpunkte wie Jugendzentren, Angebote von Migrantenvereinen oder Kirchengemeinden, Bürgerhäuser oder Stadtteilbibliotheken innerhalb des Sozialraums vernetzt und einbezogen.*



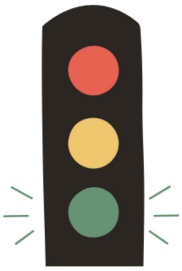
Es gibt eine Reihe von Sprachcafés und Sprachtreffpunkte, die dezentral organisiert und im gesamten Stadtgebiet verteilt sind. In der Regel sind diese offen für alle Sprachniveaus und eine vorherige Anmeldung ist nicht notwendig. Eine Übersicht dieser Angebote wird vom Amt für Schule und Bildung, Abteilung Bildungsmanagement und – Planung erstellt und gepflegt. Das Dokument ist online abrufbar: Deutschkurse und Sprech-Gelegenheiten in Kassel | Stadt Kassel

Über die Kindertagesbetreuung Kassel wurden ab Mitte 2022 in Gemeinschaftsunterkünften für vorrangig ukrainische Geflüchtete in Nord-Holland, Wesertor, Mitte und der Südstadt mit den städtischen und freien Trägern eine niedrigschwellige Kinderbetreuung unterhalb einer Betriebserlaubnispflicht aufgebaut, die neben der Entlastung der Mütter und Kinder auch die Spracherwerbsförderung als verbindliches Angebot etabliert hat. Die vorgehaltenen Qualitätsstandards waren analog den betriebserlaubnispflichtigen Einrichtungen ausgestaltet. Die städtische Einrichtung in der Bremer Straße wurde im Jahr 2023 in eine Regeleinrichtung umgewandelt.

Zur Erprobung einer sozialraum- und quartiersbezogenen Vernetzung hat das Amt für Schule und Bildung ein Pilotprojekt über das WIR-Programm des Landes Hessen beantragt und das Konzept für einen innovativen Bildungsort „Wöhler 22 – Bildung und Begegnung“ von Juni 2021 bis Mai 2024 erprobt.
Die „Wöhler 22 – Bildung und Begegnung“ als zentraler Bildungs-, Beratungs- und Begegnungsort im Quartier Friedrich-Wöhler-Straße wurde erfolgreich etabliert und konnte ab Juni 2024 verstetigt werden.
Ziel des Pilotprojekts war es, über die zentralen Angebote nur schwer erreichbare Zielgruppen durch niedrigschwellige Angebote im Quartier zu unterstützen, Teilhabe zu ermöglichen und die Bildungs- und Beratungsangebote unterschiedlicher Träger und Initiativen dezentral im Quartier und unter einem „Dach“ nachhaltig zu vernetzen. Die Räumlichkeiten wurden der Stadt Kassel von der TAG Wohnen zum pauschalen Nebenkostenpreis zur Verfügung gestellt. Koordiniert durch die kommunale Koordinationsstelle für Bildung und Integration im Amt für Schule und Bildung wurde ein vielfältiges Bildungs- und Beratungsangebot verschiedener Bildungsakteurinnen und -akteure gebündelt. Dazu zählten Sozialberatung für Familien (Akti(F) Plus/Kulturzentrum Schlachthof gGmbH), Bildungsberatung (Hessencampus), arbeitsrechtliche Beratung für EU- und Nicht-EU-Bürgerinnen (Faire Mobilität und Faire Integration), Anerkennungsberatung (Involas/IQ-Netzwerk) sowie niederschwellige Deutsch4U-Kurse, die zweimal wöchentlich jeweils vormittags uns abends stattfanden (Wissen am Stern gGmbH). Ergänzt wurde das Angebot durch Digi-Turn, eine arbeitsmarktbezogene Beratung für Frauen (Kulturzentrum Schlachthof in Kooperation mit der Frauencomputerschule) sowie durch das Angebot "Willkommen von Anfang an", das Gesundheitsinformationen für Familien mit kleinen Kindern vermittelt (Gesundheitsamt Region Kassel). Zudem fanden für Kinder und Familien vielfältige niedrigschwellige und kreative Angebote statt, darunter der Spielkreis für Kinder im Kita-Alter und deren Eltern (Akti(F) Plus/Kulturzentrum Schlachthof gGmbH), ein Kreativangebot für Erwachsene und Kinder

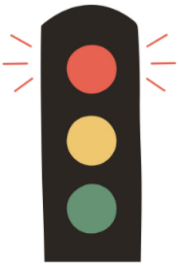
(ZeichenMalTeam22/Amt für Schule und Bildung) sowie ein interkulturelles Koch- und Kreativangebot im Rahmen des Nordstadt-Picknicks (Kulturzentrum Schlachthof gGmbH). Ergänzt wurde das Programm durch sprachfördernde Lese- und Kreativprojekte für Kinder und ihre Familien, etwa den „Phantastischen Geschichtenteppich“, ein Angebot für Grundschulkinder (Buchkinder Kassel e.V.) sowie durch die „Interkulturelle Lesezeit“ (Wissen am Stern gGmbH), die sich an Kinder ab drei Jahren und ihre Familien richtete.
Durch intensive Netzwerkarbeit sowie regelmäßige Treffen aller Akteurinnen und Akteure konnten tragfähige Strukturen geschaffen, fortlaufend Bedarfe erhoben und Angebote bedarfsgerecht angepasst werden. Die Verweisberatung wurde weiterentwickelt, um passgenaue Anschlussangebote zu ermöglichen. Die Räume der „Wöhler 22“ wurden zudem familienfreundlich umgestaltet – inklusive Kinderecke – und bieten nun eine einladende Atmosphäre für Beratung, Kurse und Begegnung. Feste, die einmal jährlich in Kooperation mit Akteurinnen der „Wöhler 22“ und aus der Nordstadt sowie mit den Wohnungsbaugesellschaften organisiert wurden, stärkten die Quartiersgemeinschaft und machten die Angebote sichtbarer.
Ein ähnliches Konzept wird auch im KennenLernLaden im Stadtteil Waldau in Kooperation des Amtes für Schule und Bildung mit „Wissen am Stern“ als Träger verfolgt.

*Handlungsempfehlung: Es wird eine transparente Darstellung der freien Integrationskursplätze erarbeitet, so dass Personen, die zur Kursteilnahme verpflichtet sind, einen Überblick erhalten.*



Die Übersicht über Deutschkurse und Kursträger in Kassel wurde aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage und der intensiven Nutzung fortgeführt. Die Angebote wurden in regelmäßigen Abständen aktualisiert und in enger Zusammenarbeit mit den anbietenden Bildungsträgern überarbeitet. Die Übersicht enthält Informationen zu Kursformaten, Zugangsvoraussetzungen und Standorten. Zudem sind die jeweiligen Anbietenden (Bildungsträger, eingetragene Vereine sowie die vhs) mit ihren Kontaktdaten aufgeführt, sodass aktuelle Kursangebote direkt von Interessierten erfragt werden können. Bildungsträger haben weiterhin die Möglichkeit, neue Angebote direkt an die Koordination Bildung und Integration im Amt für Schule und Bildung zu melden. Ergänzend hierzu hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) seine eigene Plattform, auf der freie Integrationskursplätze gesucht werden können: BAMF-NAVI - Integrationskurse

*Handlungsempfehlung: Das Angebot an Integrations- und Grundbildungskursen mit Kinderbetreuung wird bedarfsgerecht ausgebaut.*



Die begleitende Kinderbetreuung zu den Sprachkursen ist nicht bedarfsdeckend. Bei den Deutsch4U-Kursen ist eine kursbegleitende Kinderbetreuung grundsätzlich möglich, jedoch sind die

vom Land zur Verfügung gestellten Mittel zu gering, so dass es häufig schwierig ist, Kräfte für die Betreuung der Kinder zu finden. Auch die Kinderbetreuung in Integrationskursen ist trotz Fördermöglichkeiten schwer umsetzbar. Die nachzuweisende Qualifikation des Betreuungspersonals (mindestens Zertifizierung als Tagespflegeperson) schränkt die Personalakquise stark ein. Zusätzlich erfordern kindgerechte Räume eine Genehmigung durch das Jugendamt, inklusive aufwendiger Auflagen wie Brandschutz. Diese Hürden führen dazu, dass Integrationskursträger oftmals keine Betreuung anbieten können und Eltern mit kleinen Kindern weiterhin vom Kursbesuch ausgeschlossen bleiben. Das Amt Kindertagesbetreuung Kassel hat nach dem Kostenträgerwechsel der Integrationssprachkurse zum ESF aufgrund von Nicht-Berücksichtigung des Trägers Schlachthof für das erste Quartal die Refinanzierung übernommen, um den Fortbestand des bestehenden Angebots zu sichern. Ergänzend wird das bestehende Angebot des Schlachthofs seit längerem über einen Mietkostenzuschuss unterstützt.

Das Problem der nicht bedarfsgerechten Kinderbetreuung bei Sprachkursangeboten ist weiter vorhanden. Der Einfluss ist hier kommunal nur auf politischer Ebene über die kommunalen Spitzenverbände möglich.

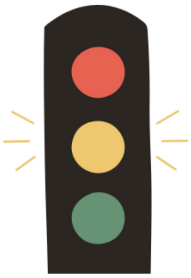
*Handlungsempfehlung: Integrationskurse werden mit Angeboten der Sozialberatungsdienste verknüpft.*

Einige der Träger, die Integrationskurse anbieten, bieten zusätzlich Sozialberatung an. Zu nennen sind hier etwa das Kulturzentrum Schlachthof, das sowohl vom BAMF geförderte Integrationskurse als auch die vom Bund geförderte Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte anbietet. Auch der Internationale Bund (IB) bietet neben Integrationskursen den bundesgeförderten Jugendmigrationsdienst an, der sich an junge Zugewanderte im Alter von 12-27 Jahren richtet. Seit September 2023 ist beim IB auch die bundesfinanzierte Asylverfahrensberatung angesiedelt. Grundsätzlich sind Integrationskursträger gesetzlich verpflichtet, mit der Migrationsberatung sowie den Jugendmigrationsdiensten zu kooperieren, da der Bundesgesetzgeber dieses Beratungsangebot explizit als Ergänzung zu den Kursen geschaffen hat.
Auch Bengi e.V. bietet neben Integrationskursen Beratung zu Fragen des Arbeitsmarkts, Vorfeldberatung zu Existenzgründung und Ausbildung an und kombiniert diese mit Projekten, die sich v. a. an zugewanderte Mütter richten. z. B. Projekte zur Stärkung der Erziehungskompetenzen von Müttern mit Migrationshintergrund, zum deutschen Schulsystem, Ernährung und Gesundheit, Einführungskurse in die EDV, Heranführung an das Vorlesen von Geschichten und Märchen etc.

**Diskussion:**

Da die Stadt Kassel weder auf die Zertifizierung der Integrationskursträger noch auf deren weiteren Angebote Einfluss nehmen kann und will, ergibt diese Handlungsempfehlung als Bestandteil des kommunalen Integrationskonzeptes keinen Sinn und sollte künftig gestrichen werden.

*Handlungsempfehlung: Initiativen und Vereine von Migrantinnen und Migranten, die Sprachförderangebote umsetzen, werden unterstützt.*



Die bereits erwähnte Übersicht der Sprachkurse und -förderangebote des Amtes für Schule und Bildung umfasst auch Träger und Vereine, die aus migrantischen Initiativen heraus entstanden sind, etwa Wissen am Stern und der Frauentreff Brückenhof. Darüber hinaus sind keine Initiativen von Migrantinnen und Migranten bekannt, die dezidiert Sprachförderangebote umsetzen.

**Diskussion:**

Die Handlungsempfehlung kann künftig gestrichen werden.

Ziel 1 wurde teilweise erreicht. Die Stadt Kassel verfügt über ein breites Angebot an Sprachfördermaßnahmen für unterschiedliche Altersgruppen und Menschen mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus. Neben den regulären Integrations- und berufsbezogenen Kursen existieren zahlreiche niedrigschwellige Formate wie Sprachcafés, sozialraumorientierte Angebote und ergänzende Projekte im Kita- und Schulbereich. Auch in der Erwachsenenbildung wurden neue Ansätze etabliert.

Trotz dieser vielfältigen Maßnahmen bestehen weiterhin strukturelle Barrieren: Die Kinderbetreuung während Kursen ist oft nicht gesichert, Kurszuweisungen passen nicht immer zur Lebenslage der Teilnehmenden und die Angebote sind nicht durchgängig bedarfsgerecht. Insgesamt wurde das Ziel in weiten Teilen erreicht, jedoch verhindern bestehende Hürden eine vollumfängliche Umsetzung.

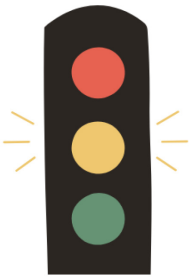
**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Die frühkindliche Sprachförderung muss für Kinder, die keinen Kitaplatz erhalten, durch geeignete Angebote für Kinder und Familien in den Stadtteilen mit hohen Zuwanderungsanteilen unterstützt werden.
- Für die Vielschichtigkeit der Lebenslagen der Zielgruppen sind bestehende Beratungsangebote oft nicht ausreichend. Eine persönliche Begleitung wäre in vielen Fällen hilfreich. Bestehende Unterstützungsangebote, z. B. Mentoring-Programme für Kinder, werden ermittelt und ggf. durch weitere Modelle ergänzt.
- Die Bedarfe an Sprachkursen verschiedener Formate werden geprüft und die Angebote ggf. erweitert. Sprachkurse werden, soweit kommunal beeinflussbar, an die Bedarfe der Zielgruppen angepasst.
- Ein Schwerpunkt bei niedrigschwelligen Angeboten liegt bei Frauen, besonders Müttern. Die Stadt Kassel wirkt darauf hin, dass das Angebot an niedrigschwelligen Kursen mit begleitender Kinderbetreuung ausgebaut wird.

**Ziel 2: Eltern mit Migrationshintergrund wirken als Erziehungspartner aktiver an der Bildungsbeteiligung ihrer Kinder mit.**

Das Ziel besteht darin, Eltern mit Migrationshintergrund stärker als aktive Partner in den Bildungsprozess ihrer Kinder einzubinden. Dabei soll ihre Rolle als Erziehungspartner anerkannt und gefördert werden, um die Bildungsbeteiligung und den schulischen Erfolg der Kinder nachhaltig zu verbessern. Durch den gezielten Abbau von sprachlichen, kulturellen und institutionellen Barrieren soll eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Eltern, Schulen und Bildungseinrichtungen entstehen. Dies umfasst die Förderung von interkultureller Kompetenz bei pädagogischen Fachkräften sowie die Bereitstellung niedrigschwelliger Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern.

*Handlungsempfehlung: Vereine und Initiativen von Migrantinnen und Migranten, die mehrsprachig und kultursensibel über das deutsche Bildungs- und Ausbildungssystem informieren, werden von Kindertagesstätten, Schulen und weiteren Akteuren gezielt einbezogen.*



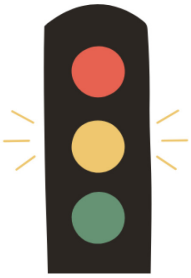
Dies erfolgt regelhaft – in den unterschiedlichen Sozialräumen tätige Initiativen werden von den Kitas direkt oder über die Kita-Sozialarbeit gezielt mit einbezogen. Die Evaluation der Kita-Sozialarbeit in 2024 hat u. a. auch diesen Punkt der Vernetzung als einen wichtigen Baustein der Wirksamkeit des Unterstützungsangebots erkannt.

An vielen Schulen wird die Zusammenarbeit mit etablierten Trägern wie dem Frauentreff Brückenhof, der Schlachthof gGmbH, Wissen am Stern gGmbH und Bengi e.V. in der Elternbildung eingesetzt. Die Kooperation erfolgt in den meisten Fällen über das offene Format „Elterncafé“.

**Diskussion:**

Eine Übersicht über die vorhandenen Kooperationen ist bisher nicht erstellt. Sie sollte für die Messbarkeit des Ziels erstellt werden. Die Handlungsempfehlung sollte beibehalten werden.

*Handlungsempfehlung: Die Bedeutung gesellschaftlicher Erziehungsnormen, insbesondere Gewaltfreiheit und Gleichberechtigung, werden in der Elternbildung thematisiert.*

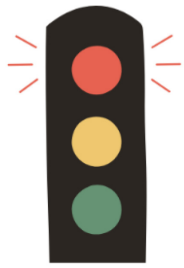


Dies ist fester Bestandteil aller Kinderbetreuungseinrichtungen, die nach dem Hessischen Bildungs- und Erziehungsplans arbeiten. Jedem Träger ist dies bewusst, sensibilisiert wurden alle Einrichtungen nochmal durch die intensive Arbeit an Gewaltschutzkonzepten im Jahr 2024, die nach

der KJSG-Änderung erforderlich wurde und die mittlerweile der Kasseler Kitaaufsicht fast vollständig vorliegen. Die Handlungsempfehlung zur Erreichung des Ziels sollte bleiben.

An den Schulen erfolgt die Thematisierung über kooperierende Träger der Elternbildung. Zur weiteren Thematisierung liegen keine Informationen vor. Elternabende und Elternsprechstunden sind an Schulen mit hohen Zuwanderungsanteilen sehr schlecht besucht.

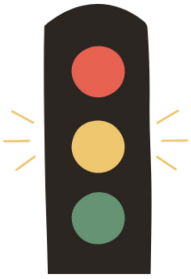
*Handlungsempfehlung: Informelle Bildungsformate werden in Stadtteilen mit hohen Zuwanderungsanteilen ausgebaut und mit vorhandenen Regelangeboten wie Kindertagesstätten verknüpft.*



**Diskussion:**

Die Handlungsempfehlung ist nicht messbar und sollte daher entfallen. Sollte an der Handlungsempfehlung festgehalten werden, sollten „informelle“ durch den Begriff non-formale Bildungsformate ersetzt werden – dies wird in Abgrenzung zu institutionalisierten, z. B. schulischen Angeboten verwendet und umfasst alle Angebote, an denen die Teilnahme freiwillig ist.

*Handlungsempfehlung: Multiplikatoren sowie pädagogische Fachkräfte (Lehrkräfte, Tagesmütter, Ehrenamtliche) werden für eine interkulturelle Elternbildung qualifiziert.*



Interkulturelle oder kultursensible Bildung erfolgt für die Fachkräfte in den städtischen Einrichtungen über die regelhaften Fortbildungen, auch die freien Träger nutzen z. B. die Angebote des Kita-Einstiegs mit dem Verleih der Vielfalts-Tasche.

Für Lehrkräfte werden Fortbildungen über die Hessische Lehrkräfte Akademie angeboten. Fortbildungen für weitere Fachkräfte an Schulen koordiniert das Amt für Schule und Bildung in Absprache mit der Serviceagentur Ganztag des HMKB. Diese Fortbildungen und Fachtage finden unregelmäßig statt. In Kooperation mit der Schlachthof gGmbH erproben das Amt für Schule und Bildung und das Jugendamt im Rahmen des ESF+ Programms „Elternchancen“ die strukturelle Verankerung interkultureller Elternbildung am Übergang Kita/Grundschule und an zwei Grundschulstandorten mit hohen Zuwanderungsanteilen.

Die vhs Region Kassel hat mit dem Programmbereich „junge vhs | Eltern und Pädagogik“ einen Bereich geschaffen, der auch darauf abzielt, Menschen, die in pädagogischen Bereichen arbeiten, zu schulen und

steht als Partner für Schulungen von Lehrkräften und weiteren pädagogischen Fachkräften zum Thema interkulturelle Elternbildung zur Verfügung.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Die Handlungsempfehlung soll beibehalten werden, da hier weiterhin Fortbildungsbedarf besteht.

**Diskussion:**

Das Ziel 2 ist in dieser Formulierung zu überdenken: Beide Seiten müssen aufeinander zugehen und die Rahmenbedingungen müssen entsprechend gegeben sein. Ein Vorschlag für eine neue Zielformulierung ist: „Eltern mit Migrationshintergrund und Schulen arbeiten aktiv im Sinne einer Erziehungspartnerschaft zusammen“. Die aktuelle Formulierung kann so verstanden werden, als gäbe es einen besonderen Bildungsbedarf migrantischer Familien in Bezug auf die Themen Gewalt und Gleichberechtigung. Das trifft nicht zu. Vielmehr braucht es einen Austausch über Erfahrungen und Erwartungen in Bezug auf Bildung und Erziehung von beiden Seiten. Außerdem sollten Informationen in Bezug auf Unterstützungsangebote zur gesellschaftlichen Teilhabe vermittelt werden.

Ein Hindernis für die Zusammenarbeit sind Verständnisschwierigkeiten bei schriftlichen Informationen. Um für alle Zielgruppen gut verständlich zu sein, sollten sowohl Schulen als auch Kitas und andere Träger ihre Inhalte auch in leichter Sprache formulieren.

Um eine umfassende und nicht nur auf ehrenamtlichen Strukturen basierende Unterstützung im Austausch zwischen Schule und Familie zu gewährleisten, sollten ausreichend professionelle Beratungsangebote bereitgestellt werden. Eine Bringschuld besteht auf beiden Seiten, Schule und Familie. Professionelle Unterstützungsangebote wie Aktive Eltern, Eltern-Kind-Cafés usw. sollten in allen Stadtteilen mit hohen Anteilen (Neu-) Zugewanderter fest installiert sein. Das wäre auch messbar: die Anzahl der Gespräche, die stattgefunden haben, wo nötig auch muttersprachlich. Eine Übersicht über die bestehenden Angebote wäre hilfreich. Entsprechendes gilt für Beratungsangebote in Kitas.

Non-formale Bildungsangebote in den Stadtteilen müssen auch auf den Bereich Kleinkinder und Eltern ausgeweitet werden (z. B. Eltern-Kind-Turnen). Außerdem braucht es mehr offene Kulturangebote in den Stadtteilen (Musik-, Tanz- und Malschulen). Bei den Angeboten sollte der Fokus nicht auf dem Herkunftsland liegen, sondern auf dem Förderbedarf.

Ziel 2 wurde teilweise erreicht. In Kassel werden Eltern mit Migrationshintergrund zunehmend in Bildungsprozesse eingebunden. Kooperationen mit Trägern, Elterncafés und kultursensible Angebote in Kitas und Schulen fördern die Zusammenarbeit. Themen wie Gewaltfreiheit und Gleichberechtigung sind fester Bestandteil der Elternbildung. Auch Fortbildungen für Fachkräfte und Pilotprojekte zur interkulturellen Elternarbeit wurden umgesetzt.

Dennoch fehlen eine systematische Erfassung bestehender Kooperationen, flächendeckende Unterstützungsangebote und ausreichend professionelle Beratung. Sprachbarrieren und unzureichende Information in leichter Sprache erschweren die Teilhabe. Trotz positiver Ansätze ist das Ziel noch nicht flächendeckend erreicht.

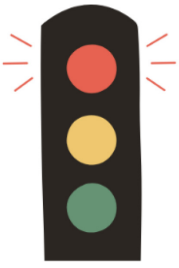
**Neue Ziele und Handlungsempfehlungen:**

- Schulen, Kitas und Träger formulieren Angebote, Formulare und Anschreiben auch in leichter Sprache. Kommunale Einrichtungen haben hier eine Vorbildfunktion.
- Für den Austausch zwischen Kitas, Schulen und Familien wird eine Unterstützung durch professionelle Beratungsangebote in allen Stadtteilen gewährleistet. Die Anzahl der Gespräche wird dokumentiert. Träger, die mehrsprachig und kultursensibel über das deutsche (Aus-) Bildungssystem informieren, werden gezielt einbezogen. Eine Übersicht über die bestehenden Angebote wird erstellt.
- Bildungs- und Erziehungserwartungen von Eltern und pädagogischen Fachkräften in Schulen und Kitas werden als wichtiger Teil der Erziehungspartnerschaft formuliert und reflektiert.
- Non-formale Bildungsangebote und offene Kulturangebote werden in Stadtteilen mit hohen Zuwanderungsanteilen ausreichend bereitgestellt (vergleichbar den besser gestellten Stadtteilen) und mit vorhandenen Regelangeboten wie Kindertagesstätten verknüpft. Die Angebote für Kleinkinder und deren Eltern sollten weiter ausgebaut werden.

**Ziel 3: Die Bildungserfolge von Schülerinnen und Schülern werden sich unabhängig von deren Herkunft verbessern.**

Das Ziel ist es, die Bildungserfolge aller Schülerinnen und Schüler nachhaltig zu steigern – unabhängig von ihrer sozialen oder kulturellen Herkunft. Dies beinhaltet die gezielte Förderung von Kindern und Jugendlichen mit Migrationsgeschichte, um bestehende Bildungsungleichheiten abzubauen und gleiche Bildungschancen zu gewährleisten. Durch differenzierte und bedarfsgerechte Unterstützungsangebote, wie etwa Sprachförderung, individuelle Bildungsempfehlungen und Nachhilfeangebote in den Communities, soll die schulische Entwicklung aller Kinder positiv beeinflusst werden. Gleichzeitig werden Lehrkräfte und Bildungseinrichtungen darin gestärkt, Vielfalt als Chance zu nutzen und inklusive Lernumgebungen zu schaffen.

*Handlungsempfehlung: Bildungsempfehlungen werden unabhängig vom Migrationshintergrund und sozioökonomischen Status ausgesprochen.*

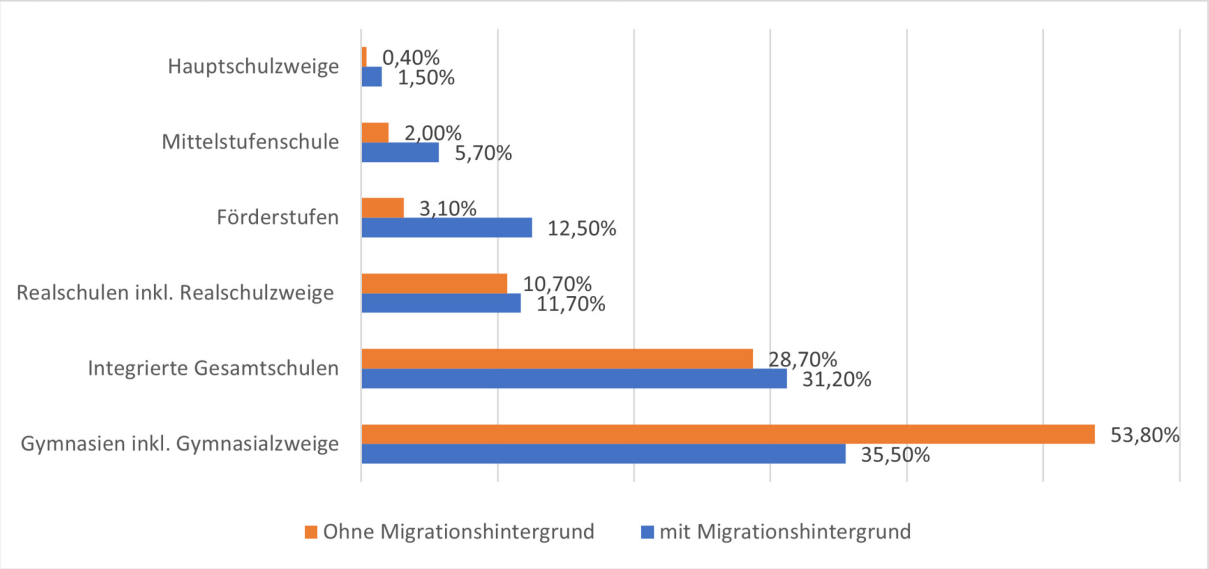


Die Bildungserfolge von Schülerinnen und Schülern sind in erster Linie abhängig vom sozioökonomischen Status der Eltern. Der Migrationshintergrund ist bei vergleichbarer sozioökonomischer Lage kein ausschlaggebender Indikator für den Bildungserfolg. Zudem liegt diese Handlungsempfehlung nicht im kommunalen Zuständigkeitsbereich und sollte somit gestrichen werden.

Der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und struktureller herkunftsbedingter Bildungsbenachteiligung sollte aber auch in Zukunft beleuchtet werden und eine entsprechende messbare Handlungsempfehlung formuliert werden.

**Abbildung 2: Übergangsquote der Grundschülerinnen und Grundschüler ohne und mit Migrationshintergrund auf die einzelnen Schulformen zum Schuljahr 2023/2024, Stadt Kassel (öffentliche und private Schulen)**

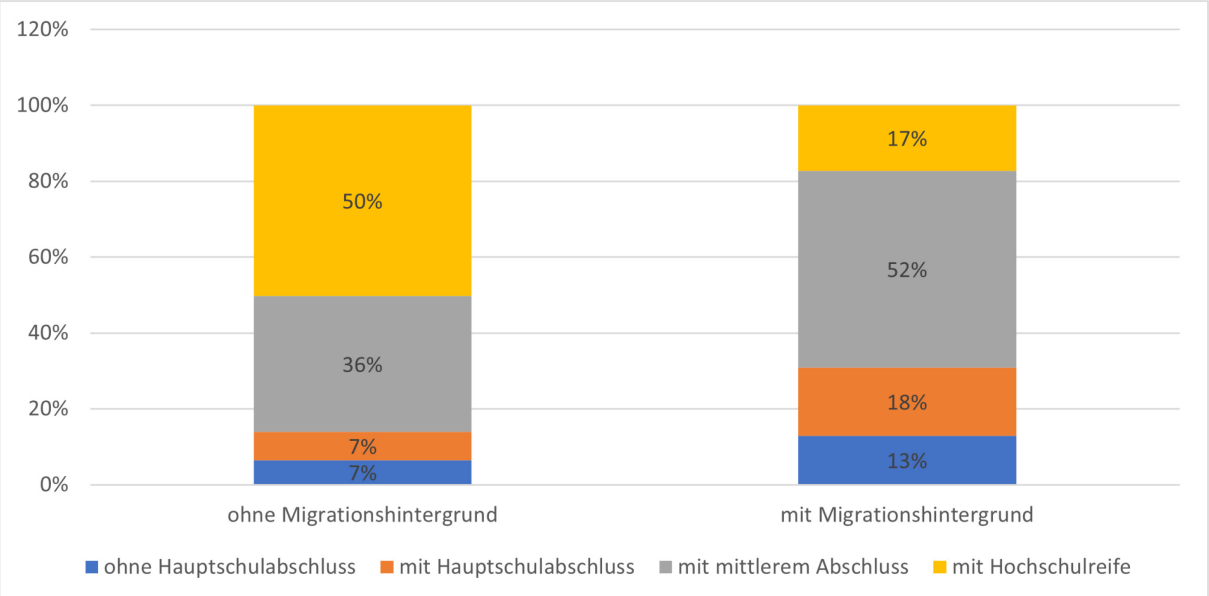
Anmerkung: Im Übergang befanden sich insgesamt 1689 Schülerinnen und Schüler, 850 ohne Migrationshintergrund und 839 mit Migrationshintergrund (öffentliche und private Schulen).




Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (HSL), Kommunale Bildungsdatenbank, Sonderabfrage Indikator D12.1: Übergangsquote von der Grundschule auf weiterführende Schulen, Schuljahr 2023/2024, eigene Darstellung.

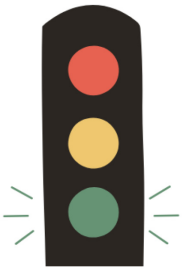
**Abbildung 3: Verteilung der Schülerinnen und Schüler ohne und mit Migrationshintergrund auf die Abschlussarten zum Schuljahr 2023/2024, Stadt Kassel**

Anmerkung: Unter den 1744 Absolventinnen und Absolventen waren 937 Schülerinnen und Schüler ohne Migrationshintergrund und 807 Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund.




Quelle: Hessische Statistische Landesamt (HSL), Sonderabfrage Indikator D15.1: Schulabgangsquote an allgemeinbildenden Schulen, Schuljahr 2023/2024, eigene Darstellung und Berechnung

*Handlungsempfehlung: Passgenaue Anschlussmaßnahmen für Absolventen schulischer Maßnahmen wie InteA werden entwickelt und eingeführt.*

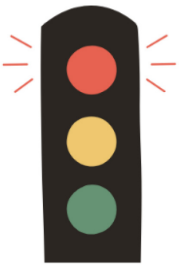


Passgenaue Anschlussperspektiven an die schulische Bildung werden über die fortlaufende Anpassung und Entwicklung neuer Anschlussmaßnahmen über die Kommunale Arbeitsförderung (Finanzierung über das AQB des Landes Hessen), die Agentur für Arbeit, das Jobcenter und die Kammern sowie unterschiedliche Träger angeboten. Angebotslücken werden in der Flüchtlingskonferenz des Staatlichen Schulamtes, in der OloV[9]-Steuerungsgruppe, im Arbeitsbündnis Jugend und Beruf thematisiert und bei Bedarf nach Lösungen gesucht.

Das speziell auf die Einzelfallunterstützung ausbildungsinteressierter Jugendlicher mit herkunftsbedingter Benachteiligung ausgerichtete Projekt InmigrA konnte im Juli 2024 beim Übergangsmanagement Schule-Beruf im Amt für Schule und Bildung verstetigt werden.

Eine Übersicht über Anschlussmaßnahmen am Übergang Schule-Beruf wird jährlich vom Übergangsmanagement Schule-Beruf erstellt.

*Handlungsempfehlung: Nachhilfeangebote der Communities werden unterstützt.*

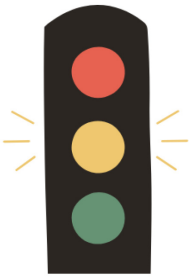


Die Handlungsempfehlung „Nachhilfeangebote der Communities werden unterstützt“ wird gestrichen. Die Empfehlung kann in der vorliegenden Fassung nicht bearbeitet werden und ist nicht zielführend. Stattdessen förderte die Stadt Kassel in 2023 und 2024 ergänzende Lernförderangebote von Trägern, die aus migrantischen Initiativen hervor gegangen sind oder die Migrantinnen und Migranten bewusst als Role-Models und Mentoren und Mentorinnen in ergänzenden Lernförderangeboten einsetzen. Entsprechende Angebote von Bildungsträgern, Vereinen und Initiativen sollen auch weiter unterstützt und ausgebaut werden.

**Diskussion:**

Eine Voraussetzung für das Erlernen einer zweiten Sprache sind gute Kenntnisse in der Muttersprache. Diese sind nicht bei allen Kindern und Jugendlichen gegeben. Es gibt Angebote zur Förderung der Muttersprache an Schulen und über einzelne Initiativen. Eine strukturierte und aktualisierbare Übersicht über muttersprachliche Angebote für Kinder und Jugendliche in der Stadt Kassel ist bisher nicht erstellt worden.

[9] Die OloV-Strategie ist eine Initiative des Landes Hessen zur besseren Koordination der Maßnahmen im Bereich Übergang Schule-Beruf. Kurzlink: OloV-Strategie



Es wurden zahlreiche Maßnahmen zur Verbesserung der Bildungschancen umgesetzt, etwa durch Sprachförderung, Ganztagsangebote, Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und ergänzende Lernförderung. Projekte wie „InmigrA“ unterstützen gezielt Jugendliche am Übergang Schule–Beruf. Gleichzeitig zeigen Daten, dass der Bildungserfolg weiterhin stark vom sozioökonomischen Status abhängt. Eine strukturelle Übersicht zu Bildungserfolgen und muttersprachlicher Förderung fehlt bislang. Die bisher erreichten Fortschritte sind wichtig, aber reichen nicht aus, um Herkunftsunabhängigkeit messbar sicherzustellen. Somit wurde Ziel 3 nur teilweise erreicht.

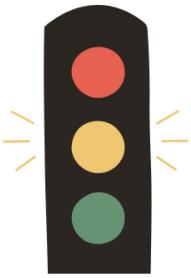
**Neue Ziele und Handlungsempfehlungen:**

- Kitaplätze werden stadtweit ausgebaut, eine vorübergehende Lösung können weitere Spielkreise sowie nicht betriebserlaubnispflichtige Kinderstuben zum Beispiel nach dem Dortmunder Modell sein.
- Migrantinnen und Migranten sind wichtige Role-Models in ergänzenden Lernförderangeboten. Entsprechende Angebote und Mentoring-Programme von Bildungsträgern, Vereinen und Initiativen werden unterstützt.

**Ziel 4: Die interkulturelle Ausrichtung der Kinder- und Jugendarbeit wird weiter intensiviert.**

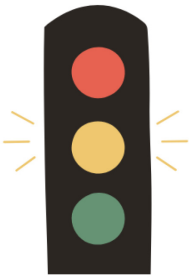
Die Kinder- und Jugendarbeit in Kassel soll künftig verstärkt interkulturell ausgerichtet werden, um den Bedürfnissen einer vielfältigen Jugend gerecht zu werden. Dabei steht die Förderung von interkulturellem Verständnis, gegenseitigem Respekt und sozialer Integration im Vordergrund. Durch die gezielte Erweiterung interkultureller Angebote und die Qualifizierung von Fachkräften soll eine inklusive und offene Arbeitsweise sichergestellt werden, die Jugendliche unterschiedlicher Herkunft gleichermaßen anspricht und einbindet. Ziel ist es, Räume zu schaffen, in denen kulturelle Vielfalt als Bereicherung erlebt wird und junge Menschen unabhängig von ihrem Hintergrund gemeinsam lernen, sich austauschen und ihre Identität entfalten können.

*Handlungsempfehlung: Interkulturelle Arbeitsansätze werden konzeptionell verankert.*



In dem in 2023 von der Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten aktuellen Rahmenkonzept der Kinder- und Jugendförderung[10] wird dieses Vorhaben konzeptionell hinterlegt. Es bleibt eine dauerhafte Anforderung in den Angeboten der Kinder- und Jugendförderung.

*Handlungsempfehlung: Migrantenorganisationen sollen sich vernetzen und gemeinsam Kinder und Jugendliche fördern.*



Mit der AG78 Kinder- und Jugendförderung steht ein vernetzendes Gremium zur Verfügung.

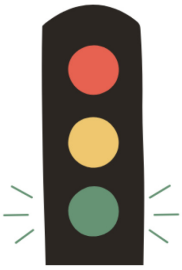
Dabei handelt es sich um eine Arbeitsgemeinschaft nach§ 78 SGB VIII (Sozialgesetzbuch Achtes Buch), die der Koordination von Angeboten und der Vernetzung der institutionellen Akteure der Kinder- und Jugendhilfe dient. Sie stellt ein wichtiges Element der partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe dar und dient der Abstimmung von geeigneten Einrichtungen, Maßnahmen und Veranstaltungen der Kinder- und Jugendhilfe im Zusammenwirken der unterschiedlichen Träger.

Darüber hinaus gibt es diverse migrantische Organisationen in Kassel, die selbst Angebote für Kinder und Jugendliche leisten, einige davon sind auch miteinander vernetzt und organisieren anlassbezogen gemeinsame Angebote.

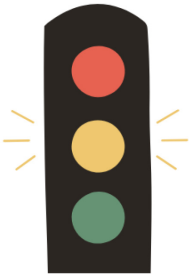
Die Handlungsempfehlung sollte künftig entweder entfallen oder konkreter formuliert werden, um die Rolle der Stadt Kassel und der kommunalen Strukturen zu verdeutlichen.

*Handlungsempfehlung: Damit Interessen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund auch auf Verbandsebene berücksichtigt werden, sollen Angebote zur Professionalisierung der Jugendarbeit verstärkt werden.*

[10] Kurzlink Rahmenkonzept der Kinder- und Jugendförderung



In der Leistungsbeschreibung der Geschäftsstelle des Kasseler Jugendrings ist dieses Ziel formuliert, die Ergebnisse wie Herausforderungen werden regelhaft zwischen Jugendring und Jugendförderung thematisiert.



Das Ziel ist konzeptionell verankert, aber die Handlungsempfehlung sollte bei der Fortschreibung des Integrationskonzeptes übernommen werden, da die Umsetzung als Aufgabe bleibt. Für die Fortschreibung des Integrationskonzeptes sollten die Handlungsempfehlungen so formuliert werden, dass der Fokus auf der Umsetzung liegt und messbarer formuliert wird. Ob die Handlungsempfehlung „Migrantenorganisationen sollen sich vernetzen und gemeinsam Kinder und Jugendliche fördern“ bei der Fortschreibung übernommen wird, sollte noch einmal diskutiert werden. Die vhs Region Kassel steht für die Schulung pädagogischer Fachkräfte zur Verfügung und kann entsprechende Fortbildungsformate entwickeln und anbieten.

Es fehlt an klar messbaren Indikatoren zur Umsetzung, systematischer Evaluation sowie an ausreichend Ressourcen für langfristige Verankerung. Die strukturelle Grundlage ist gelegt, aber die praktische Umsetzung bleibt ausbaufähig.

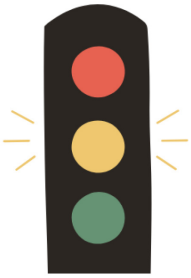
**Neue Ziele/Handlungsempfehlung:**

- Es soll geprüft werden, ob und mit welchen Indikatoren die Umsetzung des Auftrags einer interkulturell ausgerichteten Kinder- und Jugendarbeit gemessen werden kann.

**Ziel 5: Mehr Menschen mit Migrationshintergrund werden Angebote der Erwachsenenbildung wahrnehmen.**

Das Ziel besteht darin, mehr Menschen mit Migrationshintergrund für die Teilnahme an Angeboten der Erwachsenenbildung zu gewinnen, indem diese gezielt an ihre Lebensrealitäten, Interessen und Bedürfnisse angepasst werden. Dabei stehen insbesondere niedrigschwellige Zugänge, kulturelle Offenheit und praktische Relevanz der Bildungsangebote im Vordergrund. Ein zentrales Handlungsfeld ist die Weiterentwicklung und Erweiterung interkultureller Bildungsprogramme – insbesondere an Einrichtungen wie der Volkshochschule (VHS). Die Angebote sollen so konzipiert sein, dass sie Sprachförderung, berufliche Qualifizierung und persönliche Weiterbildung verbinden. Dabei wird auch auf flexible Formate und mehrsprachige Informationsvermittlung geachtet, um Hürden bei der Teilnahme zu verringern.

*Handlungsempfehlung: Angebote der Erwachsenenbildung werden auch an Bedürfnissen zugewanderter Menschen ausgerichtet.*



Kulturelle Angebote, Mitmachangebote und Weiterbildungsangebote für Zugewanderte sind wichtig für das informelle Erlernen von Sprache, für das Ankommen in der Gesellschaft und die kulturelle Integration. Kulturelle Angebote in den Stadtteilen sind meist kurzfristig angelegte Projekte. Die Recherche nach Fördergeldern ist mühsam und zeitaufwendig. Personal- und Sachkosten sind nur mit hohem Aufwand und kurzfristig zu sichern. Abstimmungen zwischen den Trägern für eine bedarfsgerechte Angebotsauswahl sollten stattfinden.

Ein weiterer Ausbau der Kooperationen mit der vhs Region Kassel wäre eine gute Möglichkeit, mehr Bildungsangebote in den Stadtteilen zu etablieren. Dies könnte perspektivisch auch den Zugang zu zentralen Angeboten der vhs erleichtern. Finanziell müssen die Angebote so ausgestattet sein, dass sie für die Zielgruppe kostenlos sind.

Beispiele sind der Zukunftsladen Waldau im Rahmen des SDG+ labs der Universität Kassel, der im Sommer 2024 für zwei Monate eröffnet wurde – ein Ort des Austauschs, um gemeinsam mit den Stadtteilbewohnerinnen und -bewohner Antworten auf Zukunftsfragen zu finden und nachhaltige Initiativen zu entwickeln. Bestehende Aktivitäten sollten gestärkt und neue Impulse für mehr Nachhaltigkeit gesetzt werden.

Die vhs bereicherte das Projekt mit vielfältigen Angeboten im Bürgerhaus Waldau und im Urbanen Waldgarten: Hatha-Yoga mit Yin-Yoga-Einflüssen, Zumba, Meditationskurse sowie Workshops zur „Planetary Health Diet“. Im Mittelpunkt stand das Ziel, Nachhaltigkeit zu fördern und Menschen im Stadtteil miteinander zu verbinden.

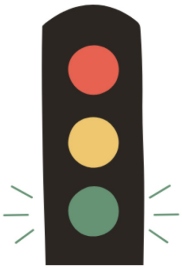
**Diskussion:**

Die Handlungsempfehlung *Angebote der Erwachsenenbildung werden auch an Bedürfnissen zugewanderter Menschen ausgerichtet* ist nicht messbar formuliert.

Es gibt viele entsprechend ausgerichtete Angebote, aber sie werden nicht systematisch erhoben. Eine Möglichkeit wäre, die Angebote im Bildungsportal auszuwerten, das derzeit aufgebaut wird.

*Handlungsempfehlung: Die Volkshochschule Region Kassel verknüpft ihre Programmbereiche, so dass interkulturelle Aspekte übergreifend berücksichtigt werden.*

*Handlungsempfehlung: Die Volkshochschule Region Kassel verknüpft die Angebote der Bildungsberatung mit dem Programmbereich.*



Durch die Bespielung von Themen wie Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung (z. B. durch die Beteiligung an den internationalen Wochen gegen Rassismus aber vor allem auch darüber hinaus in Programm) steigt die Aufmerksamkeit auf das Angebot der Erwachsenenbildung auch in migrantischen Communities. Interkulturelle Aspekte spielen eine entscheidende Rolle im Angebot der vhs Region Kassel. Dies zieht sich durch alle Programmbereiche (verschiedene Fremdsprachen, Küchen, politische und geschichtliche Vorträge, …).

Wer sich beruflich verändern, einsteigen oder wiedereinsteigen möchte, kann die kostenfreie, trägerneutrale Bildungsberatung des Hessencampus nutzen. Sie wird in der Stadt und im Landkreis Kassel durch die vhs koordiniert und durchgeführt.

An drei Standorten in der Stadt Kassel (Waldau, Brückenhof und Nord-Holland) wird die Bildungsberatung regelmäßig angeboten. Neben der individuellen, personenorientierten Einzelberatung (telefonisch, persönlich, online) bietet die vhs auch Gruppenberatungen für Menschen mit Migrationshintergrund in den Orientierungskursen der vhs, unmittelbar nach der Deutsch B1 Prüfung, an.

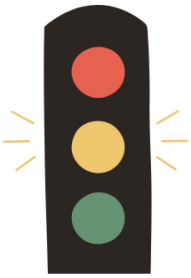
In 2023 wurde das Beratungsangebot von 386 Personen wahrgenommen, davon nahmen 221 Personen die individuelle Beratung wahr. 257 Personen wurden durch das Gruppenangebot an 15 Terminen erreicht. In allen Orientierungskursen der Volkshochschule findet Bildungsberatung statt. Die vhs Region Kassel plant, die Verknüpfung auf die Integrationskurse auszuweiten.

**Diskussion:**

In Kassel gibt es zahlreiche, teils gut vernetzte Bildungsangebote, die sich an Menschen mit Migrationshintergrund richten. Die Volkshochschule berücksichtigt interkulturelle Aspekte in ihren Programmbereichen und bietet Bildungsberatung auch quartiersnah an. Einzelne Projekte wie begleitete Gruppenangebote oder Kooperationen mit freien Trägern fördern die Teilhabe.

Allerdings fehlt eine systematische Erfassung der Teilnehmendenzahlen sowie eine flächendeckende, nachhaltige Finanzierung. Hemmnisse wie Sprachbarrieren, Unsicherheiten und fehlende Informationen bestehen weiterhin. Das Ziel wird engagiert verfolgt, ist aber noch nicht vollständig realisiert.

Etablierte Kultureinrichtungen (Museen, Theater, Bibliotheken, auch Stadtrundfahrten etc.) werden selten von Zugewanderten aufgesucht. Hemmschwellen sind neben finanziellen Hürden die fehlende Kenntnis der Angebote und Unsicherheit über Erwartungen. Durch gute Erfahrungen können diese Hemmschwellen überwunden werden. Dafür sind begleitete Gruppenangebote über Stadtteilzentren und Familienzentren geeignet. Wie Erfahrungen in Jugendintegrationskursen zeigen, können solche Erfahrungen einen Schneeballeffekt erzeugen, indem Angebote auch mit Freundinnen oder Freunden oder Familien aufgesucht werden. Auch in Sprachkursen können entsprechende Exkursionen durchgeführt werden. Es soll geprüft werden, ob sich das Vorhaben für die Beantragung eines WIR-Projektes eignet.



Das Ziel wird bereits mit großem Engagement verfolgt – etwa durch quartiersnahe Bildungsberatung, interkulturelle Programminhalte und Projektkooperationen (wie im Zukunftsladen Waldau). Die VHS spielt eine zentrale Rolle und agiert strukturiert und vernetzt. Es gibt funktionierende Gruppenangebote, konkrete Teilnehmendenzahlen und eine geplante Erweiterung auf Integrationskurse. Gleichzeitig bestehen strukturelle Herausforderungen wie die mangelnde systematische Erfassung, eine oft fehlende nachhaltige Finanzierung und anhaltende Zugangshürden (Sprachbarrieren, Unsicherheiten). Daher ist das Ziel noch nicht vollständig erreicht, aber auf einem guten Weg.

**Neue Ziele und Handlungsempfehlungen:**

- Der Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund in der Kursleitung steigt, um das Angebot und die Perspektiven der Volkshochschule zu erweitern.
- Angebote der Erwachsenenbildung werden auf Bedürfnisse zugewanderter Menschen ausgerichtet, z. B. werden in den Stadtteilen Angebote der Erwachsenenbildung ausgebaut und mit nachhaltiger Finanzierung ausgestattet, unter anderem werden Angebote der Erwachsenenbildung in Kooperation zwischen der vhs Region Kassel und der Stadt Kassel/freien Trägern etabliert.
- Um den Zugang zu bestehenden Angeboten der Erwachsenenbildung zu erleichtern, werden die entsprechenden Informationen in geeigneter Form zusammengeführt und zur Verfügung gestellt. Das gilt ebenso für Informationen zu Fördermitteln für Träger im Bereich Erwachsenenbildung.
- In den besonders von Zuwanderung geprägten Stadtteilen werden regelmäßig niedrigschwellige begleitete Gruppenangebote zum Besuch etablierter Kultureinrichtungen durchgeführt. Organisiert werden diese durch Stadtteilzentren, Familienzentren, Sprachkursträger oder die vhs. Es soll geprüft werden, ob sich das Vorhaben als WIR-Projekt eignet.

## 3.3.Teilhabe am Arbeitsmarkt

Die Teilhabe am Arbeitsmarkt ist ein zentraler Baustein für gelingende Integration. Sie eröffnet Zugewanderten nicht nur ökonomische Perspektiven, sondern stärkt auch ihre soziale Teilhabe und Selbstbestimmung. Vor diesem Hintergrund verfolgt die Stadt Kassel das Ziel, allen Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft – einen gleichberechtigen Zugang zu Arbeit, Ausbildung und Qualifizierung zu ermöglichen.

Die Situation des Arbeitsmarktes in Kassel zeigt zuletzt eine moderate, aber differenziert zu bewertende Verschlechterung der Arbeitslosenzahlen. Zwischen März 2024 und März 2025 stieg die Arbeitslosigkeit unter ausländischen Staatsangehörigen um 5,8 % an – von 2.906 auf 3.049 Personen allein zwischen Oktober 2024 und März 2025. Im selben Zeitraum stieg die allgemeine Arbeitslosigkeit stadtweit um 7,3 %, was auf gesamtwirtschaftliche Einflüsse und strukturelle Herausforderungen hinweist. Auffällig ist dabei, dass bestimmte Gruppen besonders stark betroffen sind: Die Arbeitslosigkeit unter Männern stieg im Jahresvergleich um 10,7 %, bei den über 50-Jährigen um 9,6 %. Diese Entwicklungen machen

deutlich, dass Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration nicht isoliert nach Migrationshintergrund, sondern auch unter Berücksichtigung geschlechts- und altersbezogener Faktoren konzipiert und gedacht werden müssen.

Im Rahmen der bisherigen Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten in Kassel haben sich verschiedene Entwicklungen und Herausforderungen herauskristallisiert, die sowohl struktureller als auch individueller Natur sind.

Eine zentrale Erkenntnis ist, dass der notwendige Betreuungsaufwand sowie die Vermittlung ausreichender Sprachkenntnisse bei vielen Zugewanderten umfangreicher und langwieriger ist als ursprünglich angenommen. Dies betrifft nicht nur bildungsferne Zugewanderte, sondern auch formal gut qualifizierte Migrantinnen und Migranten, deren Kompetenzen im deutschen Arbeitskontext oft nicht ohne Weiteres einsetzbar sind.

Diese strukturellen Herausforderungen verschärfen sich vor dem Hintergrund bundesweiter Mittelkürzungen – etwa im Bereich der Migrationsberatung oder der Sprachförderung – und erschweren die Planung und Verstetigung erfolgreicher Projekte auf kommunaler Ebene. Eine verlässliche Finanzierung niedrigschwelliger, Individuen-zentrierter Maßnahmen wird somit zunehmend zur strategischen Herausforderung.

Auf individueller Ebene zeigt sich zudem, dass viele Menschen mit Migrationsgeschichte – insbesondere Frauen – in hohem Maße von kultureller Fremdheit und sozialen Unsicherheiten im Bewerbungsprozess betroffen sind. Zwischenmenschliche Interaktionen, normative Erwartungen oder auch die Angst vor Ablehnung führen häufig zu einer vermeidenden Haltung, die nicht aus fehlendem Willen, sondern aus Unsicherheit resultiert. Dies wurde insbesondere im Hinblick auf geflüchtete Frauen aus der Ukraine lange Zeit unterschätzt. Trotz kultureller Nähe in bestimmten Lebensbereichen zeigen sich vergleichbare Anpassungsschwierigkeiten wie bei anderen Gruppen – etwa bei Sprache, Rollenbildern oder Erwartungshaltungen am Arbeitsplatz.

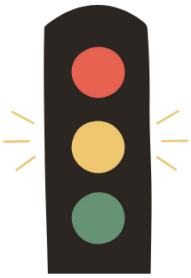
In den vergangenen Jahren wurden im Stadtgebiet zahlreiche Maßnahmen initiiert, konzeptionell weiterentwickelt und systematisch vernetzt. Der vorliegende Teil des Integrationsberichtes legt den Fokus auf die arbeitsmarktbezogenen Entwicklungen, benennt erreichte Ziele, diskutiert bestehende Herausforderungen und skizziert zukünftige Handlungsoptionen.

### 3.3.1. Ziele und Handlungsempfehlungen

**Ziel 1: Eine Integrationsplanung „Arbeitsmarkt“ wird erstellt und laufend aktualisiert.**

Zur gezielten Förderung der beruflichen Integration von Menschen mit Migrationshintergrund wird eine Integrationsplanung im Themenfeld „Arbeitsmarkt“ entwickelt. Diese soll die bestehenden Herausforderungen und Potenziale im Bereich Arbeitsmarktintegration systematisch erfassen, Handlungsbedarfe identifizieren und darauf aufbauend konkrete Maßnahmen ableiten. Die Planung dient als strategisches Steuerungsinstrument, das regelmäßig fortgeschrieben und an aktuelle Entwicklungen angepasst wird. Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen relevanten Akteuren zu stärken und aufeinander abzustimmen.

*Handlungsempfehlung: Eine interinstitutionelle Arbeits- oder Projektgruppe wird initiiert, die eine Integrationsplanung „Arbeitsmarkt“ erstellt.*

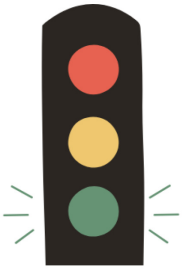


Die Stadt Kassel hat frühzeitig ein strategisches Format zur Planung und Koordination arbeitsmarktbezogener Integrationsmaßnahmen entwickelt. Seit 2019 findet regelmäßig der Arbeitsmarktdialog statt, der relevante Akteurinnen und Akteure aus Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft zusammenführt. Menschen mit Migrationshintergrund und Geflüchtete stellen dabei eine zentrale Fokusgruppe dar. Ihnen gilt ein besonderes Augenmerk in der Entwicklung und Abstimmung von Maßnahmen, was sich auch in der thematischen Ausrichtung der Veranstaltung widerspiegelt.

Die dort diskutierten Bedarfe und Zielsetzungen fließen in die kontinuierliche Weiterentwicklung der Arbeitsmarktstrategie der Stadt Kassel ein. Die Koordination liegt bei der Kommunalen Arbeitsförderung in enger Abstimmung mit dem Hessischen Ministerium für Arbeit, Integration, Jugend und Soziales (bis 2024 noch Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, HMSI).

Die migrantischen Bedarfe waren schon immer einer der zentralen Punkte der Kasseler Arbeitsmarktstrategie. Künftig werden diese Bedarfe in direkter Zusammenarbeit mit den migrantischen Selbstorganisationen festgestellt, um noch präziser zu arbeiten. Die Integrationsplanung wird dadurch nachhaltig verbessert.

*Handlungsempfehlung: Die Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration werden auf operativer Ebene abgestimmt.*

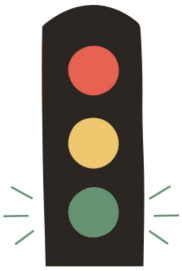


Zur operativen Umsetzung wurde die Unterarbeitsgruppe „Arbeitsmarktintegration“ etabliert, die unter Leitung der Kommunalen Arbeitsförderung arbeitet. Hier werden konkrete Maßnahmen abgestimmt, Projektideen entwickelt und Förderzugänge diskutiert.

Ein weiterer Baustein ist die Beteiligung der Stadt Kassel an der Arbeitsgruppe OloV („Optimierung der lokalen Vermittlungsarbeit im Übergang Schule–Beruf“), in der regionale Akteure gemeinsam den Übergang von Jugendlichen – auch mit Migrationshintergrund – in Ausbildung strukturieren. Die Leitung der Arbeitsgruppe obliegt dem Übergangsmanagement Schule-Beruf der Stadt Kassel. Beide Gremien fördern einen kontinuierlichen fachlichen Austausch und tragen dazu bei, integrationsrelevante Bedarfe frühzeitig zu erkennen.

Die Unterarbeitsgruppe „Arbeitsmarktintegration“ wurde erfolgreich eingerichtet und bündelt künftig die Abstimmungen auf operativer Ebene. Die Beteiligung an der Steuerungsgruppe OloV besteht zudem weiterhin.

*Handlungsempfehlung: Ein regelmäßiger Austausch der relevanten Integrations- und Arbeitsmarktakteure wird institutionalisiert.*

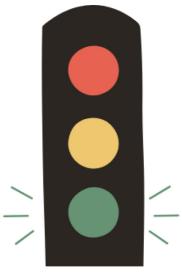


Der jährlich stattfindende Arbeitsmarktdialog bildet ein zentrales Forum für strategische Fragen der Arbeitsmarktintegration in Kassel. Die Veranstaltung ist offen gestaltet, um auch Stimmen aus Zivilgesellschaft und migrantischer Selbstorganisation zu integrieren.

Auf operativer Ebene ermöglicht die Unterarbeitsgruppe Arbeitsmarkt eine kontinuierliche Kommunikation unter den Akteurinnen und Akteuren und wirkt damit stabilisierend auf die lokale Kooperationslandschaft.

Auch in den kommenden Jahren wird die Kommunale Arbeitsförderung den „Kasseler Arbeitsmarktdialog“ durchführen, um einen Austausch mit allen relevanten Akteuren zu gewährleisten. Das Format ist fester Bestandteil der jährlichen Arbeitsmarktplanungen.

*Handlungsempfehlung: Migrantenorganisationen werden in die Integrationsplanung und die Austauschformate einbezogen.*



Migrantenorganisationen (MO) sind zentrale Partner in der Arbeitsmarktintegration. Ihre Perspektiven werden über verschiedene Wege systematisch eingebunden:

- Die Stadt Kassel pflegt gezielte Kooperationen mit MO aus unterschiedlichen Communitys.
- Der Runde Tisch Integration findet jährlich statt und fungiert als Plattform für die strategische Beteiligung von MO an kommunalen Planungsprozessen.

Im Sinne einer verbindlichen Einbindung wird angestrebt, die Beteiligung von MO über projektbezogene Kooperationen hinaus strukturell zu verankern. *Dies geschieht im Rahmen der Unterarbeitsgruppe „Arbeitsmarktintegration“ in enger Kooperation mit ALL IN als Vertretung der migrantischen Selbstorganisationen.*

**Diskussion:**

Die bisherigen Maßnahmen zeigen, dass Kassel über belastbare Strukturen zur Planung und Koordination von Arbeitsmarktintegration verfügt. Der Arbeitsmarktdialog hat sich als strategisches Scharnier etabliert, die Arbeitsgruppe OloV sowie die Unterarbeitsgruppe „Arbeitsmarktintegration“ leisten wertvolle Abstimmungsarbeit auf operativer Ebene.

Gleichzeitig ist der Ressourcenbedarf für eine gelingende Koordination erheblich. Gerade in Anbetracht der zunehmenden Bundesmittelkürzungen wird die finanzielle Absicherung von Austauschformaten, Beratungsangeboten und Koordinationsstellen potenziell mittelfristig zu einer Herausforderung. Hinzu kommt: Auch wenn MO punktuell eingebunden sind, besteht Nachholbedarf bei der strukturellen und dauerhaften Beteiligung an der Planung.

Das Ziel wurde teilweise erreicht. Die Stadt Kassel verfügt über eine laufend weiterentwickelte Integrationsplanung im Bereich „Arbeitsmarkt“. Mit dem Arbeitsmarktdialog, der Arbeitsmarktstrategie und den begleitenden Arbeitsgruppen bestehen zentrale Formate der Abstimmung und strategischen Ausrichtung. Migrantische Perspektiven werden in mehreren Formaten einbezogen. Die institutionelle Beteiligung von Migrantenorganisationen ist bisher nicht in allen Gremien strukturell etabliert.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Ausbau regionaler Bildungs- und Arbeitsmarktprojekte in Kooperation mit Migrantenorganisationen. Diese sollen nicht nur als Multiplikatoren, sondern als aktive Mitgestalter regionaler Qualifizierungs- und Arbeitsmarktmaßnahmen fungieren. Ziel ist eine stärkere Verzahnung zwischen Projektentwicklung und Community-basierten Perspektiven.
- Stärkung der migrantischen Perspektive in der Arbeitsmarktplanung. Die Lebensrealitäten, biografischen Erfahrungen und strukturellen Herausforderungen von Menschen mit Migrationsgeschichte sollen systematisch in die kommunalen Handlungsstrategien einfließen. Hierfür sollen partizipative Formate genutzt werden, die eine planungsrelevante Rückmeldung aus der migrantischen Zielgruppe ermöglichen.
- Gemeinsame statistische Datenanalyse zur besseren strategischen Planung soll erarbeitet werden. In Zusammenarbeit mit der Universität Kassel soll eine datengestützte Grundlage für die Arbeitsmarkt- und Integrationsplanung geschaffen werden. Die gezielte Auswertung und Interpretation vorhandener Daten soll helfen, Bedarfe besser zu erkennen und Maßnahmen wirksamer auszurichten.

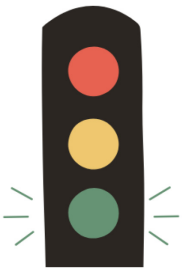
**Ziel 2: Die Offenheit der Unternehmen gegenüber den Potenzialen und Kenntnissen von Beschäftigten mit Migrationshintergrund wird erheblich gesteigert.**

Ein zentrales Anliegen der Arbeitsmarktintegration besteht darin, die Offenheit und Wertschätzung von Unternehmen gegenüber den Potenzialen, Qualifikationen und Erfahrungen von Beschäftigten mit Migrationshintergrund deutlich zu erhöhen. Viele Menschen mit Migrationsgeschichte bringen vielfältige berufliche Kompetenzen, Mehrsprachigkeit und interkulturelle Fähigkeiten mit, die bislang in der Wirtschaft nicht immer ausreichend erkannt oder genutzt werden.

Ziel ist es daher, Unternehmen für die Vorteile einer vielfältigen Belegschaft zu sensibilisieren und sie bei der interkulturellen Öffnung zu unterstützen. Dies kann unter anderem durch Informationskampagnen,

Beratungsangebote, Qualifizierungen für Personalverantwortliche sowie durch die Förderung guter Praxisbeispiele geschehen.

*Handlungsempfehlung: Formate entwickeln und durchführen, die über Potenziale von Zugewanderten und Vorteile interkulturell bzw. divers aufgestellter Belegschaften informieren.*

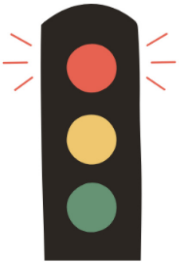


Mit der Beteiligung an der Initiative „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“ unterstützt Kassel die öffentliche Sensibilisierung für die Chancen kultureller Vielfalt in Unternehmen. Die Initiative hebt unter anderem die Innovationskraft interkultureller Teams hervor und wird von mehreren Kasseler Unternehmen aktiv mitgetragen.

Darüber hinaus betreibt die Agentur für Arbeit Kassel einen Arbeitsgeberservice, der Arbeitgeber bei Fragen zu Integration, Qualifizierung und Förderinstrumenten berät. Auch die städtische Anerkennungsberatung bietet gezielt Unternehmensberatung an – etwa bei der Bewertung internationaler Abschlüsse und der Klärung formaler Anforderungen im Beschäftigungsprozess.

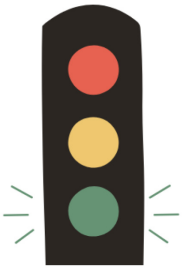
Die Formate laufen bereits und werden positiv angenommen. Ein möglicher Ausbau der Bemühungen und einer Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit wären denkbar.

*Handlungsempfehlung: Einstellungshemmnisse gegenüber Migrantinnen und Migranten auf Seiten der Arbeitgeber im Rahmen einer repräsentativ angelegten Studie erheben.*



Eine systematische, repräsentative Erhebung von Einstellungshemmnissen bei Arbeitgebern wurde bislang nicht durchgeführt. Es existieren keine lokal initiierten Untersuchungen, die valide Rückschlüsse über strukturelle Vorbehalte oder Entscheidungsprozesse bei Einstellungen erlauben würden.

*Handlungsempfehlung: Informationsformate für Arbeitgeber zu folgenden Themen entwickeln und durchführen: Qualifizierungsmaßnahmen, Finanzierungsmöglichkeiten zur Unterstützung beim Arbeitsmarktzugang, Anerkennung von im Ausland erworbener Berufsqualifikationen, Arbeitsmarktzugänge für ausländische Arbeitnehmende*



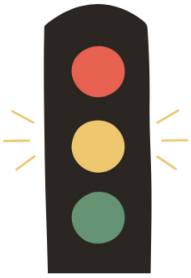
Die kommunale Anerkennungsberatung unterstützt nicht nur Zugewanderte, sondern stellt auch für Unternehmen eine Anlaufstelle dar – insbesondere zur Klärung ausländischer Berufsabschlüsse.

Darüber hinaus werden gemeinsam mit lokalen Akteuren wie der Kreishandwerkerschaft berufsorientierende Maßnahmen umgesetzt, die die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund in Ausbildungsberufe fördern. Solche Formate bieten Arbeitgebern auch praxisnahe Einblicke in rechtliche und organisatorische Fragen rund um Beschäftigungsmöglichkeiten.

Die Arbeitsagentur bietet im Rahmen des Arbeitsgeberservices ebenfalls ähnliche Beratungsangebote an.

In den vergangenen Jahren wurden diverse Bedarfe von Zugewanderten identifiziert und entsprechende Maßnahmen und Angebote eingeführt. Unter anderem die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse, die Maßnahme Pro Handwerk mit dem Schwerpunkt Menschen mit Migrationshintergrund in Handwerksberufe zu vermitteln sowie die diversen Sprach- und Bewerbungscoachings der Stadt Kassel.

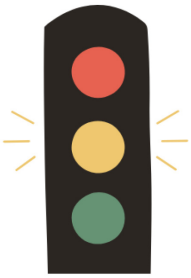
*Handlungsempfehlung: Flankierende Unterstützungsstrukturen/Diversity Management.*



Die städtischen Strukturen im Bereich Diversity/Vielfalt wurden in den vergangenen Jahren im Hinblick auf gesellschaftliche Anforderungen ausgeweitet. Besonders hervorzuheben ist die Einführung eines Antidiskriminierungsbeauftragten beim Amt für Chancengleichheit, der als zentrale Ansprechperson für Fragen von Diskriminierung fungiert und sowohl Mitarbeitende der Stadt als auch Bürgerinnen und Bürger berät. Eine systematische Verankerung von Diversity-Management in Unternehmen ist auf kommunaler Ebene nicht dokumentiert. Der Bedarf an städtischer Unterstützung für solche Maßnahmen müsste zunächst erhoben werden.

Notwendige Unterstützungsstrukturen wurden, wie erwähnt, bereits eingeführt. Diese Strukturen sind jedoch noch neu und müssen sich erst etablieren.

*Handlungsempfehlung: Flankierende Maßnahmen für KMU initiieren.*



Die Kooperation zwischen der Stadt Kassel und Vertretungen kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) wurde in den vergangenen Jahren deutlich intensiviert.

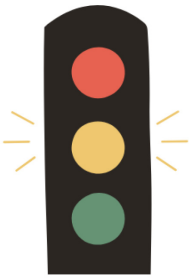
Gemeinsam mit der IHK, der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft Kassel werden Bedarfe systematisch erfasst und passgenaue Angebote entwickelt. Ein Beispiel hierfür ist die Berufsberatung der Kreishandwerkerschaft, die gezielt zur Personalgewinnung für KMU beiträgt und niedrigschwellige Orientierung für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber mit Migrationshintergrund bietet.

Die aktuellen Maßnahmen werden positiv angenommen und zeigen Wirkung. Dennoch gibt es eine große Bandbreite an KMUs in diversen Branchen, sodass es noch keine vollumfänglichen Hilfsstrukturen gibt. Hierbei handelt es sich um einen laufenden Prozess, in welchem Bedarfe der Unternehmen immer wieder erfasst und evaluiert werden müssen.

**Diskussion:**

Fortschritte sind erkennbar: Viele Unternehmen haben sich zugänglich gezeigt – unterstützt durch öffentlichkeitswirksame Kampagnen, verbesserte Beratungsangebote und direkte Kooperationen mit Unternehmensvertretungen.

Die Zusammenarbeit mit Kammern und Verbänden zeigt Potenzial, muss aber weiter systematisiert und verstetigt werden, um langfristige Wirkungen zu entfalten. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe benötigen gezielte Ansprache und praktische Unterstützung, um vorhandene Hürden zu überwinden.



Das Ziel wurde teilweise erreicht. Die Offenheit gegenüber vielfältigen Belegschaften ist in Kassel sichtbar gewachsen – dies zeigt sich sowohl in Unternehmensnetzwerken als auch in der Praxis einzelner Ausbildungs- und Integrationsprojekte. Jedoch fehlen strategische Instrumente zur flächendeckenden Umsetzung, insbesondere:

- belastbare Daten über Einstellungshemmnisse,
- strukturierte Diversity-Konzepte auf betrieblicher Ebene,
- nachhaltige Unterstützungsformate für KMU.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Entwicklung neuer Ansätze zur Bekämpfung von Diskriminierung in Unternehmen. Die Stadt Kassel will verstärkt auf betriebliche Diskriminierungsrisiken reagieren und gemeinsam mit

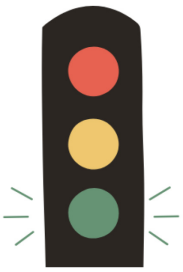
Unternehmen niedrigschwellige Präventionsansätze entwickeln. Denkbar sind Schulungen, Fallbesprechungen, Monitoring-Instrumente oder Kooperationen mit externen Fachstellen.

- Ausbau von Arbeitgeberworkshops zu interkulturellen Kompetenzen und Qualifizierungsförderung. Um vorhandene Informationslücken zu schließen und Arbeitgeber gezielt zu unterstützen, sollen praxisnahe Workshops zu Themen wie Anerkennung, Förderinstrumente, Kommunikation und Teamdiversität entwickelt und regelmäßig angeboten werden.
- Ausbau des Unterstützungsangebots für Unternehmen und Beschäftigte zur Überwindung von Integrationshemmnissen. Ziel ist der Aufbau flexibler, betriebsnaher Unterstützungsformate – z. B. Beratungsangebote zu Sprachförderung im Betrieb, Konfliktmoderation oder Einstiegshilfen für migrantische Beschäftigte.
- Stärkere Öffentlichkeitsarbeit für integrationsfördernde Projekte. Erfolgreiche Projekte wie das Azubi-Sprachcoaching sollen stärker kommuniziert werden, um ihre Vorbildfunktion zu stärken, Nachahmung zu ermöglichen und neue Betriebe zur Teilnahme zu motivieren. Geplant sind eine gezielte mediale Begleitung sowie eine bessere Sichtbarkeit über städtische und regionale Kanäle.

**Ziel 3: Die Aufnahmebereitschaft des Arbeitsmarktes für Menschen mit Migrationshintergrund wird qualitativ und quantitativ signifikant erhöht.**

Die Aufnahmebereitschaft des Arbeitsmarktes für Menschen mit Migrationshintergrund soll durch passgenaue Qualifizierungsangebote und stärkere betriebliche Einbindung qualitativ und quantitativ deutlich erhöht werden. Grundlage hierfür ist eine bedarfsgerechte Planung, die sich an der regionalen und branchenspezifischen Entwicklung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs orientiert.

*Handlungsempfehlung: Die regionale und branchenspezifische Entwicklung des Arbeits- und Fachkräftebedarfs wird in der Bedarfsplanung für Qualifizierungsmaßnahmen berücksichtigt.*

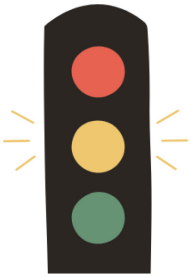


Die Qualifizierungsplanung in Kassel orientiert sich an regionalen Arbeitsmarktanalysen, insbesondere in Bezug auf Engpassbranchen wie Pflege, Bau, Gastronomie und Handwerk. In die Arbeitsmarktstrategie der Stadt Kassel fließen entsprechende Entwicklungen jährlich ein. Die strategische Planung erfolgt in enger Zusammenarbeit mit relevanten Akteuren, darunter die kommunale Arbeitsförderung, das Amt für Chancengleichheit, die Industrie- und Handelskammer sowie die Kreishandwerkerschaft.

Auch das Jobcenter der Stadt Kassel verfolgt eine eigene Arbeitsmarktstrategie, die insbesondere die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund adressiert. Diese Strategie setzt auf individuelle Aktivierungsmaßnahmen und gezielte Förderprogramme für den Einstieg in Ausbildung oder Beschäftigung.

Auch in der Arbeitsmarktstrategie 2026 sollen regionale und branchenspezifische Entwicklungen weiterhin analysiert und in den Planungsprozess einbezogen werden.

*Handlungsempfehlung: Betriebs- und arbeitsmarktnahe Maßnahmen, die eine Qualifizierung „on-the-job“ in Wirtschafts- und Verwaltungsunternehmen ermöglichen, sind bevorzugt anzubieten.*



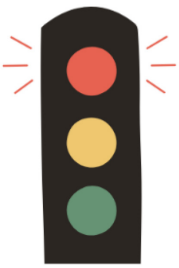
In Kassel existieren verschiedene Programme, die eine Verbindung zwischen Spracherwerb und beruflicher Qualifizierung ermöglichen. Dazu zählt das Azubi-Sprachcoaching, das Auszubildende mit Migrationshintergrund gezielt bei der sprachlichen Bewältigung ihrer Ausbildung unterstützt.

Ergänzend dazu vermittelt das Jobcenter Kassel Berufssprachkurse des BAMF, die sich gezielt an Personen richten, die bereits einen Arbeitsplatz oder eine Ausbildungsstelle in Aussicht haben. Auch die Agentur für Arbeit und das Jobcenter bieten allgemeine Coachingangebote an, die auf eine passgenaue Begleitung beim Einstieg in den Arbeitsmarkt abzielen.

Die Stadt Kassel plant darüber hinaus die Einrichtung einer Sprachlernwerkstatt im Stadtteil Oberzwehren, in welcher berufspraktische Projekte mit alltagsintegriertem Spracherwerb kombiniert werden sollen. Diese befindet sich derzeit noch in der Konzeptionsphase.

„On-the-Job“-Qualifizierungen zeigen sich als zunehmend beliebt bei Arbeitgebenden und Arbeitnehmenden. Hier können künftig die Angebote noch ausgebaut werden, gerade in Bezug auf flexible Angebote für Menschen mit Erziehungs- oder Pflegeaufgaben.

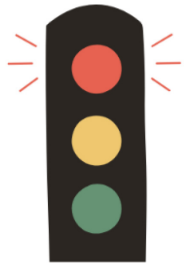
*Handlungsempfehlung: Betriebliche abschlussorientierte Qualifizierungsmaßnahmen „on-the-job“ sind nach Möglichkeit als mindestlohnpflichtige Arbeitsverhältnisse in den Betrieben und Unternehmen zu gestalten.*



Zu dieser Handlungsempfehlung liegen derzeit keine konkreten kommunalen Maßnahmen oder Projekte vor, die explizit eine abschlussorientierte Qualifizierung im Rahmen regulärer und mindestlohnpflichtiger Arbeitsverhältnisse umsetzen. Entsprechende Modelle sind in der kommunalen Steuerung bislang nicht verankert.

Die Finanzierung solcher „on-the-job“-Maßnahmen ist häufig noch nicht gesichert. Hier wäre eine feste Verankerung in der Förderstruktur sinnvoll, dies müsste jedoch auf Bundesebene eingeführt werden.

*Handlungsempfehlung: Es ist eine regionale Initiative zum Thema abschlussorientierte Anpassungs- und Nachqualifizierung ins Leben zu rufen, um die Entwicklung von Qualifizierungsbausteinen und Finanzierungsmodellen voranzutreiben.*



Die kommunale Anerkennungsberatung unterstützt Personen mit ausländischen Berufsabschlüssen dabei, fehlende Qualifikationen zu identifizieren und durch gezielte Maßnahmen eine vollständige Anerkennung zu erreichen. Jährlich werden rund 80 Personen individuell begleitet.

Ein weiterer Entwicklungsschritt betrifft den Ausbau von Teilzeitausbildungen als ein besonders integrationsrelevantes Format. Um deren Umsetzung strukturell zu fördern, wurde in Kassel eine Themenwerkstatt „Teilzeitausbildung“ ins Leben gerufen, in der sich städtische Stellen, Träger, Kammern und Beratungsinstitutionen koordinieren.

Das Jobcenter Kassel bietet zudem spezialisierte Beratungsangebote zur Teilzeitausbildung an, insbesondere für Menschen mit Betreuungsverpflichtungen oder familiären Herausforderungen.

Eine Initiative könnte die Maßnahmen bündeln und notwendige Informations- und Kommunikationsstrukturen einführen. Aktuell bestehen diese regional noch nicht.

**Diskussion:**

Die bisherigen Maßnahmen zeigen, dass arbeitsmarktnahe Angebote in Kassel zunehmend differenziert und bedarfsgerecht entwickelt werden. Besonders im Bereich der sprachlich begleiteten Ausbildung sind mit dem Azubi-Sprachcoaching und der BAMF-Berufssprachförderung praxistaugliche Angebote etabliert worden.

Dennoch sind die Übergänge in den Arbeitsmarkt häufig komplex. Die erfolgreiche Integration hängt nicht allein von Qualifikation, sondern auch von sozialer Stabilität, Sprachkompetenz und unterstützenden Strukturen ab. Die Einbindung betrieblicher Formate, wie Teilzeitausbildungen oder Qualifizierungen „on the job“, stellt einen vielversprechenden Weg dar, ist jedoch bislang nicht systematisch etabliert.

Gleichzeitig braucht es eine stärkere strategische Abstimmung zwischen Stadt, Jobcenter, Kammern und Trägern – auch, um langfristig tragfähige Modelle im Bereich der Nachqualifizierung und Anpassung zu entwickeln.

Das Ziel wurde teilweise erreicht. Einzelne arbeitsmarktnahe Maßnahmen wurden erfolgreich aufgebaut, insbesondere im Bereich der Sprachförderung in Verbindung mit Ausbildung.

Initiativen wie die Themenwerkstatt „Teilzeitausbildung“ zeigen, dass neue Wege der beruflichen Integration entwickelt werden.

Es fehlt jedoch weiterhin an strukturellen Rahmenbedingungen für abschlussorientierte Qualifizierungen im betrieblichen Kontext sowie an einer abgestimmten Strategie zur Entwicklung nachhaltiger Qualifizierungsmodelle.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Entwicklung flexibler Qualifizierungsmodelle in Teilzeit oder modularer Struktur: Die Themenwerkstatt „Teilzeitausbildung“ bildet hierfür einen wichtigen Impuls. Ziel ist es, alternative Ausbildungsformen dauerhaft zu etablieren – insbesondere für Menschen mit Betreuungsaufgaben oder eingeschränkter zeitlicher Verfügbarkeit.
- Systematisierung arbeitsplatznaher Sprachförderung: Angebote wie das Azubi-Sprachcoaching und die Berufssprachkurse sollen weiterentwickelt, ausgeweitet und für neue Zielgruppen geöffnet werden – etwa im Bereich Hilfstätigkeiten mit Potenzial zur Weiterqualifizierung.
- Aufbau strukturierter Übergangsmodelle zur Anerkennung und Nachqualifizierung: Die städtische Anerkennungsberatung bietet hier wichtige Impulse. Zukünftig soll geprüft werden, inwieweit strukturierte Nachqualifizierungsmodelle (z. B. in Kooperation mit Kammern und Bildungsinstitutionen) entwickelt werden können.
- Stärkere Verknüpfung von Qualifizierung und Beschäftigungsperspektive: Bestehende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen sollen gezielter mit Integrationszielen verbunden werden. Hierzu gehört auch die Prüfung, inwieweit Mindestlohnmodelle im Rahmen von Qualifizierungsverhältnissen in Zusammenarbeit mit Betrieben möglich wären.

**Ziel 4: Es werden passgenaue und zielorientierte Qualifizierungs- bzw. Bildungsketten initiiert, die den Bildungs- und Integrationserfolg von Zugewanderten weitgehend ohne Brüche und „Leerlaufzeiten“ sicherstellen.**

Zur nachhaltigen Verbesserung der Bildungs- und Arbeitsmarktintegration von Zugewanderten werden aufeinander abgestimmte und zielgerichtete Qualifizierungs- und Bildungsketten entwickelt und umgesetzt. Im Mittelpunkt steht der Anspruch, Brüche und Leerlaufzeiten in den Bildungsbiografien systematisch zu vermeiden. Übergänge zwischen einzelnen Bildungs- oder Qualifizierungsphasen sollen klar strukturiert und nahtlos gestaltet werden. Ziel ist es, die individuellen Potenziale Zugewanderter frühzeitig zu erkennen, gezielt zu fördern und durch strukturierte Bildungspfade langfristige Teilhabechancen im Bildungs- und Erwerbsleben zu sichern.

*Handlungsempfehlung: Ein „Interkulturelles Bildungsketten-Coaching“ gewährleistet die Begleitung der Zugewanderten während des Qualifizierungsprozesses und sichert die Anschlussfähigkeit der Qualifizierungsmaßnahmen.*

Diese Maßnahme wurde bislang nicht umgesetzt. Es existiert derzeit kein kommunales Coaching-Modell, das gezielt und systematisch Zugewanderte über den gesamten

Qualifizierungsprozess hinweg begleitet und Brüche im Übergang zwischen Sprachkursen, Qualifizierung und Arbeit verhindert. In einzelnen Projekten wie „Sozialwirtschaft integriert“ wird dieses Vorgehen jedoch bereits umgesetzt.

Eine mögliche zukünftige Umsetzung müsste sowohl personelle Ressourcen als auch ein enges Kooperationsnetz mit Bildungsträgern und Arbeitsmarktinstitutionen beinhalten.

Die Erfolge bisheriger Maßnahmen wie „Sozialwirtschaft integriert“ zeigen, dass enge Bildungsketten ein großer Erfolgsfaktor bei der beruflichen Integration sind. Die Erfahrungen dieser Projekte sollten in künftige Maßnahmenplanungen einfließen. Entsprechende Begleitstudien mit Handlungsempfehlungen der Universität Kassel liegen vor und wurden veröffentlicht.

*Handlungsempfehlung: Ein regionaler bzw. lokaler Qualifizierungspass wird eingeführt, in dem individuelle Kenntnisse, Fertigkeiten, absolvierte Qualifizierungsmaßnahmen und weitere geplante Qualifizierungsschritte der Maßnahmenteilnehmerinnen und -teilnehmern verzeichnet sind.*

Die Abteilung Bildungsmanagement und -planung des Amtes für Schule und Bildung hat einen „Bildungsordner“ erstellt und Bildungsträgern und vergleichbaren Einrichtungen zur Verfügung gestellt, der das gleiche Ziel wie der in der Handlungsempfehlung genannte Qualifizierungspass verfolgt. Der Ordner dient der Dokumentation von Kompetenzen und Bildungswegen Zugewanderter. Durch ein vorgedrucktes Register sollen Bildungs- und Integrationserfolge strukturiert und sichtbar gemacht werden, sowohl für die Zielgruppe selbst als auch für Beratungs- und Bildungseinrichtungen, die den Bildungsordner für ihre Gespräche nutzen können.

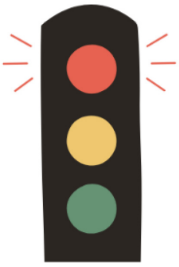
Das Register umfasst die Kategorien:

- Allgemeine Informationen/Lebenslauf
- Sprache
- Schule und Studium
- Ausbildung und Arbeit
- Freizeit, Hobby, Ehrenamt
- Fähigkeiten
- Informationen

Vorlagen ermöglichen es außerdem, auch Tätigkeiten zu dokumentieren, für die keine offiziellen Zeugnisse ausgestellt werden, wie freiwilliges Engagement oder die Teilnahme an freiwilligen Angeboten. Der Bildungsordner ist in leichter Sprache verfasst.

Der Bildungsordner wurde als Beratungs- und Unterstützungsinstrument gut von Bildungs- und Beratungseinrichtungen angenommen und die Nachfrage bleibt nach wie vor bestehen. Aufgrund finanzieller Engpässe konnte keine neue Auflage realisiert werden. Eine Neuauflage wird aktuell allerdings geprüft.

*Handlungsempfehlung: Ein Katalog bestehender Qualifizierungsmaßnahmen wird erstellt, laufend aktualisiert und erleichtert die Orientierung der Integrationsakteure hinsichtlich der bedarfsadäquaten Vermittlung von Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Maßnahmen.*



Ein solcher Katalog in digitaler und öffentlich zugänglicher Form befindet sich aktuell in der konzeptionellen Abstimmung.

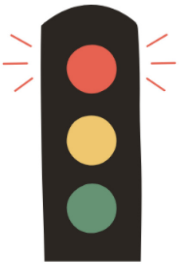
Ziel ist es, eine transparente Übersicht verfügbarer Bildungs- und Qualifizierungsangebote zu schaffen, die regelmäßig aktualisiert wird und sowohl für Fachkräfte als auch für Ratsuchende zugänglich ist.

**Diskussion:**

Die bisherige Umsetzung zeigt: Die Notwendigkeit bruchfreier Qualifizierungsketten wird erkannt, entsprechende systematische Strukturen sind jedoch noch nicht etabliert.

Gerade das Bildungsketten-Coaching könnte einen wichtigen Beitrag leisten, um bestehende Leerlaufzeiten zu vermeiden – etwa nach dem Ende eines Sprachkurses oder bei Teilanerkennung eines Berufsabschlusses. Hier fehlt es bislang an dauerhaften personellen Ressourcen und klaren Schnittstellen.

Eine digitale Übersicht über bestehende Angebote wäre ein wichtiger erster Schritt in diese Richtung.



Das Ziel wurde nicht erreicht. Die Kernidee dieses Ziels – eine kontinuierliche, zielgerichtete und dokumentierte Begleitung von Zugewanderten durch verschiedene Qualifizierungsphasen – wurde bislang nicht systematisch umgesetzt.

Die Entwicklung eines digitalen Angebotskatalogs ist ein vielversprechender Schritt, stellt aber noch keine strukturierte Bildungskette im Sinne der Handlungsempfehlungen dar.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Einführung eines digitalen, mehrsprachigen Angebotskatalogs für Qualifizierungsmaßnahmen. Ziel ist die Etablierung einer niedrigschwelligen, zentral gepflegten Plattform, die sowohl Fachkräften als auch Zugewanderten Orientierung über Qualifizierungsangebote in Kassel bietet. Die Entwicklung soll in Kooperation zwischen der Kommunalen Arbeitsförderung, Smart City Kassel und der städtischen Integrationsbeauftragten erfolgen.
- Aufbau einer begleiteten Übergangsstruktur zwischen Sprachkursen, Qualifizierungen und Arbeit: Künftig sollen Übergänge aktiv begleitet werden, um Leerlaufzeiten zu vermeiden. Denkbar sind feste Ansprechpartner.

## 3.4.Gesundheitsförderung, -versorgung und Pflege

Gesundheit in allen Lebensphasen und Lebenslagen zu fördern, ist ein Ziel der Stadt Kassel. Strategien, die unter anderem Zugänge zu präventiven und gesundheitsförderlichen Maßnahmen und zur pflegerischen Versorgung ermöglichen, müssen dabei weiterhin in den Blick genommen und teilweise verbessert werden. Soziale und individuelle Ausgangslagen sind heterogen und wirken sich nicht nur auf gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten aus, sondern haben auch einen entscheidenden Einfluss auf die gesundheitliche Situation von Menschen. Migrationsbezogene Ungleichheiten müssen dabei unter anderem weiterhin fokussiert werden. Allgemein ist darauf hinzuweisen, dass im Handlungsfeld bei der Entwicklung und Umsetzung von Maßnahmen und Projekten die Aspekte Migration und Kultursensibilität sowohl generell mitgedacht, als auch in unterschiedlicher Weise berücksichtigt (bspw. auch partizipativ) wurden und werden. Bei den dargestellten Beispielen und Projekten geht es insgesamt immer darum, Chancengleichheit/-gerechtigkeit und Teilhabe für alle Bürgerinnen und Bürger in den vielfältigen, unterschiedlichen Lebenslagen integrativ zu verwirklichen sowie auch ungleichen Zugangschancen und ungleich verteiltem Systemwissen entgegenzuwirken. Dies beispielsweise durch unterschiedlichste Zugänge und Informations-/Beratungsformate. Die im Folgenden dargestellten Beispiele der Angebote und Projekte zeigen dies exemplarisch auf. Die Auswahl stellt dabei keine umfassende, wertende und vollständige Darstellung der vielfältigen Projekt- und Aufgabenstrukturen der Stadt Kassel dar. Es werden zudem nur Projekte und Maßnahmen dargestellt, die im Berichtszeitraum im Stadtgebiet Kassels durchgeführt wurden. Auf übergreifende Themen der speziellen Lebenslagen und bspw. auch Wirkungen der Pandemie und des Krieges in der Ukraine sowie die damit verbundenen Auswirkungen wird im Folgenden nicht explizit eingegangen.

### 3.4.1. Ziele und Handlungsempfehlungen

**Ziel 1: Spezifische Lebenslagen und Ausgangssituationen werden bei der Konzipierung und Weiterentwicklung von Angebotsformaten berücksichtigt.**

Die gesundheitliche Versorgung und gesundheitliche Chancengleichheit von Menschen mit Migrationshintergrund werden gezielt gestärkt, indem Barrieren im Zugang zu Angeboten des Gesundheits- und Pflegesystems systematisch abgebaut werden. Dabei steht insbesondere die Verbesserung der Datengrundlage, der Informationsvermittlung sowie der Angebotsstruktur im Mittelpunkt.

Handlungsempfehlung: Eine einheitliche Erfassung des Merkmals Migrationshintergrund in Routinestatistiken *der Gesundheits- und Pflegeberichtserstattung wird eingeführt.*

Im Kontext der gesetzlich vorgegebenen Einschulungsuntersuchungen (ESU) und Untersuchungen der Seiteneinsteigenden (im Rahmen des Schulaufnahmeverfahrens für alle

zugewanderten Kinder und Jugendliche, die erstmals eine deutsche Schule besuchen), die das Gesundheitsamt Region Kassel durchführt, wird das Merkmal „Migrationshintergrund“ erfasst (Definition siehe Seite 3). Die Erhebung des Migrationshintergrunds orientiert sich an der Definition des Statistischen Bundesamtes, um eine Vergleichbarkeit mit anderen Daten in Hessen – wie etwa Sozialdaten – sicherzustellen, da sich diese größtenteils auf dieselbe Definition stützen. Für die Operationalisierung des Migrationshintergrunds wird somit ein formales Kriterium erfasst, das unabhängig von Merkmalen der Integration ist. Die in der Familie gesprochene Sprache bleibt dabei unberücksichtigt. Dennoch ist die zusätzliche Erhebung der Herkunftssprache als Merkmal der Integration von Bedeutung (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2023[11]). Da die in der Familie vorwiegend gesprochene Sprache außerdem großen Einfluss auf die Sprachentwicklung des Kindes und die Lernfähigkeit im Rahmen des deutschsprachigen Unterrichts hat, wird für die Erstellung von Gesundheitsberichten das Merkmal "Familiensprache" (Deutsch/andere Sprache als Deutsch) genutzt, welches ebenfalls im Rahmen der ESU erfasst wird.

Für die gezielte Planung von Maßnahmen der Prävention und Gesundheitsförderung, werden die Ergebnisse der ESU jährlich durch die Gesundheitsberichtserstattungsstelle (GBE) im Gesundheitsamt Region Kassel ausgewertet. Hierbei findet eine Differenzierung der Daten u. a. nach Stadtteil, Geschlecht und Familiensprache des Kindes statt. Im neuen Kindergesundheitsbericht, welcher im Juni 2025 veröffentlicht wurde, werden die Ergebnisse der zentralen Indikatoren der Kindergesundheit für die Schuljahre 2018 bis 2023 dargestellt. Hierbei fließen nicht nur ESU-Daten, sondern auch Daten der zahnärztlichen Reihenuntersuchung ein. Die Auswertung der Daten erfolgt neben der Differenzierung nach Stadtteil, Geschlecht und Dauer des Kitabesuchs, auch nach der Familiensprache des Kindes.

In der vom Sozialpsychiatrischen Dienst Region Kassel (SOPD) genutzten Fachamtssoftware Mikropro ist eine Erfassung von Kategorien wie „Geburtsort“, „Nationalität“ etc. technisch möglich. Bis dato wird die Frage der Herkunft der SOPD-Klientinnen und -Klienten jedoch nicht systematisch erfasst. Insgesamt stellt sich die Frage des Nutzens einer Differenzierung von gesundheitlichen Daten nach der Kategorie Migrationshintergrund. Zwar kann eine Korrelation zwischen Unterschieden in der Gesundheit und Migrationshintergrund beobachtet, diese aber nicht ursächlich erklärt und angegangen werden. Mittels eines solchen rein analytischen Zugangs der „Risikogruppe“ werden leider häufig gesellschaftliche Strukturen, die unterschiedliche Gesundheitszustände hervorbringen, eben nicht als solche erkannt und bekannt, sondern zum immanenten Defizit einer bestimmten Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund erklärt.
Offen bleibt jedoch die Frage, wie die bestehenden (exkludierenden, separierenden) gesellschaftlichen Verhältnisse, die bestimmte Menschen überhaupt erst zu „Migrantinnen“ beziehungsweise „Ausländern“ machen, mit ihren gesundheitlichen Situationen zusammenhängen.

Im Referat für Altenhilfe der Stadt Kassel, als Sachgebiet angesiedelt im Sozialamt in der Abteilung Sozialplanung, wird regelmäßig der „Bericht zur Kommunalen Altenhilfe in Kassel“ erstellt; dort sind Daten zum Themenbereich Pflege integriert.

Die Zahl der Pflegebedürftigen nach Pflegegraden, Versorgungsform, Altersstruktur und Geschlecht wird seit 1999 im Zweijahresrhythmus durch die Pflegekassen ermittelt. Diese werden auf Anfrage durch die Statistischen Landesämter ein Jahr nach dem Erhebungsstichtag zur Verfügung gestellt. Eine weitere Differenzierung der Daten, etwa zur Zahl der Nichtdeutschen oder nach Stadtteilen, die für die örtliche Planung von Interesse sein könnten, ist mit diesen Datensätzen nicht möglich (vgl. Magistrat der Stadt Kassel, Sozialamt (Hrsg.) 2023).

Im Kontext der Beratungsarbeit der Beratungsstelle ÄLTER WERDEN und des Pflegestützpunktes Stadt Kassel im Referat für Altenhilfe und deren statistischen Erfassungsmethoden wird davon abgesehen, die

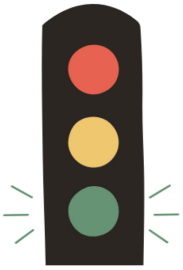
[11] Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (HMSI) (2023): Handbuch Einschulungsuntersuchung. Handanweisung für den Kinder- und Jugendgesundheitsdienst zur Durchführung der Einschulungsuntersuchung in Hessen.

Frage nach der Herkunft systematisch abzufragen und zu erfassen, um u. a. die Niedrigschwelligkeit des freiwilligen Beratungsangebotes zu gewährleisten.

Bei der Einschulungsuntersuchung wird der Migrationshintergrund, wie aufgezeigt, benannt, wohingegen in anderen Untersuchungen oder Beratungen das Merkmal nicht bzw. nicht regelhaft erfasst wird. Bei der zahnärztlichen Untersuchung wurde bislang noch keine einheitliche Erfassung umgesetzt.

Das Merkmal Migrationshintergrund wird in Routinestatistiken der Gesundheits- und Pflegeberichterstattung nur teilweise erfasst.

*Handlungsempfehlung: Zugänge zu Angeboten und Informationen werden geschaffen.*



Vielfältige Zugänge zu Informationen und Angeboten wurden und werden auf verschiedene Weisen geschaffen – sowohl analog als auch digital. Die Stadt Kassel setzt dabei sowohl auf etablierte zentrale, als auch dezentrale Informations- und Angebotsstrukturen, sowie auch auf vielfältige interne und externe Kooperations- und Netzwerkstrukturen. Unterschiedliche Informationsformate und -kanäle (u. a. Pressemitteilungen, Veranstaltungskalender auf der Website, soziale Medien) stehen zur Verfügung und werden in verschiedener Form genutzt, um Informationen und Angebote aus dem Gesundheits- und Pflegebereich für die Öffentlichkeit zugänglich zu machen und beispielsweise auf Angebote und Veranstaltungen in der Stadt aufmerksam zu machen.

Darüber hinaus wurden verschiedenste Projekte in Gesundheits- und Sozialbereichen umgesetzt, um die Zugänge zu Angeboten und Informationen auch für Menschen mit Migrationshintergrund im Handlungsfeld zu erleichtern und auszuweiten.

**„Willkommen von Anfang an – Gesunde Kinder in Kassel“[12] | Gesundheitsamt Region Kassel**

„Willkommen von Anfang an – Gesunde Kinder in Kassel“ ist ein Angebot des Gesundheitsamtes Region Kassel und Teil der Kasseler Präventionskette. Ziel ist es, ein gesundes Aufwachsen von Kindern von Geburt an zu fördern, Familien zu unterstützen und Elternkompetenzen zu stärken. Das Angebot möchte Eltern bei der gesunden Entwicklung ihres Kindes zur Seite stehen und zur Stärkung der Elternkompetenz mit vielfältigen Informationen beitragen. Die Internetseite „Willkommen von Anfang an“ bietet die Möglichkeit, in verschiedenen Sprachen zu informieren. Schwangere erhalten Unterstützung bei der Hebammensuche.

**Das Präventionsangebot – Der Begrüßungsbesuch „Willkommen von Anfang an“**

Die Informationsmappe „Willkommen von Anfang an“ liegt in den gynäkologischen Praxen, Schwangerschaftsberatungsstellen, Hebammenpraxen und kinderärztlichen Praxen aus. Nach der Geburt des Kindes wird ein kostenloser Begrüßungsbesuch für alle Familien mit einem Neugeborenen angeboten. Fragen können mit einer Mitarbeiterin des Gesundheitsamtes besprochen werden.

[12] Kurzlink: Willkommen von Anfang an | Stadt Kassel

Übersetzungsprogramme helfen im persönlichen Gespräch, Sprachbarrieren zu überwinden (ggf. Inanspruchnahme von Sprachmittlern des Trans-it!-Projektes des Caritasverbandes).

Bei Bedarf wird eine Überleitung in das Hilfesystem und auch zu den Frühen Hilfen der Stadt Kassel geebnet. Familien mit Kindern bis zum 1. Lebensjahr, die nach Kassel gezogen sind, erhalten ebenso das Angebot eines kostenfreien Begrüßungsbesuches.

**„Wir im Quartier" - „Willkommen von Anfang an"**

Mit „Wir im Quartier" im Rahmen von „Willkommen von Anfang an" ist das Gesundheitsamt Region Kassel persönlich vor Ort. Es handelt sich um ein stadtteilorientiertes Beratungsangebot für Familien mit Kindern. Im Quartier erhalten Eltern relevante Informationen zu Schwangerschaft, Geburt, Kindergesundheit, kulturellen Angeboten sowie zu finanziellen und sozialen Leistungen.

Die Quartiersangebote finden zu fortlaufenden Terminen, in neun verschiedenen Kasseler Stadtteilen in Kooperation mit bestehenden Institutionen statt.

**Zahnärztlicher Dienst und Arbeitskreis Jugendzahnpflege (AKJ) des Gesundheitsamtes Region Kassel**[13]

Im Hinblick auf eine immer älter werdende Gesellschaft und dem damit verbundenen demografischen Wandel, wurde zusätzlich zu den Maßnahmen der Gruppenprophylaxe in Schulen und Kitas, ein präventionsorientiertes Konzept zur Gesundheitsförderung im Alter etabliert.

Hierzu werden gezielte Schulungen in Einrichtungen der Pflege angeboten, um Pflegepersonal und interessierte pflegende Angehörige in der gemeinsamen Arbeit zur Optimierung der Mundgesundheit und damit einhergehend einer Steigerung der Allgemeingesundheit und Lebensqualität der Bewohnerinnen und Bewohner zu unterstützen.

**Sozialpsychiatrischer Dienst des Gesundheitsamtes Region Kassel**[14]

Für den Sozialpsychiatrischen Dienst Region Kassel (SOPD) stehen eine niedrigschwellige Verfügbarkeit der Hilfen für psychisch Erkrankte und der Teilhabegedanke im Zugang zu den beratenden und vernetzenden Angeboten maßgeblich für das Selbstverständnis und die Haltung der Abteilung. Beratung und Begleitung findet dabei sowohl im Sozialpsychiatrischen Dienst selbst, als auch in den Sachgebieten Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst sowie in der Psychosozialen Kontakt- und Beratungsstelle des Landkreises Kassel (PSKB) regelhaft zeitnah statt. Darüber hinaus wird im Bedarfsfall auch aufsuchend und zugehend beraten.

Die Gruppenangebote werden über die Website des Gesundheitsamtes Region Kassel fortlaufend aktualisiert, zudem werden bereits bekannte Klientinnen und Klienten per E-Mail auf die kommenden Veranstaltungen hingewiesen.

**Projekte „InKaOst" und „Gesundheitsförderung im Quartier"**[15]

Das Projekt „InKaOst" (Integrierte Handlungsstrategien im Kasseler Osten) konzentriert sich auf die Stadtteile Unterneustadt, Bettenhausen, Forstfeld und Waldau. Ziel ist es, die Gesundheit der Bewohnerinnen und Bewohner zu fördern, insbesondere jener in schwierigen Lebenssituationen. Dazu werden gemeinsam mit lokalen Akteuren bedarfsgerechte Maßnahmen entwickelt und umgesetzt. Ein

[13] Kurzlink Zahnärztlicher Dienst und Arbeitskreis Jugendzahnpflege (AKJ):Zahnärztlicher Dienst und Arbeitskreis Jugendzahnpflege (AKJ) | Stadt Kassel

[14] Kurzlink Sozialpsychiatrischer Dienst des Gesundheitsamtes Region Kassel: Sozialpsychiatrischer Dienst | Stadt Kassel

[15] Kurzlinks InKaOst und Gesundheitsförderung im Quartier

besonderes Augenmerk liegt auf der Beteiligung der Bevölkerung durch Quartierswerkstätten und Gesundheitskonferenzen, um gesundheitsförderliche Strukturen aufzubauen und zu stärken.

Die Gesundheitsförderung in Kasseler Quartieren berücksichtigt die vielfältigen Einflüsse des Wohnumfelds auf die Gesundheit. Ziel ist es, Menschen zu unterstützen, sich aktiv am Leben in ihren Stadtteilen zu beteiligen und vorhandene Ressourcen zur Gesundheitsförderung zu nutzen. Durch gezielte Maßnahmen in den Stadtteilen werden insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund aktiv einbezogen, um ihre Teilhabe zu stärken, gesundheitliche Chancengleichheit zu fördern und Integration nachhaltig im Quartier zu verankern. Das Gesundheitsamt Region Kassel bietet hierzu Beratung und Unterstützung an.

**Referat für Altenhilfe | Sozialamt der Stadt Kassel**

Da das Thema Alter(n) ein Querschnittsthema ist, tangieren die Arbeit des Referats für Altenhilfe sowie dessen Projekte und Maßnahmen nicht nur Gesichtspunkte dieses Handlungsfeldes, sondern auch zahlreiche Aspekte aus anderen Handlungsfeldern (u. a. sozialräumliche Maßnahmen, Stadtteilstrukturen/Leben im Stadtteil). Aufgaben und Maßnahmen des Sachgebietes zahlen somit auch in unterschiedlicher Weise auf die Zielsetzungen anderer Handlungsfelder mit ein. Selbiges gilt für die kommunale Altenhilfeplanung und Projektentwicklung. Im Jahr 2023 wurde mit einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung[16] der Altenhilfebericht 2018-2021[17] zur Kenntnis genommen und als Priorisierungsprojekte im Rahmen der Weiterentwicklung der kommunalen Altenhilfe in den Jahren 2023 ff. die Sicherung und der bedarfsgerechte Ausbau und die Stärkung dezentraler Angebote (Stadtteiltreffs u. a. als „soziale Knotenpunkte“), die Ausweitung der Beratungsarbeit, insbesondere Start und Etablierung des „Präventiven Hausbesuchs“ sowie die Beobachtung und bedarfsgerechte, kooperative Organisation der Versorgungslandschaft unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips vorgesehen. Zudem bekannte sich die Stadt Kassel zu den Zielen/Handlungsfeldern altersfreundlicher Städte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und nutzt diese als Orientierungsrahmen für die partizipative Weiterentwicklung der kommunalen Altenhilfeplanung (vgl. Magistrat der Stadt Kassel (Hrsg.) 2024, S. 59 ff.)[18]

Neben den verschiedenen zentralen und dezentralen Beratungsangeboten, Vernetzungstätigkeiten und Öffentlichkeitsarbeit sollen die vielfältigen Angebote des städtischen Veranstaltungsprogramms „Neugierig und aktiv bleiben!“[19] für Menschen ab 60 Jahren unter anderem gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

**Beratungsstelle ÄLTER WERDEN**

Die Beratungsstelle ÄLTER WERDEN[20] ist ein kommunales Angebot, das trägerneutrale, umfassende und individuelle Information, Auskunft und Beratung älterer Menschen sowie ihrer An- und Zugehörigen in allen Fragen rund ums Älterwerden bietet. Seit Herbst 2020 ist die Beratungsstelle ÄLTER WERDEN sozialräumlich organisiert. Neben einer zentralen offenen Sprechzeit an drei Vormittagen in der Woche

[16] https://ratsinfo.kassel.de/sdnet4/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZT4IfZnWL6RhwKuX3ju6KQvhjBShOjb0zGELuubmdaTQ/Beschlusstext_101.19.775_-oeffentlich-_Stadtverordnetenversammlung_12.06.2023.pdf

[17] Magistrat der Stadt Kassel, Sozialamt (Hrsg.) (2023): Kommunale Altenhilfe in Kassel. Bericht 2018-2021. Kassel. Verfügbar unter: https://ratsinfo.kassel.de/sdnet4/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZc3XMLfmRx_5SLDxZfWX2jI25MQ1bpwfchoA-asWuLNr/Bericht_Kommunale_Altenhilfe_2018-2021.pdf [letzter Abruf: 01.04.2025].

[18] Magistrat der Stadt Kassel (Hrsg.) (2024): Jahresbericht 2023 Sozialamt Kassel. Kassel. Verfügbar unter: https://ratsinfo.kassel.de/sdnet4/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZVb0k91x1rQ1FVpXdj71MRA5jULa5sLpcFrUlyxJBO0m/Jahresbericht_Sozialamt_101.17.1454.pdf [letzter Abruf: 01.04.2025].

[19] Weitere Details zum Veranstaltungsprogramm sind verfügbar unter: Veranstaltungsprogramm für Menschen ab 60 Jahren | Stadt Kassel

[20] Weitere Details zur Beratungsstelle ÄLTER WERDEN siehe: Beratungsstelle ÄLTER WERDEN | Stadt Kassel

können Termine für Beratungen vereinbart werden und es werden auf Wunsch Hausbesuche im gesamten Stadtgebiet angeboten.

**Beratungsstelle ÄLTER WERDEN vor Ort**

Ergänzend zu dem zentralen Beratungsangebot der Beratungsstelle ÄLTER WERDEN in der Fünffensterstraße 5, wird mit dem Konzept „Beratungsstelle ÄLTER WERDEN vor Ort“ ein wohnortnahes und zugehendes Beratungsangebot an derzeit zwei Standorten im Stadtgebiet (Stadtteilzentrum Agathof e. V. und Wöhler 22) dezentral umgesetzt. Das wöchentlich im Stadtteil Nord-Holland in der „Wöhler 22 – Bildung und Begegnung“ stattfindende Beratungsangebot wird an einem Nachmittag von einer Mitarbeiterin der Beratungsstelle angeboten und überwiegend von Menschen mit Migrationshintergrund genutzt.

**Präventiver Hausbesuch**

Das zugehende Angebot eines „Präventiven Hausbesuches“ wird durch die Beratungsstelle ÄLTER WERDEN seit Juli 2023 – im Rahmen einer Pilotphase in derzeit sieben ausgewählten Stadtteilen – Bürgerinnen und Bürgern angeboten, die im jeweiligen Kalenderjahr 77 Jahre alt werden. Es handelt sich um ein kostenloses, vertrauliches und freiwilliges Angebot, das sukzessive auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden wird. Die Beratungsinhalte der Präventiven Hausbesuche orientieren sich an der persönlichen Lebenssituation sowie den Anliegen und Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger. Themen können zum Beispiel sein: Soziale Angebote, Wohnen, Mobilität, Prävention, ehrenamtliches Engagement, häusliche Unterstützung und Versorgung sowie Unterstützung und Versorgung bei Hilfe- und Pflegebedürftigkeit (vgl. Magistrat der Stadt Kassel (Hrsg.) 2024, S. 62).

Insbesondere mit diesen dezentralen, zugehenden Beratungsformaten werden u. a. niedrigschwellige Zugänge genutzt und perspektivisch weiter ausgebaut.

**Pflegestützpunkt Stadt Kassel**[21]

Der in gemeinsamer Trägerschaft mit der Knappschaft Bahn-See betriebene Pflegestützpunktes Stadt Kassel (PSP) ist für die trägerneutrale, umfassende und kostenlose Information, Auskunft und Beratung bei Fragen rund um die Themen Pflege und Versorgung zuständig. Menschen mit Unterstützungs- und Pflegebedarf sowie mit Behinderung – unabhängig vom Alter der Ratsuchenden – und deren An- und Zugehörige werden bspw. durch den PSP beim Finden des passenden Angebotes unterstützt.

Sowohl die Beratungsstelle ÄLTER WERDEN als auch der Pflegestützpunkt Stadt Kassel arbeiten eng mit Akteuren, Diensten und Einrichtungen und Netzwerken der Altenarbeit und Pflege zusammen. Wie beim SOPD sind auch hier die Aspekte Niedrigschwelligkeit, Teilhabe sowie die Lebenslagen- und Sozialraumorientierung für Zugänge und auch für die Beratungs- und Vernetzungsangebote grundlegend und handlungsleitend. In unterschiedlichsten Kontexten werden Informationsveranstaltungen und Vorträge durch die Beratungsstellen durchgeführt. Informationsschriften und Broschüren über die in Kassel vorhandenen Angebote werden regelmäßig herausgegeben, u. a. zu Themen Hilfe im Alltag, Wohnen, ambulante Dienste, Tagespflege, Pflegeheime.

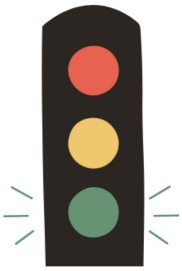
**Projekt „WIR fördern Gesundheit“**

Das Projekt „WIR fördern Gesundheit“, eine Initiative des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration in Zusammenarbeit mit dem GKV-Bündnis für Gesundheit, verfolgte von Juni 2021 bis Januar 2025 das Ziel, die Gesundheitskompetenz von Menschen mit Migrationsgeschichte zu stärken. Dabei wurden kultursensible Maßnahmen entwickelt, um den Zugang zu Gesundheitsinformationen zu verbessern. Eine zentrale Koordinationsstelle im Amt für Chancengleichheit begleitete zahlreiche

[21] Weitere Details zum Pflegestützpunkt Stadt Kassel siehe unter:
Pflegestützpunkt (PSP) | Stadt Kassel

Projekte in Nordhessen. Im Rahmen des Programms „Loqui – Hilfe zur Selbsthilfe“ wurden Gesprächs- und Aktivitätsangebote für ukrainisch- und russischsprachige Menschen geschaffen, die durch Flucht und Krieg traumatisiert wurden. Daran schloss ab Februar 2023 das Projekt „Safer Space Ukraine“ an, das in den Räumen des Tschilla (Schlachthof Kassel e.V.) stattfand und das bestehende Angebot um Bewegungs-, Entspannungs- und Kreativangebote sowie Inhalte zu Ernährung und psychischer Gesundheit ergänzte. Ein weiteres zentrales Projekt war die Gesundheitsförderung für Familien mit Migrationshintergrund, durchgeführt vom Verein BENGI e.V. in Kassel. Im Fokus standen dabei vor allem Mütter, die über eine offene Angebotsstruktur zu Themen wie dem deutschen Gesundheitssystem, Prävention, gesunder Ernährung und Bewegung informiert und gestärkt wurden. Ergänzend fanden Workshops zu psychischer Gesundheit und Stressbewältigung statt. Auch das Projekt „It’s a start – Gesund (auf)leben“ des Sozialen Friedensdienstes Kassel e.V. in Kooperation mit der Kulturbrücke richtete sich an Mütter mit Migrationsgeschichte. Es bot praxisnahe Angebote wie Yoga, Atemübungen, Ernährungskurse, gemeinsames Kochen und Exkursionen, um gesunde Lebensweisen zu fördern und die Resilienz der Teilnehmerinnen zu stärken. Alle Projekte trugen dazu bei, gesundheitliche Chancengleichheit zu verbessern, soziale Netzwerke aufzubauen und langfristige Verhaltensänderungen zu unterstützen.

*Handlungsempfehlung: Die finanzielle Absicherung der Sprechstunde für Unversicherte wird weiterhin gewährleistet.*

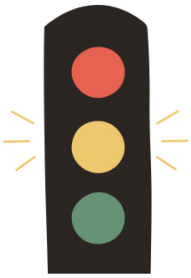


Die „Fahrenden Ärzte Kassel“[22] bieten eine kostenlose, medizinische Sprechstunde für Menschen ohne Krankenversicherung an. Diese sogenannte „humanitäre Sprechstunde“ wird durch die „Fahrenden Ärzte Kassel“ auf Grundlage des Kooperationsvertrages mit dem Gesundheitsamt Region Kassel sowie dem Sozialamt durchgeführt.

Zudem wurde die „Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung“[23] 2024 beim Diakonischen Werk Region Kassel angesiedelt und berät kostenlos, vertraulich und auf Wunsch auch anonym Menschen ohne Krankenversicherung und mit unklarem Krankenversicherungsschutz in der Region Kassel. Die Clearingstelle übernimmt unter anderem eine Lotsenfunktion, klärt den Krankenversicherungsstatus und prüft jeweils den individuellen Zugang zum gesundheitlichen Regelsystem. Die Clearingstelle, die durch das Hessische Ministerium für Familie, Senioren, Sport, Gesundheit und Pflege gefördert wird, kooperiert mit der Stadt Kassel - Gesundheitsamt Region Kassel sowie dem Sozialamt und arbeitet beispielsweise auch mit den „Fahrenden Ärzten Kassel“ zusammen.

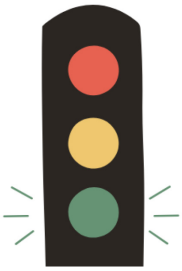
*Handlungsempfehlung: Mit dem neu eingerichteten Psychosozialen Zentrum wird kooperiert.*

[22] Kurzlink Fahrende Ärzte e. V. Fahrende Ärzte
[23] Weitere Details zu der „Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung“ sind verfügbar unter: Clearingstelle für Menschen ohne Krankenversicherung



Eine dezidierte Kooperationsvereinbarung zwischen der Viva Stiftung GmbH als Träger des Psychosozialen Zentrums für Geflüchtete in Nordhessen[24] (PZG) und dem Gesundheitsamt Region Kassel bzw. dem Sozialpsychiatrischen Dienst wurde bislang nicht geschlossen. In Anbetracht der doch häufig gegebenen Überschneidungen der Nöte und Bedarfe von Geflüchteten mit psychischer Erkrankung oder von Geflüchteten, die von psychischer Erkrankung bedroht sind, finden kollegialer Austausch und pragmatische Zusammenarbeit und Vernetzung jedoch rege statt. Beiderseits werden daher im Wissen umeinander die Bedarfe und Angebote des PZG und des SOPD stetig ausgetauscht und abgeglichen, um im Bedarfsfall kurzfristig Lösungen für Geflüchtete mit psychischer Erkrankung finden und umsetzen zu können.

Zudem nehmen die Mitarbeitenden des PZG an städtischen Vernetzungsstrukturen, etwa dem Runden Tisch Engagement für Geflüchtete teil.



Ziel 1 wurde in wesentlichen Punkten erreicht. Besonders hervorzuheben ist die umfassende Schaffung und Weiterentwicklung von Informations- und Unterstützungsangeboten mit niedrigschwelligem Zugang, sowohl analog als auch digital. Angebote wie „Willkommen von Anfang an“, „InKaOst“ oder die Beratungsstelle „ÄLTER WERDEN“ leisten hierbei einen wichtigen Beitrag zur Teilhabe und gesundheitlichen Versorgung – insbesondere für Menschen mit Migrationsgeschichte oder ohne Krankenversicherung.

Bei der Erfassung des Merkmals Migrationshintergrund zeigen sich jedoch noch Lücken. Während im Rahmen der Einschulungsuntersuchungen entsprechende Daten systematisch erhoben und ausgewertet werden, liegt die Erfassung von Daten nach SGB XI nicht in kommunaler Hand. In Bereichen wie der Pflegeberichterstattung oder zahnärztlichen Untersuchungen werden entsprechende Daten durch das Statistische Bundesamt und die Statistischen Landesämter erhoben, sodass hier keine grundsätzlichen Datenlücken bestehen.

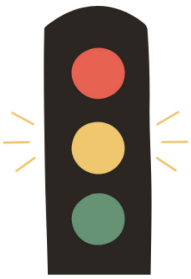
Insgesamt kann festgehalten werden: Die Maßnahmen zur Umsetzung von Ziel 1 wurden überwiegend realisiert. Die bestehende Teilerfüllung bei der Datenerhebung beeinträchtigt das Gesamtbild nur geringfügig, da die praktische Versorgung und Zugänglichkeit deutlich verbessert wurden.

**Ziel 2: Durch eine interkulturelle Öffnung der im Gesundheitswesen tätigen Organisationen wird der Internationalität der Stadt Rechnung getragen.**

[24] Kurzlink Psychosoziales Zentrum für Geflüchtete / VIVA-Stiftung

Die Organisationen und Institutionen des Gesundheitswesens in Kassel sollen sich im Sinne einer interkulturellen Öffnung weiterentwickeln, um der zunehmenden Internationalität der Stadt gerecht zu werden und allen Menschen – unabhängig von Herkunft, Sprache oder kulturellem Hintergrund – einen gleichberechtigten Zugang zur gesundheitlichen Versorgung zu ermöglichen. Zentraler Bestandteil dieses Prozesses ist die Berücksichtigung der sprachlichen Vielfalt durch die Bereitstellung mehrsprachiger Informationen sowie die gezielte Einbindung von ehrenamtlichen Lotsinnen und Lotsen, die Zugewanderten grundlegende Kenntnisse über das Gesundheitssystem vermitteln und bei der Orientierung unterstützen. Darüber hinaus werden sprachliche und kulturelle Begleitangebote für Neuzugewanderte in enger Abstimmung mit bestehenden Strukturen und Trägern weiterentwickelt, um eine möglichst lückenlose Versorgung und Prävention sicherzustellen. Gesundheitspräventive Maßnahmen werden künftig unter aktiver Beteiligung aller relevanten Akteure kooperativ geplant, um Synergien zu nutzen und bedarfsgerechte Angebote zu schaffen.

*Handlungsempfehlung: Mehrsprachige Informationen berücksichtigen die Sprachenvielfalt.*



Die Sprachenvielfalt in der Stadtgesellschaft wird auf unterschiedliche Weise berücksichtigt. Hier sei unter anderem auf die Webseite der Stadt Kassel (https://www.kassel.de) verwiesen, die in verschiedene Sprachen übersetzt werden kann, sodass Menschen mit unterschiedlichem Sprachhintergrund Zugang zu den Informationen der Stadt Kassel erhalten können. Alle Inhalte der Webseite – insbesondere solche Dokumente, die heruntergeladen werden können – müssen zudem barrierefrei sein. Dementsprechend werden auf der Webseite der Stadt Kassel auch audiogestützte Übersetzungsmaßnahmen sowie Inhalte in leichter Sprache angeboten, um die Vorgabe der Barrierefreiheit zu erfüllen und alle Menschen in der Stadt Kassel erreichen und informieren zu können.

Gesundheitsinformationen können ebenfalls in digitaler Form in mehreren Sprachen abgerufen werden. Die Beratungsarbeit in der Beratungsstelle ÄLTER WERDEN erfolgt - falls im Einzelfall benötigt - auch in englischer oder türkischer Sprache; das Hinzuziehen von Sprachmittlungsdiensten oder Dolmetschern wäre ebenfalls möglich.

Der bestehende Pool von Sprachmittlerinnen und Sprachmittlern (zu nennen ist bspw. das beim Caritasverband Nordhessen-Kassel e. V. angesiedelte und durch die Stadt Kassel geförderte Angebot „Trans-it! Sprachmittlung“[25]), wird für unterschiedliche Bereiche im Handlungsfeld genutzt. Das Angebot „Trans-it!-Sprachmittlung“ vermittelt Sprachmittlerinnen und Sprachmittler; dabei handelt es sich allerdings nicht um zertifizierte Dolmetscherinnen und Dolmetscher. Im Kontext des Handlungsfeldes bzw. von Gesundheitsthemen dürfen allerdings Laiendolmetscherinnen und -dolmetscher nicht tätig sein.

Die Handlungsempfehlung ist eine große und komplexe Herausforderung, gerade wenn wir die Umsetzung einer inkludierenden Haltung ernstlich erreichen wollen.

[25] Kurzlink: Trans-it! - Sprachmittlungspool

Sprache ist bei der Versorgung und im Kontext von Beratung und sozialer Interaktion das zentrale Hilfs- und ggf. Behandlungsmittel (bspw. im SOPD). Zum gegenwärtigen Zeitpunkt erscheint die Dolmetschersituation in manchen Arbeits- und Handlungsfeldern ausbaufähig zu sein. Bislang werden oftmals Ehrenamtliche oder Beschäftigte mit den benötigten Sprachkenntnissen bspw. aus dem Verwaltungsbereich hinzugezogen. Ressourcen für Sprachmittlung werden benötigt, da die gesicherte Wirksamkeit von (zwischenmenschlicher) Beziehung inkl. eines präventiven Charakters insbesondere auch über Sprache zu erreichen ist. Sprachmittlung sollte daher idealerweise nur durch entsprechend qualifizierte Sprachmittlerinnen und -mittler erbracht werden und immer jeweils auf die Erfordernisse des Arbeits- und Handlungsfeldes angepasst werden. Kohärenzerleben im gesundheitsfördernden Sinne setzt in puncto Verstehbarkeit, aber auch in der Handhabbarkeit und letztlich der Sinnhaftigkeit eine sprachliche Verbindung geradezu voraus. Sprachmittlung umfasst dabei unter anderem auch die Aspekte der Kulturmittlung.

Übersetzungssysteme mit Spracherkennung und Sprachausgabe hingegen sind nicht geeignet, um eine Sprachmittlung in der Versorgung psychisch kranker Menschen sicherzustellen.

Sprachmittlung in der Gesundheitsversorgung und Pflege – insbesondere im Bereich der Versorgung psychischer Erkrankungen – ist eine anspruchsvolle und verantwortungsvolle Tätigkeit, die eine besondere (kulturelle) Sensibilität, persönliche Eignung und diskriminierungskritische Haltung erfordert.

Neben allgemeinen Dolmetscherkompetenzen (u. a. sprachliche Kompetenzen, Rollenverständnis, berufsethische Grundsätze sowie soziale, emotionale und kommunikative Kompetenzen) gehören hierzu auch Wissen über das Gesundheitssystem in Deutschland sowie fachspezifische Kenntnisse im Bereich der Versorgung psychischer Erkrankungen. Dies umfasst Basiswissen über psychische Erkrankungen und ihre Behandlung sowohl bei Erwachsenen als auch bei Kindern und Jugendlichen, Wissen über interkulturelle Ansätze in der Psychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie sowie eine grundsätzlich kritische Reflektion der eigenen Rolle im Behandlungssetting zu dritt.

Das Thema Mehrsprachigkeit ist nicht nur im Bereich der Gesundheitsversorgung relevant und betrifft auch andere Aspekte des gesellschaftlichen Lebens und ist entscheidend bei der Frage der Teilhabe von Zugewanderten. Das Kapitel zum Handlungsfeld „Interkulturelle Öffnung der Verwaltung“ (vgl. S. 59) befasst sich mit der Frage nach Zugängen zu weiteren Dienstleistungen der Stadt Kassel vor dem Hintergrund von mangelnden Deutschkenntnissen. Alles in allem ist das eine komplexe aber auch zentrale Herausforderung in einer immer vielfältiger werdenden Stadtgesellschaft.

*Handlungsempfehlung: Ehrenamtliche Lotsinnen und Lotsen vermitteln Systemkenntnisse an Zugewanderte.*

**Unabhängige psychiatrische Beschwerdestelle (upB)**[26]

[26] Kurzlink Startseite – Stiftung Unabhängige Patientenberatung Deutschland

Die unabhängige psychiatrische Beschwerdestelle (upB) als ehrenamtliches Organ der Qualitätssicherung und Patientenfürsprache kann und sollte die Gruppe der Zugewanderten noch expliziter in den Fokus nehmen und adressieren.

Die upB steht allen Menschen zur Verfügung, die im Rahmen einer psychiatrisch-psychotherapeutischen Behandlung Nachteile, Unrecht, Diskriminierung oder fachliche Fehler erfahren mussten. Sie sollen gegenüber den Nutzerinnen und Nutzern sicherstellen, dass nicht die Interessen der Institution, sondern die Interessen und Bedürfnisse des bzw. der Beschwerdeführenden im Vordergrund stehen und gewahrt werden.[27]

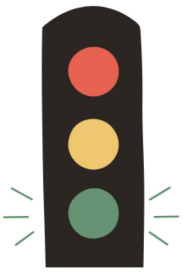
**Interkulturelle Pflegelotsinnen und Pflegelotsen | Referat für Altenhilfe**

Im Rahmen des Modellprojektes „Care-Guides" des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration hat die Stadt Kassel gemeinsam mit dem Verein Berami berufliche Integration e. V. im Jahr 2021 vierzehn interkulturelle Pflegelotsinnen und Pflegelotsen in Themenbereichen rund um das Gesundheits- und Pflegesystem qualifiziert und mit Zertifikaten ausgezeichnet.

Die interkulturellen Pflegelotsinnen und Pflegelotsen fungieren als Wegweiser und Brücke für ratsuchende Migrantinnen und Migranten zu Institutionen und Angeboten im Kontext von Alter und Pflege. Interkulturelle Pflegelotsinnen und Pflegelotsen erleichtern damit pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund und ihren Angehörigen Zugänge zu Pflege- und Unterstützungsstrukturen und deren Angeboten und können Systemwissen vermitteln. Die Gruppe zeichnet sich neben ihrer hohen interkulturellen Kompetenz auch durch eine breite sprachliche Vielfalt aus. Insgesamt kann in neun verschiedene Sprachen beraten und vermittelt werden. Bei Bedarf werden Angehörige oder andere Personen zum Übersetzen hinzugezogen.

Nach Abschluss der Förderung[28] wurde das Projekt an die vorhandenen Strukturen und Netzwerke der Stadt Kassel angebunden. Die interkulturellen Pflegelotsinnen und Pflegelotsen werden von der Beratungsstelle ÄLTER WERDEN fachlich betreut und kontinuierlich bedarfsorientiert weitergeschult (Magistrat der Stadt Kassel (Hrsg.) 2023, S. 19).

*Handlungsempfehlung: Eine sprachliche und kulturelle Begleitung von Neuzugewanderten wird in Abstimmung mit vorhandenen Angeboten und Anbietern realisiert.*



Gesundheits- und pflegerelevante Themen und Beratungsangebote sind stadtweit auch im Kontext der vielfältigen Arbeit und Angebote von Nachbarschaftstreffs und Stadtteilzentren verfügbar. So bietet beispielsweise das Kulturzentrum Schlachthof Kassel das „Café Lebenslust" an (siehe Handlungsfeld *Leben im Stadtteil* S.18).

[27] Kurzlink Unabhängige Beschwerdestellen | familie.hessen.de

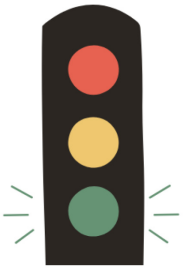
[28] Das Projekt wurde durch das Hessische Ministerium für Soziales und Integration gefördert und wissenschaftlich von der Forschungsstelle des Bildungswerks der Hessischen Wirtschaft begleitet.

Von (aufsuchenden) Angeboten, Projekten und Verweisberatungen profitieren unter anderem auch Neuzugewanderte (vgl. hierzu die Ausführungen Ziel 1).

**Projekt „GRIPS – Kompetent im Alter“[29] | Referat für Altenhilfe**

Vor über 20 Jahren wurde an der Universität Erlangen-Nürnberg das Trainingsprogramm SimA® (Selbständig im Alter) entwickelt und die Wirksamkeit des SimA®-Präventionsprogramms in Bundesforschungsprojekten am Institut für Psychogerontologie der Universität Erlangen-Nürnberg untersucht. Auf diesem Trainingsprogramm basiert bis heute das bundesweit einzigartige Präventionsangebot. An inzwischen über 30 Standorten in Kassel können ältere Menschen im Rahmen von „GRIPS – Kompetent im Alter“ ihr Gedächtnis, Konzentrationsvermögen, Beweglichkeit und Gleichgewicht üben. „GRIPS – Kompetent im Alter“ ist ein gemeinsames Projekt über das Referat für Altenhilfe, des Seniorenreferates der Evangelischen Kirche in Kassel und der Volkshochschule Region Kassel. Einige der GRIPS-Gruppen werden mehrsprachig angeboten (Russisch, Türkisch, Farsi).

*Handlungsempfehlung: Maßnahmen zur Gesundheitsprävention werden gemeinsam von sämtlichen Akteuren geplant.*



Zu dieser Handlungsempfehlung gilt es zunächst anzumerken, dass der Begriff „Gesundheitsprävention“ missverständlich und fachlich nicht korrekt ist und daher durch die Formulierung „Maßnahmen zur Prävention und Gesundheitsförderung“ ersetzt werden sollte.

Zu diesem Themenfeld fand ein regelmäßiger Austausch beim Runden Tisch für Geflüchtete statt, der vom Sozialamt organisiert wird.

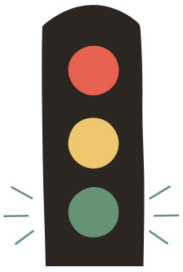
Exemplarisch sei hier zudem auf das Projekt „Gesund Älterwerden in Bettenhausen“, das Projekt „InKaOst“ und „Gesundheitsförderung im Quartier“ verwiesen. Bei diesen Projekten wird in unterschiedlicher Akteurskonstellation kooperativ zusammengearbeitet, um beispielsweise Partizipation und Teilhabe für unterschiedliche Zielgruppen zu ermöglichen. Partizipative Teilhabe und eine Zusammenarbeit unterschiedlicher Akteure wurde zudem im Projekt „Treffpunkt Bewegung – in Ihrem Stadtteil Bewegt im Stadtteil“ stadtweit etabliert.

Bei dem Runden Tisch „Gesund Älterwerden in Bettenhausen“ handelt es sich um einen verstetigten Projektbaustein des partizipativen (Gesundheits-)Forschungsprojektes „Gesunde Stadtteile für Ältere – Age4Health“, das die Hochschule Fulda gemeinsam mit dem Stadtteilzentrum Agathof e. V. und dem Referat für Altenhilfe von 2015 bis 2021 im Rahmen des bundesweiten Forschungsverbundes für gesunde Kommunen PartKommPlus durchführte (vgl. Magistrat der Stadt Kassel, Sozialamt (Hrsg.) 2023, S. 25 f.). Die Steuerungsgruppe, bestehend aus Stadtteilzentrum Agathof e.V., ProjektStadt und Referat für Altenhilfe, setzt weiterhin gemeinsam mit Bettenhäuser Bürgerinnen und Bürgern den Runden Tisch um. Themen sind die vielfältigen Aspekte rund um das Älterwerden und die Ermöglichung von Teilhabe im Stadtteil.

[29] Kurzlink GRIPS - Kompetent im Alter! | Stadt Kassel

Das Projekt „InKaOst“ (**In**tegrierte Handlungsstrategien im **Ka**sseler **Ost**en) hat zum Ziel, die Gesundheit von Menschen in herausfordernden Lebenslagen im Kasseler Osten (Unterneustadt, Bettenhausen, Forstfeld und Waldau) zu stärken, indem mit partizipativer Beteiligung, d. h. in Kooperation mit den dort lebenden Menschen und Ortsbeiräten, umfassende Strategien der Gesundheitsförderung in den Stadtteilen entwickelt und umgesetzt werden.

Maßnahmen zur Gesundheitsförderung und Prävention werden gemeinsam mit unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren, Netzwerken und Zielgruppen innerhalb der Stadt Kassel geplant und umgesetzt.



Ziel 2 wurde insgesamt erfolgreich umgesetzt. Es zeigt sich eine konsequente interkulturelle Öffnung in verschiedenen Bereichen der Gesundheits- und Pflegeversorgung. Besonders wirkungsvoll sind die Maßnahmen zur sprachlichen und kulturellen Begleitung Zugewanderter, etwa durch aufsuchende Angebote in Stadtteilen, nachbarschaftliche Treffpunkte und Projekte mit kultursensibler Ausrichtung.

Die interkulturellen Pflegelotsinnen und -lotsen sind fest in bestehende Beratungs- und Unterstützungsstrukturen eingebunden und leisten durch ihre Sprachkompetenz und systemische Orientierung wichtige Brückenarbeit für Menschen mit Migrationshintergrund.

Auch die gemeinsame Planung gesundheitsfördernder Maßnahmen in Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort wurde durch zahlreiche partizipative Projekte wirksam etabliert.

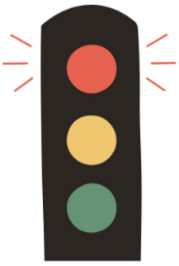
Lediglich bei der mehrsprachigen Informationsbereitstellung besteht noch Nachbesserungsbedarf. Zwar sind erste Strukturen vorhanden (z. B. mehrsprachige Website, Sprachmittlung), doch fehlt eine flächendeckende, professionelle Dolmetscherstruktur, insbesondere im psychischen Gesundheitsbereich.

**Ziel 3: Die im Gesundheitswesen Tätigen werden umfassend interkulturell geschult und fachlich nachqualifiziert.**

Bei dieser Zielformulierung geht es darum, das im Gesundheitswesen tätige Personal in Kassel interkulturell zu schulen, um den Anforderungen einer kulturell vielfältigen Stadtgesellschaft gerecht zu werden. Fachkräfte aus dem Gesundheitswesen sollen durch gezielte Nachqualifizierungsmaßnahmen gestärkt und Kompetenzen vermittelt werden, die für einen professionellen, sensiblen und diskriminierungsfreien Umgang mit Menschen aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten erforderlich sind.

Ein zentrales Element bildet die Verankerung interkultureller Kompetenztrainings als verbindliches Fortbildungsmodul – insbesondere in Krankenhäusern und anderen zentralen Einrichtungen des Gesundheitswesens. Diese Fortbildungen sollen nicht nur Wissen zu kultureller Vielfalt und migrationsbedingten Herausforderungen vermitteln, sondern auch die Reflexion eigener Haltungen fördern und zur Weiterentwicklung diversitätsgerechter Versorgungsstrukturen beitragen.

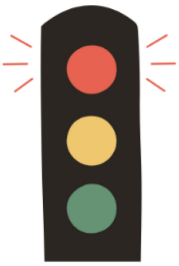
*Handlungsempfehlung: Nachqualifizierungsmaßnahmen für das im Gesundheitswesen tätige Personal werden angeboten.*



Es kann nicht beantwortet werden, inwiefern es gelungen ist, Angebote für Nachqualifizierungsmaßnahmen für das im Gesundheitswesen tätige Personal zu schaffen.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Handlungs-/Steuerungshoheit und Verantwortung für dieses Themenfeld sowie die damit verbundenen Maßnahmen nicht in der Verantwortung der Kommune liegen.

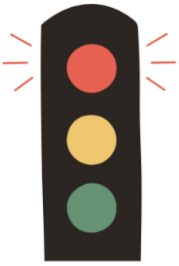
*Handlungsempfehlung: Fortbildungen zu interkulturellen Kompetenzen werden als Pflichtmodul in Krankenhäusern verankert.*



Es kann nicht beantwortet werden, inwiefern es gelungen ist, Fortbildungen zu interkulturellen Kompetenzen als Pflichtmodul in Krankenhäusern zu verankern.

Gesagt werden kann, dass aus fachlicher Perspektive vielfältige Netzwerk- und Austauschstrukturen vorhanden sind.

Grundsätzlich ist anzumerken, dass die Handlungs-/Steuerungshoheit und Verantwortung für dieses Themenfeld sowie die damit verbundenen Maßnahmen nicht in der Verantwortung der Kommune liegen.



Ziel 3 konnte auf Grund mangelnder Zuständigkeit der Stadt Kassel nicht umgesetzt werden. Die Verantwortung hierfür liegt nicht bei der Kommune, sondern bei übergeordneten Institutionen (z. B. Trägern im Gesundheitswesen, Krankenhäusern oder dem Land). Bei einer Fortschreibung des Integrationskonzeptes sollte diese Zieldefinition deswegen gestrichen werden.

## 3.5.Interkulturelle Öffnung der Stadtverwaltung

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung ist ein entscheidender Faktor für das Gelingen von Integration in einer vielfältigen Stadtgesellschaft wie Kassel. Als zentrale Schnittstelle zwischen Bürgerinnen und Bürgern und der kommunalen Daseinsvorsorge prägt die Verwaltung maßgeblich das Vertrauen in staatliches Handeln und die Teilhabechancen aller Menschen – unabhängig von Herkunft, Sprache oder kulturellem Hintergrund.

In einer Stadt, in der ein wachsender Anteil der Bevölkerung eine Migrationsgeschichte hat, muss auch die Verwaltung diese gesellschaftliche Realität widerspiegeln. Eine kultursensible, mehrsprachige und diskriminierungskritische Verwaltung stärkt das Gefühl von Zugehörigkeit und Gleichbehandlung. Sie ermöglicht Zugänge, baut Hemmschwellen ab und schafft Räume, in denen sich alle Bürgerinnen und Bürger mit ihren Anliegen ernst genommen fühlen.

Gleichzeitig profitiert die Verwaltung selbst von einer interkulturellen Öffnung: Divers aufgestellte Teams bringen unterschiedliche Perspektiven, Erfahrungen und Kompetenzen ein, die gerade in einer heterogenen Stadtbevölkerung wichtig sind, um passgenaue Lösungen zu entwickeln. Eine Verwaltung, die Vielfalt als Ressource begreift und strukturell verankert, stärkt ihre Zukunftsfähigkeit und ihre Legitimation als bürgernahe Institution.

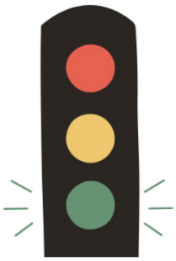
Vor diesem Hintergrund ist die interkulturelle Öffnung kein einmaliges Projekt, sondern eine langfristige Querschnittsaufgabe, die in allen Bereichen mitgedacht werden muss – in der Personalgewinnung, in der Qualifizierung von Mitarbeitenden, in der Gestaltung von Angeboten und Dienstleistungen und im Umgang mit Diskriminierung.

### 3.5.1. Ziele und Handlungsempfehlungen

**Ziel 1: Der Anteil der städtischen Beschäftigten mit Migrationshintergrund wird gesteigert.**

Die Stadt Kassel setzt sich zum Ziel, den Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund in der Stadtverwaltung sowie in städtischen Einrichtungen systematisch zu erhöhen. Damit wird nicht nur die Vielfalt der Stadtgesellschaft in der Belegschaft besser abgebildet, sondern auch ein Zeichen für Chancengleichheit, Diversität und interkulturelle Öffnung im öffentlichen Dienst gesetzt. Zur Erreichung dieses Ziels wird die regelmäßige Erhebung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund fortgeführt, um Entwicklungen sichtbar zu machen und gezielte Maßnahmen ableiten zu können. Ergänzend werden verstärkte Marketingmaßnahmen umgesetzt, um die beruflichen Möglichkeiten im öffentlichen Dienst einer breiteren und vielfältigeren Zielgruppe – insbesondere jungen Menschen mit Migrationsgeschichte – bekannt zu machen. Zudem sollen bestehende und neue Projekte zur Arbeitsmarktförderung gezielt genutzt werden, um weitere Zugänge zu Ausbildung und Beschäftigung in der Stadtverwaltung zu eröffnen. Langfristig trägt dies zu einer inklusiven Personalstruktur bei, die die Stadt nicht nur repräsentativer, sondern auch zukunftsfähiger macht.

*Handlungsempfehlung: Umfrage zum Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund weiterführen*



Bereits in den Jahren 2015 und 2017 ist der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund durch eine Befragung über repräsentative Organisationseinheiten ermittelt worden. Der Beschäftigtenanteil mit Migrationshintergrund lag zum Zeitpunkt der Befragung 2017 bei ungefähr 12,9 %. In den vergangenen Befragungen wurde fast ausschließlich der Migrationshintergrund erhoben. Angesichts der Notwendigkeit, den Status Quo der Bereiche der Charta der Vielfalt zu erheben und Veränderungen in der Zukunft im Verlauf zu erfassen, ist die aktuelle Befragung aus 2024/25 inhaltlich erweitert worden und als Vollerhebung aller Mitarbeitenden konzipiert worden. Die Teilnahme an der Befragung war freiwillig. Im Rahmen der Ausarbeitung der Erhebung sind die politische Ebene, der Datenschutzbeauftragte und der Gesamtpersonalrat der Stadt Kassel beteiligt worden. Neben der Ermittlung des Migrationshintergrundes – wie bereits in den vergangenen Befragungen – sind die Mitarbeitenden in der aktuellen Befragung in Anlehnung an das Diversitäts- und Chancengleichheitssurvey des Bundesinstitutes für Bevölkerungsforschung und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zu ihrer Wahrnehmung des Diversitätsklimas in der Stadt Kassel befragt worden.

„Zur Erfassung des Umgangs von Organisationen mit kultureller Diversität hat sich in der Literatur das Konzept des Diversitätsklimas etabliert. Es zielt darauf ab, das Diversitätsmanagement einer Organisation aus der Binnenperspektive der Beschäftigten zu beurteilen. […] Der Diversitätsklimaindex kann dazu verwendet werden, Konsequenzen kultureller Vielfalt für den Erfolg und die Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung in Deutschland zu überprüfen, Vergleiche zwischen öffentlicher Verwaltung und Privatwirtschaft herzustellen oder Entwicklungen im Diversitätsmanagement der Behörden im Zeitverlauf nachzuvollziehen.“ (Ette et al (2021): 149)[30]

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Die Umfrage soll regemäßig fortgeführt und bei Bedarf um zentrale Fragestellungen oder Indices erweitert werden.

*Handlungsempfehlung: Marketingmaßnahmen, so dass die Möglichkeiten der Berufstätigkeit im öffentlichen Dienst einer größeren Personengruppe bekannt werden*

Die „Herkulesaufgabe“-Kampagne wurde in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Kassel Akademie, der Kindertagesbetreuung Kassel sowie dem Amt für Schule und Bildung, Bildungsmanagement und -planung der Stadt Kassel entwickelt. Ziel ist es, die Stadt Kassel als vielfältige und attraktive Arbeitgeberin zu positionieren und gezielt unterschiedliche Personengruppen

[30] Ette, A., Straub, S., Weinmann, M., & Schneider, NF (Hrsg.).(2021). Kulturelle Vielfalt der öffentlichen Verwaltung

anzusprechen. Zur besseren Sichtbarkeit der beruflichen Möglichkeiten wurde ein Imagefilm produziert, in dem die Vielfalt der Stadtgesellschaft eine zentrale Rolle spielt. Die Hauptrolle übernimmt eine Person mit Migrationsgeschichte, auch unter den städtischen Mitarbeitenden, die im Film mitwirkten, wurde bewusst auf Diversität geachtet.

Begleitend wurde die Karriereseite der Stadt Kassel umfassend überarbeitet. Die neugestaltete Website präsentiert sich nun modern und vielfältig. In den Werbebildern zu Initiativbewerbungen sind gezielt Menschen mit Migrationsgeschichte vertreten. Ergänzt wird das Angebot durch Erklärvideos, in denen Mitarbeitende ihre Berufe vorstellen und Einblicke in den Arbeitsalltag geben.

Auch auf Karriere- und Ausbildungsmessen sowie bei Schulbesuchen ist das Marketing-Team der Stadt aktiv, um für die Stadt als Arbeitgeberin zu werben. Besonders im Fokus stehen dabei Schulen und Stadtteile mit einem hohen Anteil an Kindern mit Migrationsgeschichte, wie etwa das Goethe-Gymnasium, die Georg-August-Zinn-Schule (GAZ) und die Hegelsbergschule. Das Team der Stadt Kassel Akademie arbeitet dabei eng mit dem Übergangsmanagement zusammen und nutzt Formate wie „Insight Stadt Kassel“[31] von der talent cloud, um gezielt junge Menschen anzusprechen.

Ein zentrales Element der Kampagne ist die verstärkte Nutzung der Social-Media-Kanäle der Stadt, insbesondere TikTok und Instagram. Hier werden regelmäßig arbeitsplatzspezifische Werbefilme veröffentlicht, um authentische Einblicke in verschiedene Berufsfelder zu geben. Zusätzlich wird angestrebt, verstärkt in die Quartiere zu gehen, um direkt mit potenziellen Bewerberinnen und Bewerbern ins Gespräch zu kommen. Im Bereich des Social-Media-Marketings setzt das Team bewusst auf gruppenbezogene Darstellungen von Vielfalt. So sind aktuell etwa zwei Auszubildenden mit Migrationsgeschichte Teil der Arbeitgebermarke der Stadt Kassel. Sie sind auf verschiedenen Werbematerialien wie Messeständen, Roll-Ups und Giveaways präsent. Ein großes Projekt für dieses Jahr ist die Erstellung von Ausbildungsportraits in Form von Videos und Fotos, die anschließend auf der Karriereseite sowie den Social-Media-Kanälen der Stadt veröffentlicht werden.

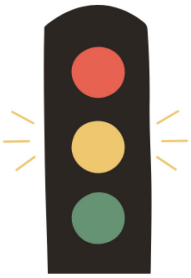
Generell wird bei allen Marketingmaßnahmen großer Wert daraufgelegt, die herrschende Vielfalt in der Kasseler Stadtverwaltung aktiv einzubinden und so die Arbeitgebendenmarke nach außen und innen zu prägen.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Die Marketingmaßnahmen fortführen und ausbauen.
- Marketingmaßnahmen mit Testimonials durchführen.
- Es ist wichtig, die verschiedenen Social-Media-Kanäle zielgruppenspezifisch zu bespielen. Das beinhaltet auch das Aufgreifen von Trends und den Mut auf inhaltlicher und grafischer Ebene innovativ sein zu dürfen.
- Kolleginnen und Kollegen, die sich an Kampagnen zum Thema beteiligen, sollten vom Arbeitgeber die Sicherheit bekommen, im Falle von Hasskommentaren o. ä. Schutz zu erfahren.

*Handlungsempfehlung: Zukünftig sollen weitere Projekte zur Arbeitsmarktförderung genutzt werden, um noch mehr jungen Menschen eine berufliche Perspektive in der Stadtverwaltung zu ermöglichen.*

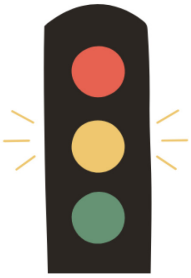
[31] „Insight Stadt Kassel“ ist ein Programm der Stadtverwaltung Kassel, das Schülerinnen, Schülern und Studienzweiflern ermöglicht, verschiedene Arbeitsbereiche der Stadtverwaltung durch Workshops, Führungen und direkte Gespräche kennenzulernen. Ziel ist es, Einblicke in Ausbildungs- und Berufsmöglichkeiten bei der Stadt zu geben und die vielfältigen Aufgaben der Verwaltung praxisnah zu vermitteln.



Um künftig noch mehr jungen Menschen eine berufliche Perspektive in der Stadtverwaltung zu ermöglichen, sollen verstärkt Projekte zur Arbeitsmarktförderung genutzt werden. Bereits bestehende Programme wie die talent cloud der Stadt Kassel Akademie[32], das Übergangsmanagement, „Fit für die Zukunft“ (JAFKA)[33] sowie die Arbeitsmarktstrategie der Stadt Kassel bieten hierfür eine solide Grundlage. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist die Einrichtung einer eigenen Vollzeitstelle, die sich ausschließlich der Akquise und Betreuung von Praktika widmet. Diese Entwicklung unterstreicht den dauerhaften Charakter der Handlungsempfehlung. Perspektivisch könnten sich zudem wertvolle Synergien mit der Unterarbeitsgruppe Arbeitsmarkt ergeben, die eine koordinierte und nachhaltige Weiterentwicklung der Maßnahmen begünstigen würden.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Die Programme sollten fortgeführt und ausgebaut werden.
- Ein Monitoring zur Messung der Effektivität der Maßnahmen sollte eingeführt werden.
- Ansprache der Jugendlichen über den Zugang des Stadtnetzes initiieren.



Die Stadt Kassel hat bereits bedeutende Schritte zur Umsetzung von Ziel 1 unternommen. Die regelmäßige Erhebung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund wurde nicht nur fortgeführt, sondern inhaltlich erweitert. Die aktuelle Vollerhebung 2024/25 berücksichtigt nun auch Aspekte des Diversitätsklimas und folgt wissenschaftlich fundierten Standards, was die Qualität der Datengrundlage deutlich verbessert. Im Bereich Marketing wurde mit der „Herkulesaufgabe“-Kampagne ein wirkungsvolles Instrument etabliert, das Vielfalt sichtbar macht und gezielt junge Menschen mit Migrationsgeschichte anspricht. Social-Media-Aktivitäten müssen künftig noch zielgruppen-spezifischer ausgebaut werden und um den Einsatz von Testimonials ergänzt werden. Auch die Nutzung bestehender Projekte zur Arbeitsmarktförderung ist fortgeschritten. Die Einrichtung einer Vollzeitstelle für Praktikumsakquise zeigt, dass strukturelle Voraussetzungen geschaffen wurden, um jungen Menschen den Zugang zur Stadtverwaltung zu erleichtern. Weitere Schritte wie regelmäßiges Monitoring und der Schutz engagierter Mitarbeitender vor Diskriminierung sind wichtige Ergänzungen,

[32] Die talent cloud ist ein innovatives Ausbildungsprojekt der Stadt Kassel. Auszubildende und Studierende arbeiten dort gemeinsam an realen Aufgaben aus der Verwaltung – praxisnah, teamorientiert und mit agilen Methoden. Ziel ist es, junge Talente gezielt zu fördern, die Ausbildungsquote zu erhöhen und dem Fachkräftemangel aktiv entgegenzuwirken. Erfahrene Ausbildungsbeauftragte begleiten die Lernenden und gestalten mit ihnen die Verwaltung von morgen.

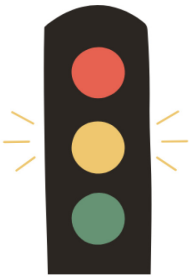
[33] Das Übergangsmanagement der JAFKA gGmbH unterstützt Schülerinnen und Schüler an Haupt- und Realschulen in Kassel beim Übergang von der Schule in den Beruf. An acht Schulen werden praxisnahe Berufsorientierungsangebote durchgeführt, darunter Eignungstests und handwerkliche Übungen. Ziel ist es, die Berufswahl passgenauer zu gestalten, Warteschleifen zu vermeiden und die Ausbildungsquote zu erhöhen. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen begleiten die Jugendlichen individuell und arbeiten eng mit Schulen, Behörden und Familien zusammen.

die künftig Einzug in ein neues Konzept finden sollten. Alles in allem handelt es sich bei diesem Ziel um eine langfristige Aufgabe, die weitergeführt werden muss, um eine dauerhafte Wirkung zu entfalten.

**Ziel 2: Die Beschäftigten der Stadtverwaltung werden auf die heterogene Stadtgesellschaft vorbereitet und agieren kultursensibel.**

Die Stadt Kassel verfolgt das Ziel, ihre Beschäftigten umfassend auf die Anforderungen einer zunehmend heterogenen und internationalen Stadtgesellschaft vorzubereiten. Durch die gezielte Förderung interkultureller Kompetenz soll sichergestellt werden, dass Mitarbeitende der Stadtverwaltung kultursensibel agieren, sprachliche und kulturelle Vielfalt anerkennen und in der Lage sind, professionell und respektvoll mit Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Herkunft zu kommunizieren und zusammenzuarbeiten.

*Handlungsempfehlung: Interkulturelle Trainings weiterführen und ausweiten.*



Die Handlungsempfehlung, interkulturelle Trainings weiterzuführen und auszuweiten, wird als Daueraufgabe verstanden und ist bereits in vielfältiger Form in der Stadtverwaltung verankert. Zahlreiche Aktivitäten und Programme tragen zur Stärkung interkultureller Kompetenzen bei. Dazu zählen unter anderem der interkulturelle Stadtspaziergang sowie verpflichtende Workshops für Auszubildende. In der Vergangenheit wurde das Programm VERIS („Verwaltung interkulturell stärken“) in Kooperation mit dem DGB umgesetzt, das rund 260 Führungskräfte verpflichtend durchliefen.

Auch heute besteht ein breites Fortbildungsangebot, das unter anderem interkulturelle Kompetenzen für Mitarbeitende umfasst. Diese sollen perspektivisch bereits im Onboarding-Prozess angeboten, jedoch nicht verpflichtend verankert werden. Darüber hinaus gibt es vereinzelt dezentrale Maßnahmen einzelner Ämter. So fand Anfang 2023 ein interkulturelles Training für alle Außendienstmitarbeitenden des Ordnungsamtes statt. Für 2024 wurde dort von Seiten der Sachgebietsleitungen jedoch kein aktueller Bedarf gesehen. Im Bürgeramt wurde in den vergangenen zwei Jahren eine Fortbildungsreihe zur „Akzeptanz der Andersartigkeit“ durchgeführt, an der 2023 insgesamt 30, im Folgejahr 18 Mitarbeitende teilnahmen. Das Qualifizierungskonzept des Bürgeramts sieht vor, dass alle Mitarbeitenden mit Kundenkontakt in diesem Bereich geschult sind. Aufgrund personeller Veränderungen ist eine Wiederholung der Schulung im laufenden Jahr vorgesehen.

In der Abteilung für Integration und Zuwanderung des Bürgeramtes bestehen empfohlene, aber nicht verpflichtende Angebote im Rahmen des zentralen Fortbildungsprogramms. Im Sozialamt prägen multikulturelle Teams zunehmend den Arbeitsalltag. Viele Mitarbeitende bringen neben der deutschen Sprache muttersprachliche Kenntnisse mit, was eine bürgernahe Kommunikation ermöglicht. Neue Mitarbeitende werden gezielt auf Fortbildungsangebote hingewiesen, insbesondere auf Schulungen zur interkulturellen Kompetenz. In Auswahlgesprächen wird in sensiblen Bereichen gezielt auf die interkulturelle Kompetenz von Bewerbenden eingegangen, teils anhand praxisnaher Fallbeispiele. Auch die Führungskräfte im Sozialamt legen besonderen Wert auf dieses Thema. Vor dem Hintergrund dieser

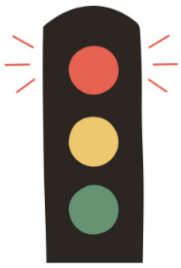
bereits umgesetzten Maßnahmen werden für das laufende Jahr keine zusätzlichen Programme als notwendig erachtet.

Zudem ist die Stadt Kassel seit 2023 eine von zehn Modellkommunen im Projekt KommA „Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass“. Es handelt sich dabei um ein bundesweites Modellprojekt, das Kommunen dabei unterstützt, nachhaltige Strukturen und Prozesse zur Bekämpfung von Rassismus und Hass aufzubauen. Ziel ist es, kommunale Mitarbeitende und Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zu stärken und zu schützen. In Rahmen dieses Projektes wurde unter anderem eine Antirassismus-Schulung für Führungskräfte angeboten, die in Kassel im Frühjahr 2025 umgesetzt wurde.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Die interkulturellen Trainings und Fortbildungen sollen fortgeführt und das Angebot ausgebaut werden. Zudem sollte die Maßnahme *(interkulturelle Trainings weiterführen und ausweiten)* im Rahmen weiterer Mitarbeitendenumfragen ausgewertet werden.
- Die Bedarfe an interkulturellen Kompetenzschulungen sollen sowohl für die Stadtverwaltung als Ganzes als auch für spezifische Teilgruppen geprüft und erhoben werden, z. B. im Rahmen einer zentralen Abfrage.
- Ein Pool an Trainerinnen und Trainern für das Thema sollte etabliert werden und die Angebote sollten nochmal gesondert beworben werden, um die Teilnahmequote und Resonanz zu erhöhen.
- Eine weitere Maßnahme könnte sein, dass alle Fortbildungen, auch die ämterinternen, zentral erfasst werden, um durch Kennzahlen einen transparenten Ist-Zustand zu gewährleisten und Bedarfsabfragen effizient und ganzheitlich zu steuern.
- Sinnvoll könnte ein ämterübergreifendes Brainstorming für neue Formate und Seminarinhalte sein, sodass verschiedene Perspektiven in das zentrale Fortbildungsprogramm einfließen.
- Eine weitere Idee wäre es, pro Jahr ein bis zwei Schulungen für Organisationseinheiten anzufragen und sich so Schritt für Schritt durch die Stadtverwaltung durchzuarbeiten. Das könnte hilfreich sein, um einen einheitlichen Standard in der Stadtverwaltung zu schaffen, der dennoch die individuellen Bedürfnisse der Fachämter bei dieser Thematik berücksichtigt.

*Handlungsempfehlung: Damit auch langfristig Initiativen zur Nachqualifizierung erfolgreich sind, werden die mit der Ausbildung betrauten Fachbereiche auf veränderte Ausgangslagen der Auszubildenden vorbereitet. Dazu sollten Lehrkräfte, Anleiterinnen und Anleiter Gelegenheiten erhalten, um im Rahmen von Fortbildungen ihre interkulturellen Kompetenzen zu stärken.*



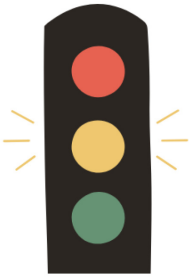
Die aktuelle Formulierung der Handlungsempfehlung wirkt zu komplex und wenig praxisnah. Aufgrund der hohen Fluktuation bei den Ausbildenden ist eine flächendeckende Umsetzung kaum verbindlich möglich, daher nur auf intrinsischer Motivationsbasis möglich.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Neuer Formulierungsvorschlag für Handlungsempfehlung: Es sollte ein Fortbildungsangebot für Ausbildende zum Thema interkulturelle Kompetenz geben.

- Die Ausbilderrate soll durch geeignete Maßnahmen erhöht werden.

*Handlungsempfehlung: Sofern mehrsprachige Veröffentlichungen relevant sind, werden fremdsprachige Übersetzungen auch im Originaltext abgebildet.*



Der Bedarf an mehrsprachiger Kommunikation in der Stadtverwaltung Kassel ist grundsätzlich vorhanden, jedoch zeigt sich in der Praxis, dass häufig unklar ist, wann eine mehrsprachige Veröffentlichung tatsächlich erforderlich oder sinnvoll ist. Diese Unsicherheit erschwert eine systematische und zielgerichtete Umsetzung. Trotzdem gibt es bereits verschiedene Ansätze, um den Zugang zu Informationen und Dienstleistungen für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen zu verbessern. So kann die Website der Stadt Kassel mit Hilfe eines integrierten Tools in mehrere Sprachen und „Leichte Sprache“ übersetzt werden, um grundlegende Informationen für ein breiteres Publikum zugänglich zu machen.

Ein weiterer Baustein ist die Nutzung des Sprachmittlerpools aus dem Projekt „Trans-It“ des Caritasverbandes Nordhessen Kassel e.V. [34]. Zwischen der Stadt Kassel, vertreten durch das Sozialamt und dem Caritasverband besteht ein Rahmenvertrag zur Nutzung des Sprachmittlerpools. Einige Ämter, etwa das Jugendamt, das Gesundheitsamt und das Sozialamt greifen in einigen Bereichen auf dieses Angebot zurück. Für jeden Einsatz wird vom Auftraggeber ein Honorar für die Sprachmittlung inkl. Fahrtkosten sowie ein Verwaltungskostenanteil für die Organisation durch die Caritas gezahlt.

Ergänzend wurde vor allem für den Bereich Schule ein Laiendolmetschendenpool vom Amt für Chancengleichheit ins Leben gerufen. Dieser Pool ermöglicht es, kurzfristig Personen mit entsprechenden Sprachkenntnissen für einfache Dolmetschsituationen einzusetzen – insbesondere dort, wo keine professionellen Dolmetschdienste notwendig sind. Darüber hinaus besteht eine interne Übersicht von mehrsprachigen Mitarbeitenden der Stadt, die sich bereit erklärt haben, Kolleginnen und Kollegen im Falle von Verständnisschwierigkeiten, z. B. beim Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern, mit ihren Sprachkenntnissen zu unterstützen. Dabei besteht Einigung darüber, dass dies den Ausnahmefall bilden sollte, um die Kapazitäten der Mitarbeitenden nicht von ihrem eigentlichen Aufgabenbereich abzuziehen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich beim Thema Mehrsprachigkeit ein gemischtes Bild abzeichnet. Durch mehrsprachige Veröffentlichung, die Möglichkeit, Informationen von kassel.de in unterschiedliche Sprachen übersetzen zu lassen und den Einsatz von Sprachmittlern in einigen Bereichen der Stadtverwaltung, wird Mehrsprachigkeit bereits an einigen Stellen miteinbezogen und praktiziert. Trotzdem stellt für Menschen mit geringen Deutschkenntnissen die Verständigung immer noch eine große Hürde dar.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Prüfen in wie fern KI-gestützte Lösungen/Übersetzungsapps verwendet werden können, um Sprachbarrieren abzubauen.

[34] Kurzlink Trans-it! - Sprachmittlungspool

In Bezug auf Ziel 2 wurden im Berichtszeitraum einige Maßnahmen ergriffen, um die Beschäftigten der Stadt Kassel hinsichtlich der kulturellen Vielfalt der Stadtgesellschaft zu sensibilisieren. Interkulturelle Trainings sind in verschiedenen Bereichen etabliert worden, etwa im Rahmen des Programms VERIS, das auf Führungskräfte abzielte oder bei Auszubildenden. Auch dezentrale Formate zur Förderung von interkultureller Kompetenz – z. B. im Ordnungsamt oder Bürgeramt – wurden durchgeführt.

Gleichzeitig besteht noch Optimierungsbedarf hinsichtlich Einheitlichkeit und Verbindlichkeit. Schulungen sind freiwillig und nicht systematisch erfasst, wodurch eine ganzheitliche Steuerung und Evaluation erschwert wird. Strukturelle Ergänzungen wie ein fester Trainerinnenpool, eine zentrale Erhebung des Schulungsbedarfs und ein Brainstorming für neue Formate und Seminarinhalte, um verschiedene Perspektiven in das zentrale Fortbildungsprogramm einfließen zu lassen, könnten sinnvolle Ergänzungen sein, um weitere Erfolge in dem Bereich zu erzielen. Es bleibt eine Daueraufgabe, die zentral verankert werden sollte.

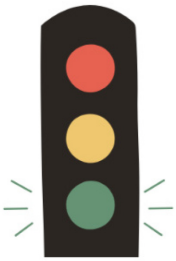
Beim Thema Mehrsprachigkeit gibt es bereits funktionierende Ansätze (z. B. Sprachmittlerpools, Übersetzungstools), jedoch fehlt eine systematische Strategie zur Bedarfsfeststellung und Anwendung. Der Einsatz technischer Lösungen könnte hier neue Potenziale erschließen.

Insgesamt ist der Umsetzungsstand als solide mit deutlichem Entwicklungspotenzial einzustufen. Die bereits ergriffenen Maßnahmen bilden eine gute Grundlage, müssen aber stärker koordiniert, verpflichtender gestaltet und umfassender evaluiert werden.

**Ziel 3: Die Servicequalität der städtischen Dienstleistungen wird durch den Abbau von Zugangsbarrieren und Hemmschwellen weiter verbessert.**

Die Stadt Kassel verfolgt das Ziel, die Servicequalität ihrer Dienstleistungen weiter zu steigern, indem bestehende Zugangsbarrieren und Hemmschwellen systematisch abgebaut werden. Insbesondere Menschen mit Migrationshintergrund sowie weitere benachteiligte Gruppen sollen öffentliche Serviceleistungen möglichst niedrigschwellig, verständlich und diskriminierungsfrei in Anspruch nehmen können.

*Handlungsempfehlung: Relaunch des Internetauftritts unter Berücksichtigung von Aspekten einer „Leichten Sprache“.*



„Leichte Sprache“ wurde auf der Internetseite stark ausgebaut.

*Handlungsempfehlung: Interessensvertretungen der Migrantinnen und Migranten werden einbezogen, um Entscheidungsprozesse transparent darzustellen, Aufgaben kultursensibel abzustimmen und spezifische Sichtweisen und Erfahrungen bzw. Kompetenzen aufgreifen zu können.*

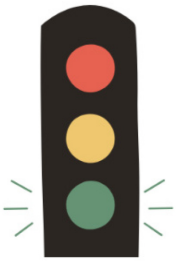
Die Handlungsempfehlung zielt auf eine stärkere Einbindung von Interessenvertretungen von Migrantinnen und Migranten in kommunale Entscheidungsprozesse ab, um Transparenz, kulturelle Sensibilität und Perspektivenvielfalt zu fördern. Bereits bestehende Strukturen und Maßnahmen bilden hierfür eine solide Grundlage.

Mit der Verstetigung von ALL IN[35]wurde ein wichtiger Schritt hin zu einer dauerhaften und strukturell verankerten Beteiligung unternommen. Darüber hinaus sind der Ausländerbeirat sowie der Arbeitskreis Muslimischer Gemeinden aktiv in den Runden Tisch Integration eingebunden, was eine kontinuierliche Mitwirkung an relevanten Themen sicherstellt. Ergänzt wird dies durch den Rat der Religionen, der als Plattform für den interreligiösen Austausch dient und vielfältige Perspektiven sichtbar macht. Außerdem wurde die Muslimische Notfallbegleitung ausgebaut[36].

*Handlungsempfehlung: Die Stadtverwaltung Kassel wird zukünftig die Angebote der Antidiskriminierungsstelle aufgreifen und innerhalb der vorhandenen Strukturen Informationen und Beratungsangebote kommunizieren und eine enge Zusammenarbeit mit der Antidiskriminierungsstelle anstreben.*

[35] **ALL IN** startete als ein vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) gefördertes Projekt, das Migrantenselbstorganisationen (MSO) in Kassel durch die Bereitstellung von Büroräumen, technischer Ausstattung sowie fachlicher Beratung unterstützte. Ziel war die Stärkung ehrenamtlicher Integrationsarbeit, die Professionalisierung der Vereinsstrukturen und die Förderung von Projektentwicklung und Drittmittelakquise. Die Servicestelle wurde beim AKGG und dem Freiwilligenzentrum Region Kassel angesiedelt. Mittlerweile wurde das Projekt aus Mitteln der Stadt Kassel verstetigt und befindet sich in der Trägerschaft der Viva-Stiftung.

[36] Kurzlink Muslimische Notfallbegleitung | Stadt Kassel

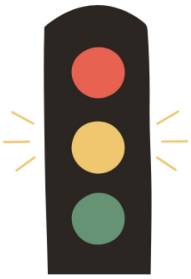


Die Stadt Kassel hat seit dem 01.01.2024 einen Antidiskriminierungsbeauftragten, welcher mit der AGG-Stelle zusammenarbeitet. Außerdem ist Kassel eine von 10 Modellkommunen im Projekt KommA, das von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und der Beauftragten der Bunderegierung für Antirassismus initiiert wurde (siehe Ausführungen dazu in Ziel 2).

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Interkommunaler Austausch: Eine Möglichkeit, sich beim Thema interkulturelle Öffnung der Verwaltung in der Stadtverwaltung Kassel weiterzuentwickeln, ist, in den interkommunalen Austausch zu gehen. Best Practice-Beispiele helfen häufig bei der effizienten Umsetzung von Vorhaben. Beispielhaft wurden hier die Kommunen Essen, Bonn und Bielefeld angefragt.

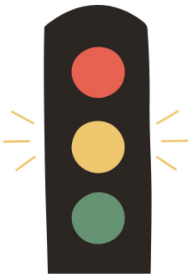
*Handlungsempfehlung: Identifizierung von und Vernetzung mit Akteurinnen und Akteuren der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit.*



Mit der Einrichtung des kommunalen Antidiskriminierungsbeauftragten wurde die Identifizierung und Vernetzungsarbeit mit den lokalen zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren der Antirassismus- Antidiskriminierungsarbeit zusätzlich forciert. Zentrale Vernetzungspartner der Stadt sind u. a.:

- Das Antidiskriminierungsnetzwerk Nordhessen,
- ADiBe Netzwerk Hessen,
- reponse. – Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt,
- Das Sara Nussbaum Zentrum für Jüdisches Leben,
- Die VIVA Stiftung gGmbH und
- Der Paritätische Hessen - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Hessen e. V.

Die Vernetzungsarbeit dient primär dem fachlichen Austausch, der Bündelung von fachlichen Ressourcen und der Identifizierung möglicher Kooperationen für die Handlungsfelder Antirassismus und Antidiskriminierung. Die Vernetzung mit den oben genannten Akteuren ist etabliert, allerdings kommen in diesem Bereich absehbar neue Akteure dazu, sodass diese Handlungsempfehlung eine Daueraufgabe des Antidiskriminierungsbeauftragten darstellt.



In Hinblick auf Ziel 3, das die Verbesserung der Servicequalität der städtischen Dienstleistungen durch den Abbau von Zugangsbarrieren in den Fokus nimmt, gab es einige Fortstritte. Der Internetauftritt wurde in „Leichter Sprache“ ausgebaut, was den Zugang für Menschen mit Verständnishürden erleichtert. Die Einbindung von Interessenvertretungen wie dem Ausländerbeirat, dem Arbeitskreis Muslimischer Gemeinden sowie dem Rat der Religionen im jährlich stattfindenden Runden Tisch Integration stellt sicher, dass diverse Perspektiven in die Arbeit der Stadtverwaltung einfließen. Ein Antidiskriminierungsbeauftragter arbeitet seit Januar 2024 in enger Kooperation mit der AGG-Stelle. Kassel beteiligt sich zudem als Modellkommune am bundesweiten Projekt KommA und das Amt für Chancengleichheit vernetzt sich intensiv mit zivilgesellschaftlichen Akteuren im Bereich Antirassismus und Antidiskriminierung, um Synergien zu schaffen und Fachwissen zu bündeln. Gleichzeitig sind einige Hürden, wie etwa Verständigungsprobleme im Kontakt mit städtischen Stellen und Ansprechpersonen noch nicht zu genüge gesenkt worden, um eine einen barrierefreien Zugang zu Dienstleistungen, v.a. für Menschen ohne oder nur mit geringen Deutschkenntnissen sicherzustellen.

## 3.6.Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens

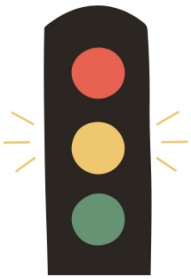
Die Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens durch zugewanderte Menschen in Sport, Kultur und Politik ist essenziell für ein vielfältiges, demokratisches und gelungenes Miteinander. Wenn Menschen mit Migrationsgeschichte aktiv teilhaben, stärken sie den sozialen Zusammenhalt, bringen neue Perspektiven ein und gestalten eine Stadt, die ihre Realität widerspiegelt. Ihre Beteiligung fördert Chancengleichheit, kulturelle Vielfalt und gegenseitiges Verständnis. Deswegen soll die kulturelle und gesellschaftliche Vielfalt der Stadtbevölkerung sich stärker in den städtischen Angeboten und Strukturen widerspiegeln. Kulturelle Projekte sollen Menschen dazu einladen, sich selbst als Kulturschaffende zu erleben und interkulturelle Perspektiven einzubringen. Gleichzeitig sollen städtische Kultureinrichtungen ihre Ausstellungen und Vermittlungsformate internationaler gestalten. Auch im Sport sollen mehr Menschen mit Migrationshintergrund eingebunden werden. Besonders Frauen sollen durch Qualifizierungsprogramme als Übungsleiterinnen gestärkt und als Brückenbauerinnen in Sportvereine integriert werden. Kasseler Sportvereine erhalten dabei Unterstützung bei ihrer interkulturellen Öffnung.

Darüber hinaus wird angestrebt, dass sich mehr Menschen mit Migrationsgeschichte aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung der Stadt beteiligen. Der Zugang zu bestehenden Vereinen soll erleichtert und Migrantenorganisationen stärker in die städtischen Netzwerke und Verbandsstrukturen eingebunden werden. Politische Parteien werden aufgefordert, ihre Ziele an die Lebensrealitäten von Menschen mit Migrationshintergrund anzupassen und deren Beteiligung zu fördern. Zudem sollen Einbürgerungswünsche durch gezielte Maßnahmen unterstützt und sichtbar gemacht werden. Strukturell verankerte Antirassismusarbeit bildet die Grundlage für ein nachhaltiges, diskriminierungsfreies Zusammenleben.

## 3.6.1. Ziele und Handlungsempfehlungen

**Ziel 1: Die heterogene Stadtbevölkerung wird sich in der Vielfalt der Kulturangebote widerspiegeln.**

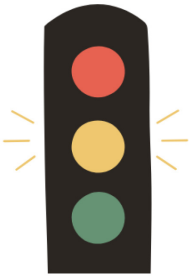
*Handlungsempfehlung: Im Rahmen von sozialräumlich angesiedelten Kulturprojekten werden die Teilnehmenden eingeladen, sich selbst und andere auch als Kulturschaffende zu erleben.*



Verschiedene Projekte in den Stadtteilen widmen sich der kulturellen Teilhabe. Neben Projekten der kulturellen Bildung werden insbesondere kulturelle Zugänge angestrebt. Hier sind Communities oder bestimmte Zielgruppen im Fokus, für die der Zugang zu Kunst und Kultur erschwert ist. Der Schwerpunkt liegt auf der Wirkung von Kunst und Kultur auf die Beteiligten und das Zusammenleben. Einige Projekte sind temporär angelegt (auch der Projektförderung geschuldet), andere haben sich verstetigt und stellen ein langfristiges Angebot, z. B. das Sandershaus in Bettenhausen (z. B. Salonmusik), das Tschilla in der Nordstadt, Graffiti-Guide „Street-Art to go“, das storytales-Festival der Buchkinder (Schlachthof und Jugendbibliothek), diverse Projekte der Stadtbibliothek, verschiedene Medienprojekte u. a. der Aktiven Medienwerkstatt, theaterpädagogische partizipative Audiowalks, Workshops und Theaterprojekte, z. B. von CollACTiv (diverse Stadtteile). Der „Gewächshaus e.V.“ in der Innenstadt Kassels bietet seit 2024 einen besonderen Raum für Kinder und ihre Eltern. Unter anderem werden hier auch kulturelle Vermittlungsangebote gemacht.

Seit 2023 ist das Projekt ‚Hier im Quartier‘, das zunächst über ein Bundesprogramm gefördert wurde, über städtische Förderung verstetigt. Es hat sich zum Ziel gesetzt, mit partizipativen Kunst- und Kulturworkshops die Bewohnerinnen und Bewohner der nördlichen Kasseler Stadtteile Wesertor, Nord-Holland und Rothenditmold in einen kreativen Austausch zu bringen. Mit kostenfreien Angeboten bringt das Projekt nicht nur die Menschen aus den Stadtteilen zusammenbringen, sondern nutzt Kunst als Werkzeug zur gemeinschaftlichen Gestaltung des eigenen nachbarschaftlichen Umfeldes. Hierzu arbeitet ‚Hier im Quartier‘ mit lokalen Künstlerinnen und Kulturschaffenden zusammen, mit denen Workshop-Formate und Aktionen im öffentlichen Raum entwickelt werden. Die inhaltliche Ausrichtung orientiert sich dabei an aktuellen Anliegen, Problemen und Potenzialen in den Stadtteilen.

*Handlungsempfehlung: Städtische Kultureinrichtungen werden im Rahmen ihrer Ausstellungs- und Kulturvermittlungspraxis der Internationalität der Besucherinnen und Besucher gerecht.*

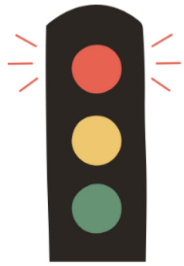


Die jährlich stattfindende und vom Kulturamt veranstaltete Museumsnacht hat es sich zur Aufgabe gemacht, die kulturelle Teilhabe stärker in den Blick zu nehmen und entsprechende Angebote künftig zu forcieren. Zur Stärkung und Förderung der Barrierefreiheit lag der Fokus in 2023

und 2024 auf Mehrsprachigkeit. Dies wurde zum einen durch die Anpassung der Kommunikationsmittel in mehreren Sprachen, den Kontakt zu den Communities und Vereinen, die Zusammenarbeit mit dem Amt für Chancengleichheit und zum anderen durch ein niedrigschwelliges, mehrsprachiges und vielfältiges Programm der teilnehmenden Häuser erreicht. Erstmals wurden ausgewählte Veranstaltungspunkte und die Eröffnungsreden simultan in Gebärdensprache übersetzt. Dieses Angebot wurde sehr gut angenommen. Weiterhin erhielten ausgewählte migrantische Communities aus der Stadt eine Einladung zur Museumsnacht.

Viele teilnehmende Häuser entwickelten Veranstaltungsformate in mehreren Sprachen, von Führungen über Mitmachaktionen bis hin zu Filmen. Dies schuf eine breite Auswahl an Möglichkeiten zur Teilhabe in verschiedensten Sprachen – etwa in Englisch, Türkisch, Ukrainisch, Arabisch und Chinesisch. Diese Angebote wurden gut angenommen. Die teilnehmenden Institutionen berichten insgesamt über einen Anstieg der Teilnahme von Besucherinnen und Besuchern mit Migrationshintergrund und aus fremdsprachigen Communities.

*Handlungsempfehlung: Das Pilotprogramm „Transkulturelle Bildung“ wird gestartet.*



Zu diesem Programm ist nichts bekannt.

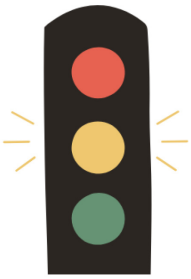
Das Ziel wird grundsätzlich gut verfolgt und es gibt zahlreiche vielfältige und inklusive Projekte, die kulturelle Teilhabe fördern und auf die Bedürfnisse verschiedener Communities eingehen. Insbesondere die Verbesserung der Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit bei städtischen Veranstaltungen zeigt Fortschritte.

Allerdings sind viele Projekte noch temporär und von Förderungen abhängig, was die Nachhaltigkeit und langfristige Verankerung der kulturellen Teilhabe einschränkt. Auch wenn erste Erfolge bei der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund sichtbar sind, bleibt die volle Integration aller Zielgruppen sowie die dauerhafte Umsetzung einer umfassenden Diversität in Kulturangeboten eine Herausforderung. Daher ist die Ampel noch nicht grün, sondern gelb, da das Ziel in Arbeit ist, aber noch Entwicklungspotenzial besteht.

**Ziel 2: Mehr Menschen mit Migrationsintergrund werden Zugang zu Sportvereinen finden und sportlich aktiv werden.**

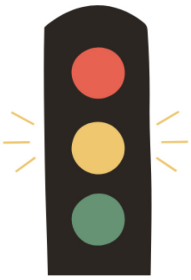
*Handlungsempfehlung: Programme, die Frauen mit Migrationshintergrund als Übungsleiterinnen in Sportvereinen qualifizieren, so dass diese als Multiplikatorinnen und Schlüsselpersonen den Zugang für weitere Frauen erleichtern, werden fortgeführt.*

*Handlungsempfehlung: Kasseler Sportvereine erhalten Begleitung bei der interkulturellen Öffnung.*



Hier gibt es bereits eine lange Tradition der Schulungen durch den Landessportbund, die auch im Berichtszeitraum weitergeführt wurden. Kassel beteiligt sich am Programm „Sport integriert Hessen“ durch das über Sport-Coaches die Integration und Teilhabe durch Sport für Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund sowie sozial Benachteiligte durch besondere Angebote ermöglicht wird. „Treffpunkt Bewegung“ wird auch in der Nordstadt angeboten und eine Kooperation mit dem Verein BENGI e.V. wird hierfür angestrebt.

Beim im Stadtteil Wesertor angesiedelten ACT[37] wurden 2023 kleine Begegnungsräume geschaffen und durch das Förderungprogramm „Sozialer Zusammenhalt“ finanziert. Der ACT ist als größter und ältester Verein Kassels ein Schmelzpunkt für Integration. Dort werden Kinder, Jugendliche sowie alle weiteren Altersgruppen über den Sport integriert. Ein Projekt beispielhaft benannt: SISTAFIT.  Ziel des Projekts ist es, Frauen in einem geschützten Raum zu aktivieren und zu unterstützen. Dabei wird besonderen Wert gelegt auf ein vertrauliches Umfeld, in dem sich jede Frau auf angenehme Art und Weise sportlich und frei entfalten kann. Das effektive Training mit dem eigenen Körpergewicht fördert nicht nur physische, sondern auch mentale Stärke.



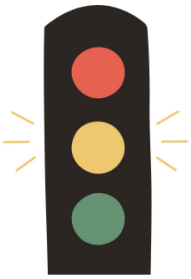
Die bereits laufenden Projekte zeigen eine positive Entwicklung und ein klares Engagement für Teilhabe durch Sport. Allerdings ist der systematische Zugang zu allen Sportvereinen noch nicht flächendeckend erkennbar, und nachhaltige Strukturen zur langfristigen Integration und zur Qualifizierung von Frauen als Übungsleiterinnen müssen weiter ausgebaut werden. Daher ist das Ziel auf einem guten Weg, aber noch nicht voll erreicht.

[37] Kurzlink: ACT Kassel

**Ziel 3: Mehr Menschen mit Migrationshintergrund werden sich aktiv an der gesellschaftlichen Entwicklung der Stadt beteiligen.**

*Handlungsempfehlung: Mehr Migrantinnen und Migranten sind Mitglieder in etablierten Vereinen. Die interkulturelle Öffnung von Vereinen wird vorangetrieben, so dass die Mitgliedschaft auch für Menschen mit Migrationshintergrund attraktiv ist.*

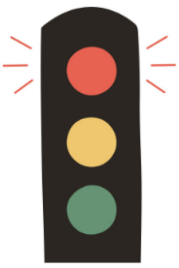
*Handlungsempfehlung: Migrantenorganisationen beteiligen sich an allgemeinen Vernetzungsstrukturen der Stadt und werden stärker in bestehende Verbandsstrukturen einbezogen, damit ihre Interessen Berücksichtigung erfahren und ein Dialog gefördert werden kann.*



Für die Vereine gibt es durch die verschiedenen Fachämter der Stadtverwaltung ein umfangreiches Angebot zur Vernetzung und Weiterbildung, das gut angenommen wird. Eine zentrale Rolle nehmen hierbei die organisierten Formate der Engagementförderung durch die Sozialplanung ein, wie z. B. zuletzt das Vereinsforum. Dabei wird deutlich, dass sich die Vielfältigkeit der Kasseler Stadtgesellschaft auch in den Vereinen gut widerspiegelt, bei den jüngeren Vereinen und Vereinsmitgliedschaften stärker als bei älteren. Es gibt eine Entwicklung dahin, dass auch für Migrantinnen und Migranten und für eine Vereinszugehörigkeit die Erreichbarkeit sowie der Vereinszweck ein größeres Gewicht haben als andere Erwägungen.

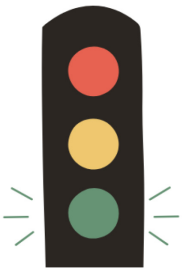
Gleichzeitig nehmen migrantische Vereine, für die z. B. die Kultur des Herkunftslandes oder Unterstützung von neu Angekommenen aus den Herkunftsländern Vereinsinhalt ist und die somit einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren der Stadtgesellschaft leisten, Angebote zur Vernetzung und weiteren Professionalisierung gut an. Eine wichtige Unterstützungsstruktur für einen Teil dieser Vereine ist die Servicestelle ALL IN bei der Viva-Stiftung, die nach der Inanspruchnahme von externen Fördermitteln in 2023 in Teilen und seit 2024 komplett von der Stadt finanziert wird.

*Handlungsempfehlung: Politische Parteien sind dazu aufgefordert zu prüfen, ob und wie ihre parteipolitischen Ziele Menschen mit Migrationshintergrund bekannt sind und diese Ziele die Lebensrealität der Adressaten erreichen.*



Diese Handlungsempfehlung sollte überarbeitet werden: Der Schwerpunkt sollte auf politische Partizipation in einem allgemeineren Sinne gelegt werden, ggf. ausdifferenziert in mehrere Handlungsempfehlungen.

*Handlungsempfehlung: Einbürgerungswünschen wird durch geeignete Maßnahmen wie der Einbürgerungsinitiative Rechnung getragen und sie werden durch gesteigerte Einbürgerungsanträge sichtbar.*



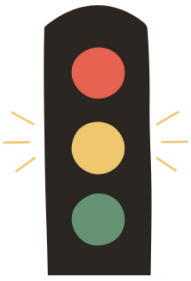
In den Jahren vor dem Berichtszeitraum wurde der Handlungsempfehlung nachgekommen. Eine Projektgruppe hat verschiedene Maßnahmen beraten und auch durchgeführt, so eine Kampagne mit persönlichen Anschreiben. Der Projektgruppe wurde aber schnell klar, dass eine signifikante Steigerung der Antragszahlen sicherlich eher durch einen Wegfall einer gesetzlichen Anforderung, der Verpflichtung zur Aufgabe der bisherigen Staatsangehörigkeit, erreicht werden könne. Dies war eine Rechtsänderung, die zu dem Zeitpunkt der Kampagne auf Bundesebene politisch nicht umsetzbar war.

Die Gesetzesänderung wurde erst am 27.6.2024 durch die letzte Bundesregierung verabschiedet.

Zusätzlich wurde durch das neue Gesetz die Zeit des rechtmäßigen Aufenthaltes in Deutschland von acht Jahren auf fünf Jahre für eine Anspruchseinbürgerung herabgesetzt.

Bereits im Vorfeld und vor allem nach dem Inkrafttreten des neuen Staatsangehörigkeitsgesetzes wurden die Einbürgerungsbehörden in ihrer Einschätzung bestätigt. Lag die Antragszahl im Jahr 2014 noch bei 577 Anträgen, erfolgte in den Jahren 2021-2024 eine „Antragsexplosion“ von 1172, über 1420 und 1728 bis zu 2572 Anträgen.

*Handlungsempfehlung: Nachhaltige und strukturell verankerte Projekte zur Antirassismusarbeit werden implementiert.*

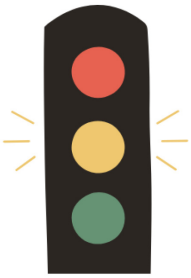


Seit 1.1.2024 ist der Antidiskriminierungsbeauftragte der Stadt Kassel tätig, der unter anderem im Bereich Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt an strukturellen Maßnahmen mitwirkt.

Im WIR-Vielfaltszentrum wird zum Thema Antirassismus gearbeitet und das Amt für Chancengleichheit hat die Koordination der Veranstaltungen zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus übernommen.

**Neue Ziele/Handlungsempfehlungen:**

- Der Bereich Antirassismus soll ein neues Handlungsfeld im Integrationskonzept werden.



Es bestehen tragfähige Ansätze und erste sichtbare Erfolge in der interkulturellen Öffnung der Vereinsarbeit und im Bereich der Einbürgerung. Gleichzeitig bleibt der Bereich der politischen Partizipation unzureichend entwickelt, und die Antirassismusarbeit muss noch stärker strukturell verankert werden. Daher wird das Ziel teils erreicht, bedarf aber weiterer Ausdifferenzierung und Maßnahmen.

# 4. Der Runde Tisch Integration

Der *Runde Tisch Integration* der Stadt Kassel ist ein jährlich stattfindendes interdisziplinäres Fachforum, das von der Integrationsbeauftragten organisiert und geleitet wird. Er dient dem Austausch über die Fortschritte in den verschiedenen Handlungsfeldern des Integrationskonzeptes der Stadt Kassel. Ziel ist es, den aktuellen Umsetzungsstand des Integrationskonzeptes zu evaluieren, Herausforderungen zu identifizieren und Empfehlungen für zukünftige Maßnahmen zu erarbeiten.

Teilnehmende des Runden Tisches sind politische Vertreterinnen und Vertreter, Mitglieder des Ausländerbeirats, zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, die u. a. im Arbeitskreis Integration aktiv sind, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Stadtverwaltung. Sie diskutieren gemeinsam über Fortschritte und Herausforderungen in den verschiedenen Handlungsfeldern, die im Integrationskonzept festgelegt wurden.

Die Ergebnisse und Empfehlungen des Runden Tisches werden dokumentiert und den relevanten städtischen Gremien vorgelegt. Dadurch wird sichergestellt, dass die Diskussionen und Erkenntnisse des Fachforums in konkrete politische Maßnahmen und Programme einfließen können.

Der Runde Tisch Integration versteht Integration als fortwährenden Prozess, der durch gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe und Zugehörigkeit gefördert wird. Dabei steht das Ziel im Vordergrund, eine diverse Stadtgesellschaft zu fördern und dazu beizutragen, dass allen Menschen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ermöglicht wird.

## 4.1. Der Runde Tisch Integration 2023

Nach pandemiebedingter Pause fand der Runde Tisch Integration 2023 erstmals wieder statt – organisiert vom Amt für Chancengleichheit der Stadt Kassel. Im Mittelpunkt stand die Bestandsaufnahme in den Handlungsfeldern des Kasseler Integrationskonzepts. Verschiedene Ämter präsentierten ihre Arbeit im Bereich Integration in Form von Postern und Vorträgen. Die Veranstaltung bot nicht nur neue Einblicke, sondern auch Raum zur Netzwerkpflege. Mit über 100 Gästen war der Austausch ein voller Erfolg. Folgende Themen wurden dabei vorgestellt und diskutiert:

**Interreligiöser Dialog in Kassel**:

Der Rat der Religionen ist ein freiwilliger Zusammenschluss von Religionsgemeinschaften in Kassel, der sich für ein respektvolles und friedliches Miteinander engagiert. Ziel ist es, den Stadtfrieden durch gegenseitigen Dialog und Zusammenarbeit zu fördern. Der Rat lehnt Diskriminierung, Gewalt und religiöse Intoleranz ab. Der „Runde Tisch der Religionen" dient als Plattform für den gleichberechtigten Austausch zwischen Vertreterinnen und -vertreter von derzeit 20 Glaubensgemeinschaften, darunter christliche Konfessionen, muslimische Gemeinden, die jüdische Gemeinde sowie Bahai, Buddhisten und weitere.

**Sozialplanung und Altenhilfe**:

Der Runde Tisch „Engagement für Geflüchtete" verbindet rund 200 Akteurinnen und Akteure im Themenfeld Migration. Im Bereich der Altenhilfeplanung liegt der Fokus vermehrt auf älteren Menschen mit Migrationshintergrund, deren Zahl stetig steigt. Um diesen Zugang zur Altenhilfe zu erleichtern, arbeiten zertifizierte interkulturelle Pflegelotsinnen und -lotsen gemeinsam mit der Beratungsstelle ÄLTER WERDEN. In den Communities informieren sie über Unterstützungsmöglichkeiten und Angebote zum Thema Altenhilfe.

**Sprache und Integration – Kommunale Arbeitsförderung**:

Sprachkompetenz ist ein zentraler Faktor für erfolgreiche Arbeitsmarktintegration. Laut einer Befragung sehen 85,3 % der Unternehmen mangelnde Sprachkenntnisse als größtes Hindernis bei Einstellungen. Die Stadt Kassel begegnet dem mit vielfältigen Angeboten wie Sprachcafés, Kursen für Geflüchtete und einem speziellen Azubi-Sprachcoaching. Ziel ist es, die Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern und gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

**Berufsqualifizierung – Kommunale Arbeitsförderung**:

Berufsabschlüsse bilden – neben der Sprache – das Fundament für eine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt. In Deutschland sind viele Berufe reglementiert, weshalb eine Anerkennung von Qualifikationen oft erforderlich ist. Die Stadt Kassel unterstützt zugewanderte Menschen bei der Nachqualifizierung sowie bei Anerkennungsverfahren, um ihnen Wege in qualifizierte Beschäftigung zu eröffnen.

**Beschäftigung und Teilhabe – Kommunale Arbeitsförderung**:

Arbeitsgelegenheiten fördern nicht nur Qualifikationen, sondern stärken auch das Selbstwertgefühl der Teilnehmenden. Durch regelmäßige Arbeit, sozialen Austausch und neue Erfahrungen werden Lebensqualität und gesellschaftliche Teilhabe erhöht. Angebote reichen von handwerklichen Tätigkeiten über Tierpflege bis zu Einsätzen in Stadtteilzentren oder im Garten- und Landschaftsbau.

**talentCAMPus – Kulturelle Bildung für Kinder und Jugendliche**:

Mit dem talentCAMPus bietet die Stadt Kassel gemeinsam mit dem DVV ein kostenloses Ferienbildungsprogramm an, das Kinder und Jugendliche im Alter von 6 bis 18 Jahren kulturell stärkt – unabhängig von Herkunft oder Bildungshintergrund. Seit 2013 ist Kassel Teil des Programms „Kultur macht stark" des BMBF. Pro Jahr nehmen bis zu 950 junge Menschen teil. Das Angebot umfasst Workshops wie Graffiti, Tanz, Radio oder Video – niedrigschwellig und ohne Vorkenntnisse.

**Bildung und Begegnung im Quartier – Wöhler 22**:

Das Wöhler-Quartier in der Kasseler Nordstadt ist ein Ankunftsraum für viele Zugewanderte. Sprachbarrieren, geringe Ortskenntnis oder finanzielle Engpässe erschweren die Teilhabe. Um Angebote besser zugänglich zu machen, wurde 2021 „Wöhler 22" eröffnet – eine multifunktionale Anlaufstelle direkt im Quartier mit Gruppen- und Beratungsraum, Küche und Internetzugang. Freie Träger und

städtische Stellen bieten hier Beratung, Bildung und Begegnung an. Einmal im Jahr findet ein Fest für alle Anwohnerinnen und Anwohner statt, das Austausch und Vernetzung fördert.

**WIR fördern Gesundheit – Gesundheitskompetenz stärken**:

Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen und anzuwenden ist für viele Menschen mit Migrationsgeschichte eine Herausforderung. Das Projekt „WIR fördern Gesundheit" zielt darauf ab, ihre Gesundheitskompetenz zu stärken – insbesondere in belastenden Lebenslagen. Damit leistet es einen wichtigen Beitrag zur Chancengleichheit und setzt sich dafür ein, dass auch vulnerable Gruppen im Gesundheitssystem berücksichtigt werden.

**Zahnärztlicher Dienst und Jugendzahnpflege**:

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Jugendzahnpflege (AKJ) engagiert sich das Gesundheitsamt für die Zahnvorsorge von Kindern. Ziel ist es, durch Gruppenprophylaxe bereits frühzeitig die Basis für eine zahngesunde Zukunft zu legen. Spielerische Aufklärung und präventive Maßnahmen stehen dabei im Fokus.

**Hitzetelefon „Sonnenschirm"**:

Mit dem Projekt „Hitzetelefon Sonnenschirm" wurde 2010 eine bundesweit einmalige Vorsorge-Initiative für ältere Menschen ins Leben gerufen. In Kooperation mit dem Gesundheitsamt und dem Seniorenbeirat informiert ein ehrenamtliches Team im Sommer telefonisch über bevorstehende Hitzewellen. So soll die gesundheitliche Belastung durch hohe Temperaturen frühzeitig abgefedert werden.

**InKaOst – Gesunde Quartiere im Kasseler Osten**:

Das Projekt InKaOst zielt darauf ab, die gesundheitlichen Rahmenbedingungen in den Stadtteilen östlich der Fulda zu verbessern. Gemeinsam mit Bewohnerinnen und Bewohnern sowie lokalen Akteurinnen und Akteuren werden Bedarfe ermittelt und Maßnahmen zur Gesundheitsförderung entwickelt. Multiplikatorinnen und Multiplikatoren sowie Vertrauenspersonen unterstützen dabei, auch schwer erreichbare Gruppen einzubeziehen. Ziel ist es, langfristig gesunde Lebensverhältnisse für alle zu schaffen.

**Kinder- und Jugendgesundheit**:

Das Kindersprachscreening (KiSS) in Kitas ermöglicht eine frühe Erkennung von Sprachförderbedarf. Ergänzend unterstützt das Projekt „Willkommen von Anfang an" werdende Eltern mit mehrsprachigen Informationen, Hausbesuchen und einer Hebammenvermittlung via der digitalen Plattform „Hedi-Plattform". Die Schuleingangsuntersuchung, durchgeführt durch medizinisches Fachpersonal, sichert den gesundheitlich gelungenen Start in die Schulzeit und prüft neben körperlicher Entwicklung auch Sprache, Wahrnehmung und Verhalten.

Der Runde Tisch Integration 2023 zeigte, wie vielfältig und engagiert in Kassel an den Themen Migration und Integration gearbeitet wird. Die Veranstaltung bot nicht nur Raum für fachlichen Austausch, sondern auch neue Impulse für zukünftige Zusammenarbeit. Sie unterstrich die Bedeutung eines kontinuierlichen Dialogs für eine chancengerechte und inklusive Stadtgesellschaft.

## 4.2 Der Runde Tisch Integration 2024

Der Runde Tisch Integration der Stadt Kassel fand am 11. Juli 2024 unter dem Titel „Was ist gelungene Integration?" im Bürgersaal des Kasseler Rathauses statt. Die Veranstaltung wurde vom Amt für Chancengleichheit der Stadt Kassel gemeinsam mit den lokalen Trägern der Migrationsberatung für

erwachsene Zugewanderte (MBE) sowie den Jugendmigrationsdiensten (JMD) organisiert. Rund 120 Teilnehmende aus Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft und Fachpraxis diskutierten über die aktuellen Herausforderungen, Chancen und Perspektiven der Integrationsarbeit auf kommunaler Ebene.

Ein zentraler Fokus lag dabei auf der Rolle und dem Erhalt der Migrationsberatungsangebote, insbesondere im Hinblick auf drohende Haushaltskürzungen auf Bundesebene. Die MBE unterstützt seit vielen Jahren erfolgreich zugewanderte Menschen bei ihrer Integration durch individuelle Beratung, Orientierungshilfen und Vernetzung mit Institutionen. Sie ist ein bewährter Bestandteil der lokalen Integrationsstruktur und trägt wesentlich zur gesellschaftlichen Teilhabe und zum Zusammenhalt bei.

Auch die Jugendmigrationsdienste (JMD) leisten einen entscheidenden Beitrag zur Integration junger Menschen zwischen 12 und 27 Jahren mit Migrationsgeschichte. Im Jahr 2022 erreichten die rund 500 bundesweiten JMD-Stellen mehr als 120.000 junge Menschen mit vielfältigen Unterstützungsangeboten – von individueller Beratung über Gruppenangebote bis hin zu Kooperationsprojekten mit Schulen und Betrieben. Besonders hervorzuheben ist das ergänzende Programm „Respekt Coaches“, das seit 2018 politische Jugendbildung an Schulen fördert und 2022 rund 160.000 Jugendliche erreichte.

Angesichts der im Haushaltsentwurf 2024 vorgesehenen drastischen Mittelkürzungen – darunter die komplette Streichung der „Respekt Coaches“ und des Programms „Garantiefonds Hochschule“ sowie die Reduktion des JMD-Gesamtbudgets – sehen sich die Träger großer Unsicherheit gegenüber. Diese Maßnahmen gefährden nicht nur bewährte Strukturen, sondern auch die gesellschaftliche Teilhabe vieler junger Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Die Fachakteure fordern daher eine auskömmliche, verlässliche Finanzierung und die Einhaltung politischer Zusagen, wie sie im Koalitionsvertrag formuliert wurden.

### 4.2.1 Worldcafé Anerkennungsberatung

Im Rahmen des Worldcafés zum Thema „Anerkennungsberatung als Baustein beim Integrationsprozess“ kamen verschiedene Expertinnen und Experten aus Praxis und Beratung zusammen, um zentrale Herausforderungen und Entwicklungen im Bereich der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen zu diskutieren. Moderiert wurde die Veranstaltung von Sandy Hoffmann (Diakonisches Werk Region Kassel). Fachimpulse kamen von Olga Korol (JMD, Internationaler Bund), Johannes Paul (Anerkennungsberatung, Stadt Kassel) und Bülent Koyupinar (Involas GmbH).

Ein zentrales Thema war die Notwendigkeit fundierten Fachwissens in der Anerkennungsberatung. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind komplex und unterliegen ständigen Veränderungen. Qualitativ hochwertige Beratung sowie gezielte Unterstützung bei der Antragsstellung gelten als Voraussetzung für eine erfolgreiche und möglichst kostengünstige Anerkennung bzw. Gleichstellung. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse verbessert nachweislich die Beschäftigungschancen und Einkommensmöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten.

Ein häufig diskutierter Punkt war die Dauer der Anerkennungsverfahren. Obwohl gesetzlich eine Frist von drei Monaten vorgesehen ist (gemäß § 6 HBQFG), zeigt die Praxis deutlich längere Bearbeitungszeiten – insbesondere abhängig vom jeweiligen Berufsfeld. Auch gesetzliche Fristen, wie etwa die Eingangsbestätigung innerhalb eines Monats, werden von manchen Institutionen wie dem Hessischen Landesamt für Gesundheit und Pflege (HLfGP) nicht immer eingehalten.

Die Frage, ob eine Anerkennung nach der Beratung garantiert sei, konnte nicht eindeutig beantwortet werden. In Deutschland gibt es über 300 anerkannte Berufe und mehr als 500.000 Studienabschlüsse (Stand 2022). Die Gleichwertigkeitsprüfung hängt stark von der individuellen Qualifikation und den

Abweichungen zum deutschen Referenzberuf ab. Bei wesentlichen Unterschieden werden Ausgleichsmaßnahmen erforderlich, die teils erhebliche zeitliche und finanzielle Belastungen für die Antragstellenden bedeuten.

Besonders problematisch zeigt sich dies bei akademischen Abschlüssen wie dem der Sozialen Arbeit. In der Praxis benötigen Antragstellende oft mehr als ein Jahr zur Absolvierung der geforderten Ausgleichsmaßnahmen. Trotz dieser Hürden wurde betont, dass sich die gesetzliche Grundlage zur Berufsanerkennung – insbesondere seit Einführung des Anerkennungsgesetzes im Jahr 2012 – stetig verbessert hat.

Ein weiteres zentrales Thema war die Finanzierung des Lebensunterhalts während Praktika oder Nachqualifizierungen. Diese sind häufig unentgeltlich und führen zu finanziellen Engpässen. Die Anerkennungsberatung unterstützt auch bei Fragen zur finanziellen Absicherung in dieser Zeit.

Die Diskussion wandte sich auch der Rolle der Arbeitgebenden zu. Es wurde klargestellt, dass in etwa 90 % der Berufe – den nicht reglementierten – keine formelle Anerkennung erforderlich ist. Dennoch fehlt es häufig an Bewusstsein und Kenntnissen bei Arbeitgebenden im Umgang mit ausländischen Abschlüssen. Viele qualifizierte Menschen werden daher trotz vorhandener Abschlüsse lediglich als Hilfskräfte beschäftigt. Es wurde gefordert, Arbeitgebende stärker in die Pflicht zu nehmen und durch aktive Personalpolitik und gezielte Information zu sensibilisieren.

Die Vielfalt an zuständigen Stellen und der hohe Beratungsbedarf machen deutlich, wie wichtig Netzwerkarbeit, Koordination und kreative Lösungsansätze sind. In Kassel bestehen dazu gute Voraussetzungen: Das vorhandene Expertenwissen, funktionierende Prozesse und etablierte Netzwerkstrukturen unter den Akteuren bieten eine gute Grundlage. Dennoch bleiben Herausforderungen, etwa die personellen und finanziellen Kapazitäten der Anerkennungs- und Beratungseinrichtungen, Übersetzungsanforderungen oder die Notwendigkeit integrierter Praktikumsangebote in Sprachkursen.

Abschließend wurde betont, dass Anerkennungsberatung kein Sprint, sondern ein Marathon ist – sowohl für die Ratsuchenden als auch für die Beratenden. Ohne fachkundige Begleitung ist der Weg zur beruflichen Anerkennung kaum erreichbar.

### 4.2.2 Worldcafé Politik und Stadtgesellschaft

Das World Café zum Thema „Politik und Stadtgesellschaft“ erfreute sich – entgegen anfänglicher Erwartungen – durchweg hoher Beteiligung. In allen Durchläufen wurde engagiert und fachkundig diskutiert. Besonders wichtig war den Veranstaltenden dabei, einen offenen Diskussionsprozess zu ermöglichen, der auch kontroverse oder unangenehme Themen nicht ausklammert. Vielmehr sollten auch potenzielle Vorurteile Raum finden, um differenziert und konstruktiv in das Gesamtergebnis einfließen zu können.

Ein zentrales Thema war die Frage, wie Integration in der Stadtgesellschaft vor Ort gelingen kann. Im Fokus standen dabei niedrigschwellige und idealerweise kostenfreie Angebote, die allen Bürgerinnen und Bürgern offenstehen. Die Teilnehmenden betonten, dass solche Angebote flächendeckend in allen Stadtteilen zur Verfügung stehen müssen, um soziale Teilhabe zu ermöglichen und Parallelstrukturen zu vermeiden.

Ein wiederkehrender Vorschlag war der verbesserte Erfahrungsaustausch zwischen den Stadtteilen. Hierzu könnten sowohl lokale Initiativen als auch die Ortsbeiräte beitragen. Ziel ist ein intensiveres

Netzwerk, das einen Austausch von Best Practice-Beispielen ermöglicht, voneinander lernt und bestehende Angebote gemeinsam weiterentwickelt.

Ein weiterer wichtiger Punkt war die Forderung nach einer durchmischteren Stadtplanung. Die Teilnehmenden sprachen sich gegen eine Ghettoisierung einzelner Stadtteile aus und diskutierten intensiv über mögliche Maßnahmen, um Brennpunktbildungen zu verhindern. Dabei wurde deutlich, dass eine gezielte Stadtentwicklung – auch im Rahmen neuer Bauprojekte von Wohnungsbaugesellschaften, Genossenschaften oder privaten Investoren – eine zentrale Rolle spielt.

Konkret wurden zahlreiche Maßnahmen und bestehende Projekte genannt, die Integration und Begegnung fördern, darunter:

- Stadtteilübergreifende Ausstellungen zum Thema Migration (z. B. „Arbeit & Migration“ des Technoseums Mannheim)
- Begegnungsorte wie Windpark Jan, Wöhler 22, Kinderbauernhof, Kirche im Hof oder Bibliotheken
- Integration durch Sportangebote
- Stadtteilspaziergänge
- die Willkommensmappe (derzeit in Überarbeitung) sowie die Nutzung der Integreat-App (beispielsweise im Landkreis Kassel)
- Wiederbelebung von Ehrenamtsgruppen in Kooperation mit Einrichtungen wie der Caritas oder dem Freiwilligenzentrum

Zudem wurde betont, wie wichtig direkte Begegnungen zwischen Einheimischen und Migrantinnen und -migranten sind, um gegenseitiges Verständnis und Vertrauen aufzubauen. Die Förderung und Weiterentwicklung bestehender Beratungsstrukturen wurde ebenfalls als notwendig benannt.

Aus den Diskussionen ergaben sich auch klare Forderungen an politische Entscheidungsträger und -trägerinnen und die Gesellschaft insgesamt. So wurde gefordert, die positiven Aspekte von Migration stärker sichtbar zu machen – etwa als Gegengewicht zu populistischen Argumentationen, die Migration problematisieren.

Weitere Forderungen beinhalteten die Förderung von Projekten zur Demokratieförderung und gegen Menschenfeindlichkeit, den Ausbau von Sprachkursangeboten, die Stärkung der Herkunftssprache, die Anerkennung von Migration als Ressource – insbesondere im Hinblick auf den Arbeitsmarkt und demografische Entwicklungen, verstärkte Investitionen in Bildung und Schulen und die gezielte Stärkung von Förderprogrammen für Integration.

In den Diskussionsgruppen wurden auch sensible Problemfelder benannt, bei deren Behandlung ein besonderer Bedarf an Differenzierung und Aufklärung deutlich wurde. Die Teilnehmenden sprachen sich für einen offenen, ehrlichen Umgang mit Ängsten und Vorurteilen aus – mit dem Ziel, diese nicht zu verstärken, sondern differenziert einzuordnen und durch Aufklärungsarbeit und demokratische Bildung entgegenzuwirken.

Zu den angesprochenen Problemfeldern zählten Fragen zur Reichweite und Grenzen der Religionsfreiheit, kulturell bedingte Geschlechterrollenvorstellungen, Alltagsrassismus sowie die Gefahr von Radikalisierung.

### 4.2.3 Worldcafé Arbeitsmarkt

Im Rahmen des World Cafés „JMD/MBE meets Arbeitsmarkt“ diskutierten Katharina Enters (Teamleitung JMD/offene Jugendarbeit, IB Südwest GmbH), Violetta Szurpita (Beratung MBE, Diakonisches Werk), Jana Stein und Lena Sechtling (Integrationsfachkräfte Team Flucht und Migration, Jobcenter Stadt Kassel) aktuelle Herausforderungen und Gelingensbedingungen im Zugang zum Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Die Veranstaltung war in zwei Schwerpunkte unterteilt: den Ausbildungsmarkt (World Café 1) und den allgemeinen Arbeitsmarkt (World Café 2 und 3). Anhand von Fallbeispielen wurde deutlich, welche Strukturen bereits erfolgreich arbeiten – und wo weiterer Handlungsbedarf besteht.

**Ausbildungsmarkt Jugendliche:**

Die Integration junger Menschen in Ausbildung wird als zentraler Bestandteil gesellschaftlicher Teilhabe verstanden. Der Übergang von der Schule in den Beruf ist dabei ein besonders sensibler Abschnitt, der gezielte Unterstützung erfordert. Programme wie InteA-Klassen mit Sprachförderung sowie die Möglichkeit zum Erwerb von Schulabschlüssen und Sprachzertifikaten (z. B. DSD Pro I, Niveau B1) leisten hierbei wichtige Beiträge.

Beratungs- und Vermittlungsangebote, insbesondere durch die Jugendmigrationsdienste (JMD), nehmen eine Schlüsselrolle ein. Ihre Arbeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie junge Menschen ganzheitlich begleiten – über die reine Ausbildungsplatzsuche hinaus. Trotz bestehender Angebote bestehen häufig Unsicherheiten bei Jugendlichen, insbesondere im Hinblick auf den Ausbildungsmarkt, rechtliche Rahmenbedingungen und die Vielzahl an Fördermöglichkeiten. Sprachbarrieren, administrative Hürden und der Umgang mit unterschiedlichen Aufenthaltstiteln erschweren den Zugang zusätzlich.

Programme wie „Wirtschaft integriert“ und das etablierte DeuFöV-Programm unterstützen bei der beruflichen Orientierung und beim Erwerb berufsbezogener Sprachkenntnisse. Dennoch fehlt oft eine strukturierte Vernetzung zwischen Betrieben, Kammern (IHK/HWK) und Beratungseinrichtungen. Eine engere Zusammenarbeit könnte beispielsweise dazu beitragen, Ausbildungsabbrüche zu verhindern, Weiterbeschäftigungen zu sichern und gemeinsame Sprachfördermaßnahmen zu organisieren. Auch interkulturelle Trainings für Schulen und Arbeitgeber wurden als sinnvolle Ergänzung vorgeschlagen.

**Arbeitsmarkt Erwachsene:**

Auch im Bereich des allgemeinen Arbeitsmarkts wurden zentrale Herausforderungen benannt. Neben der fachlichen Qualifikation stellt die Sprache das größte Hindernis für eine nachhaltige Beschäftigung dar. Ohne ausreichende Sprachkenntnisse ist ein Verbleib im Arbeitsverhältnis oft nicht möglich.

Es gibt bereits vielfältige Sprachförderangebote – von Integrations- und Berufssprachkursen über Alphabetisierungskurse bis hin zu frauenspezifischen Formaten mit Kinderbetreuung. Die Zusammenarbeit mit Jobcentern und Arbeitsagenturen wird als gut funktionierend beschrieben, vor allem in Bezug auf Kurszuweisungen und aufenthaltsrechtliche Fragen.

Gleichzeitig wurde auf strukturelle Schwächen hingewiesen: So fehlt es den sog. Job-BSK (berufsbezogene Sprachkurse) an Teilnehmenden, was auf zu enge zeitliche Vorgaben und geringe Anreize für Träger zurückgeführt wird. Eine Bündelung von Teilnehmenden aus verschiedenen Betrieben könnte hier Abhilfe schaffen.

Ein besonders intensives Diskussionsthema war der Zugang von Frauen zum Arbeitsmarkt. Hindernisse wie fehlende Alphabetisierung, Kinderbetreuung und zu wenige Plätze in Maßnahmen machen eine Teilnahme an Angeboten oft unmöglich. Frauen-Sprachcafés haben sich als niedrigschwellige Formate bewährt, benötigen aber dringend eine Verstetigung im kommunalen Förderkonzept. Gleichzeitig wurde

darüber reflektiert, ob Integration ausschließlich über Erwerbstätigkeit definiert werden sollte – oder ob auch eine gelungene Bildungsbegleitung der eigenen Kinder ein integrativer Erfolg sei. Als eine Möglichkeit der Motivation wurden weibliche Vorbilder genannt, die Familie und Beruf erfolgreich vereinen.

Die Beratungsarbeit im Kontext von Ausbildung und Arbeitsmarkt ist vielseitig und erfordert tiefes fachliches und rechtliches Wissen sowie ein starkes Netzwerk. Die Migrationsberatungen (JMD/MBE) sind wichtige Anlaufstellen, wenn es um Sprachförderung, Aufenthaltsrecht, Lebensunterhalt oder Behördenkommunikation geht. Quer durch alle Diskussionsrunden zog sich jedoch die zentrale Frage: Wie kann dem wachsenden Förderbedarf begegnet werden, wenn Ressourcen und Angebote stagnieren oder sogar abnehmen?

### 4.2.4 Worldcafé Aufenthaltsrecht

Der Workshop „JMD/MBE meets Aufenthaltsrecht“ des World-Cafés wurde in drei Runden durchgeführt, wobei zu jeder Runde neue Gäste aus verschiedentlichen Einrichtungen am Tisch Platz nahmen, miteinander in Austausch kamen und anhand verschiedener Fallbeispiele und Leitfragen sowohl gute Erfahrungen, als auch Verbesserungspotenziale der aufenthaltsrechtlichen Praxis miteinander diskutierten. Geleitet wurde der Workshop von Bernd Schulz (Caritasverband Nordhessen-Kassel), Komet Mhmoud (Kulturzentrum Schlachthof) und Sonja Herbst (Abteilung für Zuwanderung und Integration der Stadt und des Landkreises Kassel). Zu Beginn jeder Runde erfolgte eine kurze Vorstellung der Moderierenden und Teilnehmenden sowie eine Einführung in das Thema. Dabei wurden die Leitfragen präsentiert, die sich auf die Erfahrungen zur Integration in Bezug auf das Aufenthaltsrecht sowie die Rolle von MBE und JMD in diesem Prozess konzentrierten.

1. Was sind Ihre Erfahrungen bei der Integration in Bezug auf das Aufenthaltsrecht?
2. Wie schätzen Sie die Rolle von MBE und JMD bei der Integration von Zugewanderten hinsichtlich des Aufenthaltsrechts ein?

Der fachliche Austausch mündete in fünf Themen-Cluster:

1. Gelingende Integration und das Aufenthaltsgesetz
   Das Aufenthaltsgesetz wurde als zentraler Faktor für Integration, aber auch als potenzielles Hindernis benannt. Sprachkurse, Sozialleistungen, Bildung und Arbeitsmarktzugänge sind stark davon abhängig. MBE und JMD wurden als kompetente Begleiter durch den „Dschungel“ des Aufenthaltsrechts hervorgehoben.
2. Das Asylverfahren – Möglichkeiten und Grenzen
   Langwierige Verfahren stellen ein großes Integrationshemmnis dar. In der „asylrechtlichen Schwebe“ zu verharren, erschwert Integration massiv. Die Beratung durch JMD und MBE ist dabei oft unverzichtbar, um rechtliche Möglichkeiten auszuschöpfen und Perspektiven aufzuzeigen.
3. Vernetzung und Netzwerkarbeit
   Der regelmäßige Austausch zwischen Ausländerbehörde, MBE, JMD und weiteren Akteuren wurde als essenziell bewertet. Besonders wichtig ist der Aufbau einer funktionierenden Integrationskette, in der verschiedene Akteure sich aufeinander beziehen können, ohne alle Detailkenntnisse zum Aufenthaltsrecht besitzen zu müssen.
4. Sicherheit und Verunsicherung
   MBE und JMD bieten vielen Ratsuchenden Orientierung und Sicherheit im Umgang mit aufenthaltsrechtlichen Fragen. Sie vermitteln häufig zwischen Behörden und Betroffenen und betrachten dabei auch die persönliche Lebenssituation junger Menschen. Auch Behörden tragen

durch lösungsorientierte einheitliche Entscheidungen im gesetzlichen Rahmen zur Sicherheit bei.

5. Kommunikation und Social Media
   Die Kommunikation zwischen den Akteuren verläuft nicht immer reibungslos. Zudem wird in sozialen Netzwerken häufig Fehlinformation verbreitet, was Unsicherheiten bei den Betroffenen verstärkt.

Die Arbeit von MBE und JMD ist im Kontext des Aufenthaltsrechts von großer Bedeutung und wird von verschiedenen Akteuren als fachlich fundiert und unterstützend wahrgenommen. Ihre Beratung entlastet auch die Ausländerbehörden. Gleichzeitig besteht insbesondere bei kleineren Trägern und ehrenamtlichen Initiativen noch Informationsbedarf hinsichtlich der Angebote dieser Dienste. Eine intensivere Vernetzung und bessere Kommunikation sind hier erforderlich. Darüber hinaus wurde auf den Mangel an personellen und finanziellen Ressourcen in der Region Kassel hingewiesen. Eine Aufstockung ist dringend notwendig, um dem wachsenden Beratungsbedarf gerecht zu werden.

### 4.2.5 Worldcafé ALL IN und Migrantenorganisationen

Folgende Gedanken konnten im Rahmen des Thementisches „ALL IN und Migrantenorganisationen“ gesammelt werden:

Es gibt unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema Integration, dies variiert je nach Bildungsstand in Teilen erheblich. Es ist wichtig, dass man sich in diesem Zusammenhang über die Regeln, Gesetze und Traditionen der Aufnahmegesellschaft informiert. Oftmals hilft Sport als integrierender Aspekt beim Ankommen in der Gesellschaft.

Die Strukturen werden als „nationalstaatlich“ ausgerichtet empfunden. Das heißt, dass vermeintlich typisch deutsche Standards und Skills vorausgesetzt werden. Demgegenüber entsteht das Gefühl, dass beispielsweise mitgebrachte Möglichkeiten, Lebensentwürfe, Begabungen und Ressourcen weniger gesehen werden. So könnte man sagen, dass eine kulturelle Partizipation nicht in ausreichendem Maße gegeben ist. Dies zeigt sich nicht zuletzt in der Unterrepräsentanz von Menschen mit Migrationsgeschichte in Ämtern und Verwaltungen. Hierbei wird von Seiten vieler Akteure eine fehlende Kooperationsbereitschaft der Behörden und Wohnungsgesellschaften angesprochen. So ergibt sich eine Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Auf der einen Seite fordert man Integration, auf der anderen Seite wird zu wenig auf die Betroffenen eingegangen. Dementgegen könnte man ebenso halten, dass die Institutionen Forderungen an migrantisch gelesene Personen stellen, die als assimilierend empfunden werden können. Hier zeigt sich ebenso eine fehlende Anerkennung der zugewanderten Menschen, da ihre Vorerfahrungen nicht genutzt werden.

Die fehlende Akzeptanz gegenüber zugewanderten Menschen auf gesellschaftlicher und politischer Ebene erschwert die Integration dieser Personen erheblich. Es wird konstatiert, dass die Aufnahmegesellschaft nicht offen genug für Migrantinnen und Migranten ist. Die stete Forderung nach Anpassung suggeriert ein Muss und verhindert ein Gefühl des Aufeinander-Zugehens.

Der Runde Tisch Integration 2024 zeigte eindrücklich, wie wichtig verlässliche Strukturen, gute Beratung und politische Unterstützung für gelingende Integration sind. Die Beiträge machten deutlich: Integration braucht Zeit, Ressourcen – und ein offenes Miteinander auf Augenhöhe.

# 5. Fazit und Ausblick

Seit dem Beginn der institutionalisierten Integrationsförderung der Stadt Kassel wurden zahlreiche Fortschritte erzielt. Integration ist heute als Querschnittsaufgabe in unterschiedlichen städtischen Ämtern fest verankert. Angebote der Stadt werden zunehmend so gestaltet, dass sie die Bedarfe von Zugewanderten und Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigen. Kassel verfügt zudem über eine gut ausgebildete und etablierte Landschaft an Nicht-staatlichen Akteuren in der Integrationsarbeit. Träger der freien Wohlfahrtpflege, (migrantische) Vereine und Bildungseinrichtungen übernehmen hierbei vielfältige Aufgaben bei der Orientierung, Beratung, Qualifizierung, Vernetzung und Ermöglichung von Teilhabe von und für zugewanderte Menschen.

Dennoch steht die Verwaltung weiterhin vor erheblichen Herausforderungen: Strukturen müssen nachhaltig gefestigt, Prozesse besser koordiniert und Zielgruppen differenzierter adressiert werden. Hinsichtlich des Umsetzungsstandes des Integrationskonzeptes zeichnet sich ein gemischtes Bild ab. Viele der im Integrationskonzept 2019 festgehaltenen Handlungsempfehlungen stellen dauerhafte Aufgabe dar, die z. T. bereits als solche erkannt und in den Regelstrukturen und Abläufen der zuständigen Organisationseinheiten Einzug gefunden haben. An anderer Stelle sind eine weitere Bedarfsanalyse, strategische Konzeptionierung und Verankerung notwendig. Zudem ist der Bereich Integration wie kaum ein anderer von dynamischen Entwicklungen geprägt und setzt agile, stetig lernende und sich anpassende (Verwaltungs-)Strukturen voraus. Mit einer interdisziplinären Steuerungsgruppe – der AG Integration – die sich aus unterschiedlichen Ämtern und Einheiten der Stadtverwaltung zusammensetzt und sich in der konkreten Zusammensetzung auch den jeweils aktuellen Bedarfen anpasst, verfügt die Stadt Kassel bereits über ein gutes Gerüst, um die kommunale Integrationsarbeit trotz aller Unwägbarkeiten konzeptionell und praktisch auf unterschiedlicheren Ebenen zu verankern. In der AG wurde sich zudem darauf verständigt, die Unterarbeitsgruppen entlang der jeweils aktuellen Handlungsfelder zu verstetigen und durch Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren mit entsprechender externen Fachexpertise zu bereichern. Somit wird zum einen Raum für Dialog zwischen Verwaltung und den relevanten lokalen Organisationen, Initiativen und Interessensvertretungen zu spezifischen Fragen und Handlungsfeldern geschaffen und zum anderen ein breit getragener Konsens zur Ausrichtung der kommunalen Integrationsarbeit herbeigeführt, der den Prozess auf eine solide Basis stellt.

## 5.1. Wie weiter?

Zur Erstellung des vorliegenden Berichtes wurde eine systematische Herangehensweise entwickelt, um den Umsetzungsstand des Integrationskonzeptes von 2019 je Handlungsfeld zu evaluieren. Dabei wurde deutlich, dass das Konzept bzw. die darin enthaltenen Ziele und Handlungsempfehlungen in Teilen zu detailliert und spezifisch waren, während die formulierten Ziele und Handlungsempfehlungen in anderen Bereichen zum Teil Aspekte beinhalten, die über den kommunalen Handlungsspielraum hinausgingen. Dies erschwert eine konsistente und realistische Umsetzung.

Angesichts der dynamischen Entwicklungen der vergangenen Jahre – der Coronapandemie, dem Krieg in der Ukraine und den daraus resultierenden gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Folgen, scheint eine zeitnahe Überarbeitung und Fortschreibung des Integrationskonzeptes dringend geboten. Der Auftakt hierfür soll mit dem Runden Tisch Integration 2025 erfolgen.
Besondere Aufmerksamkeit wird dabei der Frage gewidmet, wie ein neues Integrationskonzept in einer (hyper-)diversen Stadtgesellschaft aussehen kann. Denn neben Migrationserfahrungen rücken

zunehmend auch andere Differenzmerkmale und Bedarfe der heterogenen Bevölkerung in den Fokus – sowohl im Amt für Chancengleichheit als auch in den Unterarbeitsgruppen der AG Integration.
Ein neues Handlungsfeld, das in der kommenden Version des Integrationskonzepts aufgenommen werden soll, ist der Bereich Antirassismus. Damit greift die Stadt eine zentrale Empfehlung des öffentlichen Workshops von 2020 auf, der unter der Leitung des damaligen Integrationsbeauftragten Carsten Höhre und der Frauenbeauftragten Dr. Ute Giebhardt stattfand. Ziel ist es, diesem Thema – gerade in einer von Migration geprägten Stadtgesellschaft – die notwendige Sichtbarkeit und Relevanz zu verleihen und so einen weiteren Schritt in Richtung gleichberechtigter Teilhabe und gesellschaftlicher Gerechtigkeit zu gehen.
Im Zuge der Fortschreibung des Integrationskonzeptes sollte besonderer Wert auf eine klare und übersichtliche Struktur gelegt werden. Eine Reduktion auf die wesentlichen und vordringlichsten Handlungsbedarfe ist dabei essenziell, um die Wirksamkeit und Umsetzbarkeit des Konzepts zu gewährleisten. Zudem sollte die Formulierung messbarer Ziele sowie realistischer Maßnahmen, die sich im Rahmen der kommunalen Zuständigkeiten bewegen, wo möglich, angestrebt werden. Dies schafft Verbindlichkeit und ermöglicht eine zielgerichtete Umsetzung.
Zur Sicherstellung der Wirksamkeit des Konzeptes ist eine Verständigung über geeignete Indikatoren sowie ein transparentes Vorgehen bei der Evaluation unerlässlich. Dies erleichtert im zukünftigen Berichtswesen eine belastbare Erfolgskontrolle und zeigt Anpassungsbedarfe im Konzept auf.
Nicht zuletzt bedarf es einer verbindlichen Vereinbarung zum realistischen Umfang sowie zum Turnus der Berichterstattung, da sich diese in der bisherigen Form als sehr zeit- und ressourcenaufwendig herausgestellt hat.
Die Fortschreibung des Integrationskonzepts bietet somit nicht nur die Chance, bestehende Herausforderungen neu zu justieren, sondern auch, die Stadt Kassel als zukunftsfähige, solidarische und vielfältige Kommune weiterzuentwickeln.

# Anlagen

## Anlage 1: Mitwirkende in den Unterarbeitsgruppen

Folgende Kolleginnen und Kollegen haben an der Erstellung des vorliegenden Berichtes in den jeweiligen Unterarbeitsgruppen mitgewirkt. Die Personen, die die Ergebnisse zusammengetragen und verschriftlicht haben sind **optisch hervorgehoben:**

| **Unterarbeitsgruppe** | **Name** |
|---|---|
| Interkulturelle Öffnung der Verwaltung | **Teslihan Ayalp** (Amt für Chancengleichheit)<br>**Lisa Hosse** (Amt für Chancengleichheit)<br>Samuel Rettenmaier (ehem. Amt für Chancengleichheit)<br>Ina Kolter (Stadt Kassel Akademie)<br>Steffi Basche (Stadt Kassel Akademie/Abt. Ausbildung)<br>Miriam Buchholz (Personal- und Organisationsamt/Kommunalstatistik) |
| Leben im Stadtteil & Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens | **Dr. Ute Giebhardt** (Amt für Chancengleichheit)<br>**Peggy Niering** (Sozialamt/Sozialplanung)<br>Lukas Kiepe (Bauverwaltung, Wohnen und Vergabemanagement/Wohnungsbauförderung)<br>Tom Schröder (Dezernat IV/Pakt gegen Armut)<br>Katja Block (Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz/Städtebauliche Gesamtplanung und Planungskoordination)<br>Charlie Louise Bosch (Stadtplanung, Bauaufsicht und Denkmalschutz/Städtebauliche Planung Kassel - West)<br>Johanna Hartmann (Kulturamt/Kulturförderung und -beratung) |
| Zugang zu Sprachförderung & Bildung | **Katja Schöne** (Amt für Schule und Bildung/Bildungsmanagement und -planung)<br>**Cora Maria Rödiger** (Amt für Schule und Bildung/Kommunales Bildungsmanagement und Schulentwicklungsplanung)<br>Sven Schmidt (Kindertagesbetreuung Kassel/Planung und Konzeption) |

| **Unterarbeitsgruppe** | **Name** |
|---|---|
| | Svenja Schmidt (Sozialamt/Arbeitsmarktintegration und Qualifizierung)<br>Sven Hebestreit -vhs-<br>Michael Textor -Jobcenter-<br>Thomas Reuting (Jugendamt/Kinder- und Jugendförderung)<br>Annika Beran (Jugendamt/Kinder- und Jugendhilfeplanung) |
| Teilhabe am Arbeitsmarkt | **Denis Müller (**Sozialamt/Kommunale Arbeitsförderung)<br>Tony Arnold -Jobcenter-<br>Udo Pfingsten (Jugendamt)<br>Michael Textor -Jobcenter-<br>Jan Benedix (Personalrat)<br>Pascal Vaupel -Wirtschaftsförderung Region Kassel-<br>Matthias Wesche (Jugendamt/Erziehungshilfen Auguste Förster/Ambulante Erziehungshilfen) |
| Gesundheitsförderung, -versorgung & Pflege | **Petra Haas** Gesundheitsamt Region Kassel/Willkommen von Anfang an)<br>**Christina Kühnemund (**Sozialamt/Referat für Altenhilfe)<br>Stefan Klenk (Gesundheitsamt Region Kassel/Sozialpsychiatrischer Dienst)<br>Claudia Rümmelin-Thoma (Gesundheitsamt Region Kassel/Zahnärztlicher Dienst und Arbeitskreis Jugendzahnpflege)<br>Mareike Brietzke (Gesundheitsamt Region Kassel/Prävention und Gesundheitsförderung)<br>Julia Schröder (Gesundheitsamt Region Kassel/Prävention und Gesundheitsförderung) |
| Allgemeiner Teil (Punkte 1.,2 und 5.) sowie redaktionelle Überarbeitung | Alena Schütz (Amt für Chancengleichheit) und Lisa Hosse (Amt für Chancengleichheit) |

**Impressum:**

Integrationsbericht 2023/2024

Amt für Chancengleichheit

Herausgeber:

Stadt Kassel

Obere Königsstraße 8 34117 Kassel

Bildquelle Titel:

©AdobeStock

August 2025